

Ercheint täglich außer Montags. Abonnementspreis: 3,30 M. monatlich 1,10 M. wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustration 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 M. pro Quartal. Unser Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Russland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgepackte Partielle oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Kreuzen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Hochfesttagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Rudolf I., Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Donnerstag, den 17. Dezember 1896. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Vom 1. Januar an wird der „Vorwärts“ in wesentlich veränderter und verbesserter Gestalt erscheinen, und dieser äußeren Verbesserung wird sich auch eine Verbesserung des Inhalts anschließen.

Den vielen Klagen darüber, daß unser Feuilleton den Bedürfnissen zahlreicher Leserkreise, namentlich des Frauenpublikums nicht genüge, haben wir als berechtigt anerkennen müssen. Mit Beginn des neuen Jahres wird jeder Nummer des „Vorwärts“, mit Ausnahme der Sonnabendnummer, eine besondere, aus 4 Seiten Großquart bestehende

Unterhaltungs-Beilage

beigegeben werden.

Jede Nummer des neuen Unterhaltungsblattes wird zwei Seiten Roman, ein selbständiges Feuilleton (Kleine Novellen, kurze Erzählungen, Skizzen, Geschichtliches, Kulturhistorisches, Populärwissenschaftliches u.), ein kleines Feuilleton (Referate über Theateraufführung und Kunsterscheinungen, Bücherbesprechungen), eine Aubril Vermischtes und Humoristisches bringen.

Während die „Neue Welt“ als Sonntagsbeilage verbleibt, werden demnach sechs Feuilleton-Beilagen die Woche, das ist 20 Großquartseiten Feuilleton (Roman, Novelle, Kunst, Vermischtes u. s. w.) den Lesern des „Vorwärts“ zugehen, ohne daß das Hauptblatt dadurch irgendwie benachteiligt oder verkürzt wird.

Im Gegenteil, dem bisherigen Inhalt des „Vorwärts“ wird alle 14 Tage eine

wissenschaftliche Rundschau

aller wichtigen Erscheinungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und Nationalökonomie beigegeben werden, die in kürzester Zeit durch eine Rundschau aller Vorkommnisse auf dem Gebiet des Handels und der Gewerbe ergänzt werden soll.

So glauben wir die Wünsche des Gothaer Parteitages zu verwirklichen, der, wie man sich erinnern wird,

einen Antrag auf Gründung einer wissenschaftlichen Beilage dem Vorstand zur Berücksichtigung empfahl.

Es versteht sich von selbst, daß die Redaktion des „Vorwärts“ auch sonst nach Kräften bemüht sein wird, den „Vorwärts“ immer mehr auf die Höhe zu heben, welche dem Hauptorgan der stärksten Partei Deutschlands geziemt, und welche der Höhe unseres Zieles entspricht.

Alle diese Neuerungen sind selbstverständlich mit ganz erheblichen Mehrausgaben verbunden. Wir erwarten deshalb, daß alle Genossen und Genossinnen aufs eifrigste für die Verbreitung ihres Organs in den weitesten Kreisen wirken werden.

Der „Vorwärts“ ist das einzige Organ in Berlin, das die Interessen der Arbeiter vertritt, das auf dem Standpunkte der Sozialdemokratie steht — und trotzdem lesen zehntausende Berliner Arbeiter, die beleidigt wären, wenn man an ihrer sozialdemokratischen Gesinnung zweifeln wollte, Blätter, die die Sozialdemokratie beschimpfen, die der Arbeiterklasse bei jedem Lohnstreite in den Rücken fallen.

Das muß anders werden, und daß es anders werden muß, fordert die Ehre der Berliner Arbeiterschaft.

Wir haben uns entschlossen, allen aus Arbeiterkreisen uns vorgebrachten Wünschen gerecht zu werden. Nun zeigt auch Ihr, Arbeiter Berlins, daß Ihr unausgesetzt für Euer Partei-Organ thätig sein wollt, daß Ihr Euren Pflichten demselben gegenüber vollkommen nachkommen wollt!

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 M. für die Monate Januar, Februar und März

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1897 unter Nummer 7437.)

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Das Scheitern der Justiznovelle.

Die Justiznovelle gilt als endgiltig gescheitert. Weshalb? Die Regierungen erklärten: ein Gesetz, das statt des berichtigten Drei-Männer-Kollegiums fünf gelehrte Richter zur Entscheidung berufe, sei für sie unannehmbar. Die große Mehrheit des Reichstags beharrte trotzdem mit recht darauf, daß die geringfügige Garantie für eine bessere Rechtsprechung nicht aufgegeben werde, daß zum Schuldspruch bei schweren Verbrechen nicht zwei, sondern vier Stimmen erforderlich sein müssen. Soweit überhaupt noch Vertrauen zur Rechtspflege vorhanden ist — selbst der Reichsgerichtsrath Stenglein konnte schon vor 2 Jahren selbst bei den energiegeltesten Patrioten nur noch einen Rest von solchem Vertrauen in Deutschland entdecken — könnte dasselbe entschieden eher dadurch gehoben werden, daß fünf, als dadurch, daß drei Richter entscheiden. Denn zur Schuldfrage ist $\frac{2}{3}$ Stimmenmehrheit erforderlich und vier Richter werden schwerer menschlichen Irrthümern und Einflüssen unterworfen sein als zwei. Die Regierung lehnt also die Justiznovelle ab, weil der Reichstag nicht der erbetenen Verschlechterung, wenigstens nicht dieser einen Verschlechterung zustimmen will? Eine verwunderliche Erscheinung in der Zeit, wo allerorten der Verfall der deutschen Rechtspflege eine offenkundige Erscheinung ist, der entgegenzutreten doch mal auch die Regierungen eines Klassenstaates ein Interesse haben sollten. Eine schlechte Justiz ist ein Zeichen des Verfalls einer Gesellschaft, und einer der wirksamsten revolutionär wirkenden Faktoren. Weshalb beharrte die Regierung auf Einführung des aus der preussischen Geschichte der 60er Jahre so berühmten, 1879 beseitigten, Drei-Männer-Kollegiums?

Zwei Gründe führte sie an. Organisationschwierigkeiten und Finanzrückichten. Die Organisationschwierigkeiten bestehen in Wahrheit in finanziellen Schwierigkeiten. Also bleibt in Wahrheit nur der eine Grund übrig: Sparsamkeitsrückichten. Denn wie die in ihrer Geschicklichkeit wie Unwirksamkeit gleichen Vertreter der Ministerien Sachens und Preussens ausführten, würde die Beibehaltung von Fünf-Männer-Kollegien in erster Instanz auch für den Fall der Einführung der Berufung vielleicht für Sachsen ganze 200 000, für Preußen gar 500 000 M. jährlich kosten. Allerdings ein kolossales Ansehen der Volksvertretung, für den Versuch der Erreichung einer besseren Justiz fast so viel auszugeben, als etwa für die blanken Knöpfe der Militäruniformen in beiden Staaten alljährlich zu veranlagen sind!

Es giebt Leute, die die Einsicht der Regierungen so hoch schätzen, daß sie nicht glauben, Sparsamkeits-

146]

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

„Nimmer noch thätig in meinem Dienst,“ dachte der Senator. „Mich dünkt, heute Morgen sprach ich unfreundlich mit ihm — es war unrecht von mir.“

Er trat wieder auf den Platz des Kapitols. Er stand an der Löwentreppe, auf dem Pflaster war seit Montreal's Hinrichtung noch ein rother Flecken sichtbar geblieben, und der Senator schaute mit innerem Schauder zur Seite. War es das gespenstliche Licht des Mondes oder hatten die Züge jenes alten ägyptischen Bildwerks einen Ausdruck, wie den des Lebens? Die feineren Augensterne waren mit boshaftem Funkeln auf ihn gerichtet, und als er vorbeiging und sich wieder umschau, schien der Blick des Unthiers seinen Schritten zu folgen. Ein unheimliches Gefühl bemächtigte sich seiner. Er eilte nach dem Palaste zurück. Eine der Schildwachen sagte zu ihm:

„Senator, der Herr Angelo Villani ist also unser neuer Hauptmann, und wir müssen ihm in allem gehorchen?“

„Gewiß!“ erwiderte der Senator, und ging weiter. Der Mann schien unruhig zu werden, als hätte er gerne nach etwas sagen wollen, aber Rienzi bemerkte es nicht. In dem Palast angelangt, fand er Nina und Irene, die ihn erwarteten. Sein Herz schante sich nach seinem Weibe. Sorge und Arbeit hatten seit einiger Zeit sie seinen Gedanken entfremdet, und er fühlte es wenig, als er in ihr edles Antlitz schaute, das eine so innige Liebe für ihn aussprach.

„Ihre Weib,“ sagte er, sie zärtlich umschlingend, „Deine Lippen schelten mich nie, aber Deine Augen bisweilen. Wir sind zu lange getrennt gewesen. Es stehen uns aber glänzendere Tage bevor, in denen ich Dir für alle Deine Liebe und Treue werde dankbar sein können. Und Du, meine schöne Schwester, Du lächelst mich wieder an, — ach, Du hast gehört, daß Dein Geliebter durch die Uebergabe Palestrina's befreit worden ist, daß wir morgen ihn

wiedersehen werden. Trotz aller Sorgen des Tages erinnerte ich mich Deiner, meine Irene, und schickte Dir eine Botschaft, welche die Rösche auf jene bleichen Wangen zurückrufen sollte. Komm, komm, wir werden wieder glücklich sein!“ Und mit jener häuslichen Zärtlichkeit, die ihm eigen war, setzte er sich neben die beiden weiblichen Wesen, die seinem Herzen so theuer waren.

„Wie würden wir so glücklich sein, wenn wir oft solche Stunden genießen könnten?“ flüsterte Nina an seine Brust sinkend. „Aber bisweilen wünsche ich —“

„Und auch ich,“ unterbrach sie Rienzi, „denn ich erachte Deine Gedanken, auch ich wünsche bisweilen, daß das Schicksal uns ein ruhigeres Loos gewährt hätte. Aber vielleicht finden wir es noch. Wenn Irene dem Adrian, wenn Rom der Freiheit vermählt ist, dann, Nina, suchen wir beide vielleicht einen stillen einsamen Aufenthalt, und sprechen über die frühere Pracht und über unsere Triumphe wie von einem Sommernachtsstraum. Könntest Du all diesem Glanz wohl entsagen?“

„Für eine Wüste mit Dir, Cola!“
„Laß mich nachdenken,“ fuhr Rienzi fort, „ist heute nicht der siebente Oktober? Ja, am siebenten beugten sich meine Feinde meiner Macht. Sieben — eine wichtige Zahl für mich, im Guten wie im Bösen. Sieben Monate regierte ich als Tribun, sieben Jahre war ich abwesend als ein Verbannter, morgen, an welchem Tage ich keinen Feind mehr zu besiegen haben werde, sind es sieben Wochen, seitdem ich nach Rom zurückgekehrt bin.“

„Und sieben war die Zahl der Kronen, welche die römischen Klöster und der römische Rath nach der Jeremie Dir verehrten, durch die Du zum Ritter von Santo Spirito ernannt wurdest,“ sagte Nina, indem sie mit weiblichem Scharfsinn die glänzendste dieser Kombinationen nicht vergaß.

„Solche Gedanken erscheinen andern als Thorheit, und für den Philosophen sind sie es auch in der That,“ sagte Rienzi; „aber in meinem Leben standen Vorbedeutungen und Ereignisse oft in genauer Verbindung, und die Atmosphäre anderer Menschen war nicht die meinige. Das

Leben selbst ist ein Räthsel, weshalb sollen wir uns dem wundern über Räthsel? — Die Zukunft! Welches Geheimnis liegt in dem Wort! Hätten wir die Vergangenheit durchlebt seit dem Anbeginn der Zeit, so würde die Erfahrung von tausend Zeitaltern uns keinen Aufschluß über die Ereignisse geben, die in dem nächsten Augenblick uns bevorstehen. Ist es wohl zu verwundern, daß, da die Vernunft in dieser Beziehung uns verläßt, wir unsere Zuflucht zu der Einbildungskraft nehmen, welche Gott oft durch Träume und Symbole die Dinge, die da kommen sollen, ahnen läßt. Wer kann es ertragen, der Zukunft ganz unkundig zu bleiben, wer kann ruhig die Bürde der Gegenwart tragen? Nein, nein, was die Thöricht-Weisen Fanatismus nennen, begrüßen viele von uns als die Hoffnung. Beide zeigen uns den Weg aus einer irden Wüste zu einem unbegrenzten fernem See. Beide stehen mit der Sehnsucht nach dem großen Jenseits, welche unsere Unsterblichkeit bezeugt, in Verbindung. Der Fanatismus so wohl als die Hoffnung haben ihre Visionen und ihre Traumbilder, einige sind falsch, einige aber auch wahr. Wahrlich, ein Mann, der groß wurde, ward es oft durch eine Art Zauberei in seinem eigenen Geist, eine Pythia, welche prophezeite, daß er groß werden solle, und so bestrebe sich der Geist des Mannes in rastloser Anstrengung, die Weissagung zu erfüllen. Ist dieses Thorheit? Es wäre Thorheit, wenn alles mit dem Grabe aufhörte. Aber vielleicht dürfen wir annehmen, daß die Ausbildung und Uebung unserer Fähigkeiten, wenn auch nur für ein beschränktes Ziel, den so veredelten Geist für einen höheren Beruf jenseits der Erde vorzubereiten beabsichtigt. Wer kann es wissen? Ich nicht, — laß uns beten!“

In diesem Augenblick hatte Rom in seinen verschiedenen Stadttheilen weniger ruhige Szenen aufzuweisen.

In dem Palaste der Drusi sah man durch das Gitter des großen Hofes viele Lichter sich hin und her bewegen. Angelo Villani schlich aus der Hinterpforte. Eine Stunde darauf stand der Mond schon hoch am Himmel. Gegen die Ruinen des Kolosseums zu schlichen Männer, deren

rückfichten könnten ernstlich maßgebend für die Verweigerung eines besseren Kleides an Frau Justitia maßgebend gewesen sein. Die Leute sind der Ansicht: der Einfluss von Verwaltungsorganen auf die Ueberzeugung von Richtern ließe sich leichter drei als fünf Richtern gegenüber ausüben. Es sei also ganz folgerichtig, daß eine Regierung, die durch die Justiznovelle die „unabhängigen“ Gerichte in von Verwaltungsorganen nach Möglichkeit beeinflusste Organe verwandeln wolle, mit Nachdruck darauf bestehen müsse, daß den Verwaltungsorganen — vom Justizministerium ab bis zu denen um von Tausch herum — der Druck auf die einzelnen Richter möglichst leicht gemacht werde: drei lassen sich aber leichter beeinflussen als fünf. Aber war denn der Zweck der Justiznovelle Verstärkung der Macht der Verwaltung? Die Motive der Vorlage behaupteten, die Entschädigung unschuldig Verurtheilter und die Berufung einzuführen, sei Zweck der Vorlage. Die Thronrede bezeichnete als Ziel der Vorlage: gerechtere und schnellere Rechtspflege. Und es sollte Zweck der Vorlage Verstärkung der Verwaltungsmacht auf die Strafrechtspflege gewesen sein?

Wir meinen, wie wiederholt dargelegt ist: ja. Und der Gang der Verhandlungen wie der Inhalt der Novelle geben uns Recht. Die Gerichte würden nach Annahme der Novelle in weit größerem Maße, als dies beim heutigen Strafverfahren möglich ist, politische Kampfwertzeuge gegen politische Mißliebige werden. Das Ideal der „Hamburger Nachrichten“, die Rechtspflege dazu zu gebrauchen, der Regierung nicht genehme politische Richtungen durch Geld, Gefängnis- und Zuchthausstrafen „unschädlich“ zu machen, würde nach Inkrafttreten der Justiznovelle seiner Verwirklichung wesentlich näher gerückt sein. Deshalb verlangte die ursprüngliche Justiznovelle u. a.: vollen Einfluß der Verwaltung auf die Art der Besetzung der Strafgerichte und Strafseparate, Neueinführung des Verhaftungsgrundes: „Verdacht, daß der Angeklagte“ — z. B. ein Preßfäuler — „seine freie Zeit zur Begehung neuer Straftaten anwenden würde,“ ferner: Einführung eines schleunigen Verfahrens, durch das Preßfäuler ohne Anklageschrift sofort vor den Rudi geschleppt werden könnten, Beseitigung des Rechts des Angeklagten, die von ihm geladenen Zeugen vernommen zu hören, Beschränkung des Ablehnungsrechts des Angeklagten, Erschwerung des Wiederaufnahmeverfahrens u. s. w. Die meisten dieser Oligarchie absolutistisch-cäsaristischen Strebens brach der Reichstag in zweiter Lesung und beschloß mancherlei kleine Besserungen (z. B. Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes, des Zeugniszwangs der Presse), die der Prozeß der Rechtsprechung gegenüber immer notwendiger wurden. Zur Annahme der wesentlichsten Anregungen unserer Genossen ließ er sich allerdings nicht bewegen. So lehnte er es ab, die Unabhängigkeit gelehrter Richter vor Eingriffen der Verwaltung zu schützen. Er lehnte die Einführung von Laienrichtern, gewählt aus allen Theilen, der Bevölkerung ab. Er lehnte die Einführung einer wirklichen statt einer scheinbaren Entschädigungspflicht unschuldig Verurtheilter ab. Ablehnung ersuhr gleichfalls der Antrag auf Einführung der Entschädigung für unschuldig in Untersuchungshaft Genommenen. Kein Wunder, daß die Regierungen von einem ihren Wünschen so nachgiebigen Reichstag glaubten, alles verlangen zu können. Doch allzu scharf macht schartig. Das eigenthümlich feudale Auftreten der Vertreter der preussischen Regierung hat gegen den Willen dieser Herren dazu beigetragen, die Bemühungen unserer Genossen durchzuführen, den Reichstag wenigstens in etwas gegen die Angriffe absolutistisch-bureaucratischer Neigungen hart zu machen.

Eine Klassenjustiz kann unmöglich ideale Gerechtigkeit gewähren. Aber es ist immerhin noch zwischen Klassenjustiz und Klassenjustiz ein Unterschied. Vertrauen, wenigstens nach Kräften gerecht sein zu wollen, kann eine von absolutistisch-feudalen Verwaltungsorganen abhängige Justiz nicht einmal bei den Anhängern der bestehenden Gesellschaftsordnung sich erwerben. Jenehr die Debatte über die Justiznovelle zu einer Anklage gegen die Justizverwaltung wurde, desto

klarer trat hervor, daß schon heute das Empfinden des Volkes dahin geht, daß die Justiz häufig, trotz ihres eifrigen Bemühens, gerecht zu urtheilen, das Recht des werthigen Mannes, des Arbeiters, des politisch Abhängigen beuge und breche. Ob diese Empfindung der Willkür entspricht, verschlägt nichts. Langsam wurde auch den bürgerlichen Parteien klar, daß auch ihnen gegenüber solche Wirkungen erwachsen könnten. Ihr Widerstand gegen das Annehmen der Regierung wuchs. Wenigstens einige böse Wirkungen der jetzigen Rechtspflege wollte die Zentrumsmehrheit und wollten die Freisinnigen, bei denen endlich wieder statt des reaktionären Kompromiß-Manues Lenzmann der ehrlich-freisinnige Mundel die Führung in politisch-juristischen Dingen errang, beseitigen. Die Regierung legte ihr Veto ein. Die Regierung wollte also nicht Verbesserungen, sondern Verschlechterungen, die sie allerdings als Verbesserungen bezeichnen mag. Daß ihr Nimmermatt schließlich zum Scheitern der Justiznovelle geführt hat, löst uns keine Thränen ab. Mögen die heutigen Justizstände lieber so fortbauern wie sie sind, ohne die Schönheitsplästerchen, die ihnen die Regierung nach außen, und ohne die giftigen Bozillen, die sie ihrer Organisation nach innen zudachte, und auch ohne die Verbesserungen, die der Reichstag anstrebte. Die bürgerliche Gesellschaft hat wieder einmal gezeigt, daß sie der beherrschten, aber im Siegerlauf befindlichen Klasse nicht einmal auf dem Strafgebiet das Recht gewähren kann oder will, das ihr von Gesetzes wegen zukommt. Nun wohl — mag die Justiz als politisches Kampfmittel weiter ihre Wirkungen ausüben. So unangenehm fühlbar diese Wirkungen dem Einzelnen gegenüber sind — der Gesamtheit leistet die Klassenjustiz, je unverhüllter sie auftritt, desto besser den Dienst: den Klassenhaat zu untergraben und den Siegeslauf des Proletariats zu fördern, — auch wenn Geheimräthe im preussischen Justizministerium sich dieser „Kultur“-Aufgabe der von ihnen mißleiteten Justiz nicht klar sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, 16. Dezember.

Aus dem Reichstage. Durch die rasche Erledigung der Justiznovelle ist der Reichstag zwei Tage früher in die Weihnachtsferien gekommen, als es ursprünglich geplant war. Dabei war es möglich, heute, trotzdem bereits alle Abgeordneten wußten, daß sie zu Muttern reisen können, ein vollständiges Haus zusammen zu bringen. Freilich, ohne Hindernisse ging das nicht von statten und bedurfte es einer halbstündigen Unterbrechung und Anberaumung einer neuen Sitzung, um die Obstruktionsversuche des Abg. Gamp und seiner Freunde zu überwinden. Der Vorker der Freikonservativen ist erklärlich, wie er auch durch Herrn Gamp in recht ungeschickter Weise — was bei diesem Herrn übrigens selbstverständlich — zum Ausdruck kam. Die beiden Mandate, welche nämlich die Wahlprüfungs-Kommission zu lasten empfiehlt, gehören den Freikonservativen, und die Zahl dieser Herren ist nicht so groß, daß sie nicht einen neuen Verlust schmerzlich empfinden sollten, zumal sie bereits eine Reihe von Mandaten bei Nachwahlen verloren haben. Herr Gamp machte also Obstruktion, indem er die Befähigung des Hauses anzweifelte, ehe dasselbe in die Prüfung der Wahl des Abgeordneten Holz eintrat. Die Auszählung ergab nur 194 anwesende Abgeordnete, das Haus war also beschlußunfähig.

Die auf eine halbe Stunde später angeordnete neue Sitzung zeigte ein volles Haus und die zunächst vorgenommene erste Lesung des Entwurfs über die Zwangsversteigerung, zu der auch unser Genosse Stolle das Wort nahm, verlief rasch und ohne Zwischenfall. Als aber darauf die Wahlprüfungen wieder daran kamen, versuchten es die Herren Kardorff und Gamp wieder mit der Verschleppungstaktik. Zunächst forderten sie die Absehung der Wahl des Abgeordneten Reichmuth von der Tagesordnung und als dies zugefallen wurde, die Zurückweisung der Wahl des Abgeordneten Holz an die Wahlprüfungs-Kommission. Damit war aber die Geburt der Majorität erschöpft und wenn der Abgeordnete Spahn Ausführungen des Herrn Gamp mit dem Prädikat

Rienzi griff nach seinem Schwert, die Thür wurde heftig aufgerissen, und ein Mann in vollkommener Rüstung trat in die Stube.

„Wie, was bedeutet das?“ sagte Rienzi, indem er sich mit gezogenem Schwert vor Nina stellte.

Der Fremde hob sein Visir in die Höhe, es war Adrian Colonna.

„Flieht, Rienzi! schnell, Signora! Dem Himmel sei Dank, ich kann Euch noch retten. Durch die Uebergabe Palestrina's nebst meinem Befehle, hielten mich die Schmerzen meiner Wunde voriger Nacht in Tirol auf. Die Stadt war mit Bewaffneten angefüllt, aber nicht mit den Deinigen, Senator. Ich vernahm Gerüchte, die mich beunruhigten. Ich beschloß, wieder aufzubrechen — ich erreichte Rom, die Thore der Stadt waren weit geöffnet.“

„Wie?“

„Eure Wachen waren fort. Ich begegnete mit meinem Befehle einem Juge der Savelli. Meine Feldzeichen der Colonna täuschten sie. Ich erfuhr, daß mehrere Eurer Freunde jetzt bereits in der Stadt, die übrigen auf dem Marsch hierher begriffen sind. Das Volk selbst bewaffnet sich gegen Euch. In den engen Straßen, durch die ich kam, war der Pöbel schon in Bewegung. Sie hielten mich für Deinen Feind und riefen mir Willkommen zu. Ich kam hierher — Deine Schildwachen sind verschwunden. Der geheime Eingang unten steht offen. Es scheint kein Mensch in Deinen Palast geblieben zu sein. Flieh! eile! — rette Dich — wo ist Irene?“

„Das Kapitol verlassen! Unmöglich!“ rief Rienzi. Er trat in das Vorzimmer, seine Nachtwache war verschwunden. Er eilte schnell nach Willani's Zimmer, es war leer. Er wollte weiter, aber die Thüren waren von außen verriegelt. Offenbar blieb kein Weg zur Flucht, als der geheime Eingang unten, der wahrscheinlich offen gelassen war für seine Mörder.

Er kehrte nach seinem Zimmer zurück, Nina hatte bereits Irene, die in einem andern Flügel des Palastes schlief, geweckt und sie vorbereitet.

„Schnell, Senator!“ sagte Adrian. „Mich dünkt, es ist noch Zeit! Wir müssen über den Tiber sehen. Ich habe meine treuen Schildknapen und Nordmänner dort aufgestellt. Ein Boot erwartet uns.“

(Fortsetzung folgt.)

Dummheit bezeichnete, so war das zwar nicht höflich, entsprach aber vollständig der Wahrheit und vor allem der Werthschätzung, deren sich Herr Gamp in weiten Kreisen des Hauses erfreut.

Nachdem die Annahme, daß für Erfahrbaren dieselben Wohlthun, wie für die erste Wahl während der ganzen Legislaturperiode gelten sollen, allseitig, auch vom Staatssekretär von Bötticher, zurückgewiesen worden war, wurde die Wahl des Abgeordneten Holz gegen die Stimmen der Rechten und vier National-liberaler (darunter Weber-Heidelberg, Gasse-Leipzig und Bamhoff) für ungültig erklärt. Recht interessant war die Vertbeidigung des Herrn v. Bötticher, welche er dem preussischen Ministerium des Innern, welches die Schuld an der Kassation der Wahl trägt, angedeihen ließ. Ob Herr v. d. Rothe und sein Rath v. Hollenfer sich nicht sagen werden: Gott bewahre uns vor unseren Freunden!

Die Sitzungen sind ausgesetzt bis zum 12. Jan. 1897.

Das Herrenhaus vollzog am Mittwoch zunächst die Präsidentenwahl. Von 177 Stimmen entfielen 97 auf den Fürsten zu Solms-Hohensolms-Lich, 78 auf den Herzog von Nassau. Götter wurde somit gewählt. Charakteristisch für die Bedeutung, die sogar die Mitglieder selbst diesem hohen Gause beimessen, ist die Thatsache, daß der Neugewählte in der Sitzung nicht einmal anwesend war. Ohne Debatte wurde sodann die Vorlage betr. die Verstaatlichung der hessischen Ludwigsbahn in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung nebst dem dazu gehörigen Nachtragsetat angenommen. Bei der hierauf folgenden Beratung der Konvertirungsvorlage ließ sich Graf Mirbach die Gelegenheit nicht entgehen, eine seiner bekannten Silberreden zu halten, aber ohne Erfolg, denn seine zusammenhanglosen Ausführungen wurden von dem Reichstagspräsidenten Dr. Koch durch thatsächliche Angaben schlagend widerlegt. Gegen die Konvertirung sprach nur Graf Bücker-Burghaus, der diese Maßregel für einen Vertrauensbruch und ein Unrecht erklärte, das die Regierung den armen Gläubigern zufügt. Die Vorlage wurde vom Hause unverändert angenommen. — Am Donnerstag steht die Interpellation betreffend Trennung der Produktenbörse von der Fondsbörse sowie kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

Das merkwürdige Urtheil des Magdeburger Gerichts in dem Majestätsbeleidigungsprozesse des Genossen John veranlaßt auch einige bürgerliche Zeitungen zur Stellungnahme. So schreibt die „Kölnische Volkszeitung“:

Es handelt sich hier wieder um einen Majestätsbeleidigungsprozeß, welcher die Kritik geradezu herausfordert. Man mag die von der „Volkstimme“ gebrauchten Ausdrücke über die fragliche Jagd für zu scharf halten, aber es geht nicht an, dieselben als Majestätsbeleidigung aufzufassen. Gegenwärtig man sich nur, wohin eine solche Auffassung führen würde. Der Kaiser beziehungsweise König unterzeichnet Todesurtheile, soll deshalb eine Kritik der Todesstrafe, auch wenn sie in sehr scharfen Wendungen erfolgt, als Majestätsbeleidigung geahndet werden können? Der Kaiser erklärt den Krieg, wäre es deshalb strafbar, den Krieg als etwas Barbarisches zu bezeichnen? Der Kaiser hat verschiedentlich zur Duellfrage direkt und indirekt Stellung genommen. Könnte die Presse deshalb behindert sein, über das Duell in voller Freiheit und Deutlichkeit sich auszulassen? Wäre es verpönt, an irgend welcher Gesplogenheit Kritik, scharfe, vielleicht maßlose Kritik zu üben, weil bekannt sein möchte, daß der Kaiser einer solchen Gesplogenheit huldigt? Das Magdeburger Urtheil stellt hiernach einen weiteren Schritt dar auf der schiefen Ebene der indirekten Majestätsbeleidigungen, auf welcher man zu einer ganz unerträglichen Beschränkung der freien Meinungsäußerung gelangen muß.

Befondere Bedenken erregt noch das Strafmaß. Neun Monate Gefängnis für eine derartige Frechheit! Und der Erste Staatsanwalt hatte gar 2 Jahre beantragt! Wie die „Volkstimme“ feststellt, ist der verantwortliche Redakteur derselben wegen Majestätsbeleidigung noch nicht bestraft worden; er war allerdings wegen einer solchen im vorigen Jahre angeklagt, wurde aber freigesprochen. Die übrigen Prozesse gegen das Blatt hätten zumeist die Verlesung des großen Aufzugsparagrafen betroffen und auch theilweise mit Freisprechung endete. Wenn man unter diesen Umständen erwägt, was alles mit Gefängnisstrafen unter neun Monaten geahndet wird, so wird man sagen müssen, daß das Magdeburger Urtheil, von seiner Begründung ganz abgesehen, hart, sehr hart ist. Man kann nur wünschen, und gerade im Interesse des monarchischen Gedankens, welchem das Urtheil wahrscheinlich dienen will, daß dasselbe durch Revision angegriffen und vom Reichsgerichte aus der Welt geschafft wird.

Reichsfeinde! Sehr merkwürdig sind die wenigen Zeilen, die das Hoforgan des Herzogs von Lauenburg, die „Hamburger Nachrichten“, dem Prozeß Ledert-v. Lützow widmet. An der Spitze des Blattes steht zu lesen:

In der Presse nehmen die Erörterungen über den Berliner Prozeß ihren Fortgang. Wir halten es nicht für unseres Dienstes, alle die mehr oder minder exzessiven und tendenziösen Kombinationen, denen wir in den Blättern der verschiedenen Richtungen begegnen, unseren Lesern mitzutheilen. Als politisch bemerkenswerth möchten wir aber wiederholt konstatiren, daß die Gesamtheit der Organe derjenigen Parteien, welche zur Zeit Kaiser Wilhelms I. der Gründung und dem Ausbaue des Reiches feindlich gegenüberstanden, mit den offiziellen Blättern in der Willigung des mit dem Prozeß eingeschlagenen Verfahrens zur Behebung ministerieller Schwierigkeiten weitestern.

Will sich das Blatt mit diesen Bemerkungen um eine Erklärung über die angeblichen regelmäßigen Besuche des Herrn v. Tausch bei Herbert Bismarck herumdrücken? —

Die orientalische Frage hat, um uns konkret auszudrücken, ihren einen Flügel in Europa, Kleinasien und Westafrika, ihr Centrum in Indien, und ihren anderen Flügel in Ostasien. Auf dem westlichen Flügel ist es im Augenblick vergleichsweise ruhig geblieben — Ausland hat die Türkei sequestriert und bezieht sich nicht, sein Opfer zu verschlingen, weil die Entscheidung an einem andern Punkte bevorsteht. Im Centrum dagegen ist es ziemlich lebendig. Hungersnoth, Hunger- und sonstige Krawalle beunruhigen eine tiefgehende Währung unter der Bevölkerung Indiens, während geräuschvolle Sympathiebezeugungen russischerseits jedem, der sehen will, zeigen, woher der Wind kommt, welcher beim Ausbruch einer Feuersbrunst die Flammen schüren und weiterblasen wird. Brennend kritisch ist die Lage in Ostasien.

Schon vor längerer Zeit legten wir dar, daß allem Anscheine nach der östliche Flügel es sei, wo die Aufrollung der orientalischen Frage beginnen werde. Das bewahrheitet sich mehr und mehr.

Man wird sich erinnern, daß im März dieses Jahres der angebliche Inhalt des zwischen Rußland und China abgeschlossenen Vertrages von einem englischen Blatt in China veröffentlicht ward. Der Inhalt war im wesent-

Auzug den niedrigsten Stand verrieth, zwei zu zwei aus Gassen und Straßen. Aus diesen Ruinen sah man jetzt wieder die Gestalt des Sohnes Montreal's hervorschlüpfen. Noch später, als der Mond schon im Sinken war und im Morgen das graue Licht der Dämmerung schimmerte, wurden die Thore Roms bei der Kirche St. Johann von Lateran geöffnet. Willani sprach auch hier mit den Schildwachen. Der Mond war untergegangen, die ferneren Hügel schillerten mit Rosengluth gefärbt. Willani stand vor dem Palast des Kapitols, der einzige Bewaffnete dort. Wo sind die römischen Legionen, welche die Freiheit und den Befreier Roms schützen sollten?

Neuntes Kapitel.

Der Jagd Schluß.

Es war der Morgen des 8. Oktober 1854. Rienzi, der gewöhnlich früh aufstand, sagte zu Nina: „Es ist laum Tag, meine Leute scheinen noch zu schlafen. Doch mein Tag beginnt vor dem übrigen.“

„Bleibe noch, mein Cola, Du bedarfst des Schlafs.“

„Nein, ich bin fieberhaft erregt, und mein altes Nebel in der Seite quält mich wieder. Ich habe Briefe zu schreiben.“

„Laß mich Dein Schreiber sein,“ sagte Nina.

Rienzi erwiderte mit einem zärtlichen Lächeln. Darauf begab er sich in ein Zimmer neben seinem Schlafgemach und nahm ein Bad, wie es seine Gewohnheit war. Nachdem er sich angezogen hatte, kehrte er zu Nina zurück, die ebenfalls leicht angekleidet, schon vor dem Schreibtisch saß.

„Wie still ist alles,“ sagte Rienzi. „Welches lähle und erfrischende Vorpiel bilden diese ersten Morgenstunden für den geräuschvollen Tag!“

Er diktierte darauf seiner Gattin mehrere Briefe, indem er oft Bemerkungen einfließen ließ.

„So, jetzt an Annibaldi. Da fällt mir ein, der junge Adrian wird wohl heute zu uns kommen. Wie freue ich mich für Irene.“

„Das gute Mädchen, ja sie liebt, Cola, wenn es möglich ist, so wie wir uns lieben.“

„Out, aber jetzt weiter in unserem Geschäft, mein schöner Sekretär. Doch was ist das für ein Lärm? Ich höre einen schweren Tritt, die Treppen knarren — es ruft jemand meinen Namen.“

sehen der, daß Rußland seine sibirische Eisenbahn durch die Mandschurei — Nordchina — bauen und militärisch besetzen, daß es einen eisernen Hafen an der chinesischen Ostküste bekommen, und daß es bei drohendem Krieg das Recht haben sollte, Port Arthur und andere chinesische Häfen zu besetzen. Kurz, das Protektorat Rußlands über China. Die russische Regierung schwor den Vertrag natürlich ab — und allmählig legte sich die Aufregung in der Presse. Jetzt ist nun aber der Wortlaut des Vertrags in sehr autoritativer Form veröffentlicht worden, und der Inhalt entspricht genau dem, was im März mitgeteilt ward. Die russische Regierung leugnet jetzt auch nicht mehr — im Gegenteil, der Hauptteil des Vertrags: die Fortsetzung der sibirischen Eisenbahn durch die Mandschurei wird amtlich bestätigt. Die Aufregung in England ist groß, äußert sich jedoch nicht so lärmend, wie nach der ersten Veröffentlichung — die Gefahr ist zu bedingend nahe — ein weiterer Rückzug Englands heißt Verzicht auf seine Weltmachtstellung, und ein Schritt vorwärts ist der Krieg. —

Erwähnt sei hier noch, daß die Russen in jüngster Zeit einen wichtigen Punkt am Nothen Meer in Besitz genommen haben. Es ist das der Kuppelpelz, den Menckel für die Vermittlung des ihm so günstigen Friedens mit Italien bezahlt hat. Für den Fall eines Krieges in Asien ist diese Position von außerordentlichem Vortheil für Rußland.

Es hat Utopisten gegeben, die sich einbildeten, die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland werde die russische Politik feierlicher gestalten, den Bruch mit der alten Eroberungspolitik herbeiführen. Dieser Utopismus entspringt der irrigen Vorstellung, daß der Kapitalismus seiner Natur nach friedlich sei. Thatsächlich strebt er mit innerer Nothwendigkeit danach, sein Ausbreitungsgebiet immerfort zu vergrößern — und das er zu diesem Zweck Eroberungskriege nicht scheut, das wird durch das Beispiel Englands, des kapitalistischsten aller Länder, handgreiflich bewiesen. Und hat nicht das kapitalistische Deutschland die Bismarck'sche Eroberungspolitik geteilt? Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland hemmt die russische Eroberungspolitik nicht nur nicht, sondern stellt ihr noch reichlichere Hilfsquellen zur Verfügung. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestäts- und Beleidigung wurde der Konitor Müller aus Danzig vom Landgericht Leipzig zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. In der öffentlich geführten Verhandlung wurde festgestellt, daß Müller im stark angetrunkenen Zustande eine Beleidigung des ihn verhaftenden Schumanns und des deutschen Kaisers ausgehoben hat.

Deutsches Reich.

— Die Durchbrechung der Sonntagsruhe in den Weihnachtsfesten zur Herstellung einer Zeitungsauflage für Sonntag, den 27. Dezember, ist, wie mittlerweile bekannt geworden, eine allgemeine ministerielle Anordnung. Ein so gemäßigtes Blatt wie die „Tägliche Rundschau“ bemerkt zu dieser Maßregel treffend: „Das ist um so bedauerlicher. Wir müssen unseren Standpunkt zu der Sache noch einmal scharf zum Ausdruck bringen. Im Wahrung eines wirklichen öffentlichen Interesses handelt es sich nicht. Sowohl das Geschäftsleben als die Politik ruht in den Weihnachtstagen gänzlich. Man kann also mit Bestimmtheit voraussetzen, daß wirklich wissenschaftliche Mittheilungen, deren Ausbleiben irgend jemand schädigen oder beunruhigen könnte, nicht in Frage kommen. Man will also bloß dem Bedürfnis des gedankenlosen Theils des Publikums entgegenkommen, der unruhig wird, wenn er länger als zwei Tage beim Morgenkaffee den üblichen Klatsch über die jüngsten Nordthaten, Schlägereien, Vorgänge in den Nacht-Cafés und dergleichen entbehren muß. Wenn die Behörden das wollen und für gut und richtig halten, so ist das ihre Sache. Nur müssen sie freilich dann aufhören, in der Frage der Sonntagsruhe das hohe Ross stilklicher Grundzüge, religiöser und sozialer Rücksichten zu reiten. Sie dürfen dann nicht mehr das Sensationsbedürfnis des Publikums anklagen und nicht mehr auf die Blätter schelten, die ihren ganzen Betrieb nur darauf einrichten, diesem Bedürfnis genüge zu thun. Auch dürfen sie sich nicht mehr auf die grundsätzliche Feiertagsheiligung berufen, wenn sie aus einem so wichtigen Anlaß das wichtige Prinzip der Sonntagsruhe durchbrechen. Wie stimmt das aber mit den Maßregeln, die uns jetzt in Berlin zu einem Uebermaß nach dem Muster des englischen Sonntags zwingen wollen? Die Leute, die die Sache bei der Regierung angeregt haben, haben geschickt spekulirt, als sie hier eine Neigung zum Entgegenkommen vorandähten. Ihnen ist es natürlich nur darum zu thun, überhaupt möglichst Ausnahmen von der Sonntagsruhe zu erlangen, und zu diesem Experiment ist zunächst die Presse gerade gut genug.“

— Die Einschränkung der Schweine-Einfuhr aus Rußland. Ueber die Wirkungen dieser Maßregel hat die Handelskammer zu Oppeln eine Untersuchung angestellt. Einer der Schlüsse, zu dem sie kommt, lautet: Im Vergleich zu den Vorjahren stehen die Preise in Gleiwitz und Larnow ungefähr auf derselben Höhe, dagegen sind sie im Herzen des Industriegebietes, weniger in Bezug auf Schweinefleisch, als auf Speck und Schmalz, bereits als hohe zu bezeichnen, und ist hier der Arbeiter in seiner Lebenshaltung durch das Steigen der Preise beeinträchtigt, namentlich in Rücksicht darauf, daß die ober-schlesische Arbeiterbevölkerung sehr hart Schweinefleisch und Speck konsumirt. Der plötzliche gestiegenen Nachfrage hat die inländische Schweinegucht, sowohl diejenige Oberschlesiens als auch die der östlichen Provinzen, nicht entsprechen können. — Den Agrariern genügt bekanntlich die Einschränkung noch nicht, sie hätten am liebsten ein blankes Verbot. —

— Aus dem Reiche des Herrn v. Stephan. Große Erregung herrscht unter den Subaltern-Beamten der Postverwaltung hinsichtlich der in Aussicht genommenen Gehaltsaufbesserungen. Es sind nämlich aus Billigkeit, d. h. Sparsamkeitsrücksichten nur solche Beamtenklassen bedacht worden, bei denen nur wenige Beamte in Betracht kommen, während die nach vielen tausenden zählenden Postsekretäre und Ober-Postassistenten vollständig leer ausgehen, so daß namentlich letztere jetzt zu den am schlechtesten besoldeten Beamten gehören. Aber auch im Reichs-Postamt selbst herrscht unter den Bureaubeamten zweiter Klasse große Unzufriedenheit. Bei der letzten Gehaltsaufbesserung wurde das Gehalt in einzelnen Bureau von 2700 auf 3000 M. erhöht, während andere Bureau übergegangen wurden. Man hoffte nun, daß im nächsten Etatsjahre in diesen übergangenen Bureau die Ungleichheit beseitigt werden würde. Es ist aber statt dessen gerade das Gegenteil eingetreten. Die schon einmal übergangenen Beamten gehen wieder leer aus, während das Gehalt der schon bevorzugten um weitere 600 M., also bis auf 4200 M. erhöht werden soll, so daß bei der Zentralbehörde in derselben Beamtenklasse, mithin für Beamte mit derselben Vorbildung, Ausbildung, demselben Titel und derselben Arbeitsleistung, ein Gehaltsunterschied von 1500 Mark besteht. Diese Beamten stehen dann den Ober-Postsekretären

und Ober-Postdirektions-Sekretären gleich und noch weit über den Postsekretären, von denen das Abimantenzugewinn und ein schwierigeres Examen als von den Bureaubeamten 2. Klasse verlangt wird. —

— Polizei-Ausgaben der preussischen Städte. Eine Zusammenstellung über die in den preussischen Städten mit über je 10 000 Einwohnern angestellten Polizei-Exekutivbeamten und die Kosten der städtischen Polizeiverwaltungen hat Polizei-Inspektor Lemke in Osnabrück verfaßt und den Stadtverwaltungen übermittleit. In Berlin sind angestellt 23 Polizei-Inspektoren, 186 Polizei-Kommissare, 445 Polizei-Nachtwächter und 4993 Schutzeute, es entfällt also bei einer Bevölkerungszahl von 1 677 185 auf je 296 Einwohner ein Polizei-Exekutivbeamter. In den anderen 24 Städten mit königlicher Polizeiverwaltung, welche zusammen 2 543 372 Einwohner haben, sind angestellt 23 Polizei-Inspektoren, 218 Polizei-Kommissare, 127 Polizei-Nachtwächter und 2921 Schutzeute, es entfällt also auf je 773 Einwohner ein Polizei-Exekutivbeamter. In den übrigen 199 Städten mit über 10 000 Einwohnern mit städtischer Polizeiverwaltung und einer Bevölkerung von 5 213 390 Personen sind angestellt 94 Polizei-Inspektoren, 241 Polizei-Kommissare, 234 Polizei-Nachtwächter und 2297 Schutzeute, außerdem für den Nachtdienst 60 Nachtwächter und 2008 Nachtwächter, es entfällt also auf je 1040 Personen ein Polizei-Exekutivbeamter. Die theuersten Polizei-Verwaltungen in Bezug auf die von den Städten zu leistenden Ausgaben haben Essen a. N. mit 5,54 M., Halle mit 3,89 M., Magdeburg mit 3,16 M., Bielefeld mit 2,85 M., Bonn mit 2,81 M., Wandsbeck mit 2,60 M., Glogau mit 2,57 M., Saarbrücken mit 2,51 M. und Berlin mit 2,50 M. auf den Kopf der Bevölkerung.

— Eine verkehrte Maßregel. In den interessirten Kreisen geht nach der „Tägl. Rundschau“ ein Gerücht, wonach binnen kurzer Zeit eine Maßregel zu erwarten ist, die alle Schichten der Bevölkerung sehr wesentlich berühren würde. Es handelt sich dabei um eine angebliche Abicht der Regierung, die Einfuhr von amerikanischem Petroleum erschwernenden Bedingungen zu unterwerfen. Daß die deutschen Konsumenten unter dem Petroleum-Monopol der Standard-Oil-Company schwer zu leiden haben, ist fraglos.

Wir glauben, daß diese Maßregel keinen anderen Effekt haben wird, als daß das russische Petroleum um den Zoll des amerikanischen Petroleums steigen wird. Die Konsumenten werden die Kosten tragen und die Milliarden Rothschild und Nobel sich ins Häuschen lachen. —

— Die Staatsbürgerlichen Rechte der Beamten werden eigenthümlich beleuchtet durch die folgende Notiz: In der Provinz Posen hat sich vor einiger Zeit ein deutscher Bauernverein gebildet, der sich die Aufgabe gestellt hat, die ländlichen Interessen zu wahren. Diesem Vereine gehören natürlich auch zahlreiche Volksschullehrer an. Unten 7. September 1895 erhielt nun, wie die „Leipz. Neuesten Nachrichten“ mittheilen, einer dieser Lehrer folgendes Schreiben von der königl. Regierung in Bromberg, Abtheilung für Schulwesen: „Es ist zu unserer Kenntniß gelangt, daß Sie einem Verein angehören, welchen der Redakteur Behne in der dortigen Gegend ins Leben gerufen hat und der augenblicklich die Interessen des Bauernstandes zu fördern bestrbt ist. Da dieser jedoch antisemitische Zwecke verfolgt, sich gegen den Großgrundbesitz und den Offizierstand wendet, mit einem Worte, darauf ausgeht, die sozialen Verhältnisse zu stören und Unzufriedenheit unter dem Bauernstand hervorzurufen, da sich also die Zugehörigkeit zu einem solchen Verein nicht mit Ihrem Amte verträgt, so unter-sagen wir Ihnen hiermit das fernere Verbleiben in demselben, sowie jede Förderung desselben.“

Oesterreich.

Wien, 16. Dezember. Die Landtage von Böhmen, Galizien, Nieder-Oesterreich, Steiermark, Krain, Mähren, Schlesien und Görz-Gradiška sind auf den 23. d. M. einberufen worden. —

— Zeitungsstempel. Zur Ergänzung der Depesche in unserer letzten Nummer ist noch nachzutragen, daß nach einem Beschluß des Budgetausschusses der Zeitungsstempel für nicht öfter als dreimal wöchentlich erscheinende Blätter schon am 1. März 1897 aufgehoben werden soll. —

— Konstitutionspraxis. Die „Reichenberger Ztg.“ hatte mitgeteilt, daß die österreichische Kaiserin eine eingekleidete Zigarettenraucherin sei. Die betreffende Nummer wird konjunktiv wegen Beleidigung der Mitglieder des kaiserlichen Hauses.

— Das Postdebit für Oesterreich entzogen wurde der „Neuen Züricher Zeitung“. Wahrscheinlich handelt es sich auch um eine so hochnotpeinliche Sache wie bei dem Reichenberger Blatte. —

Schweiz.

Bern, 16. Dezember. Der Nationalrath beschloß in Uebereinstimmung mit dem Ständerath nach längerer Berathung die Abschaffung der besonderen Uebungen für Offiziere und Unteroffiziere des Landsturmes und die Annahme des Postulats auf Erleichterung der Dienstpflicht der Landsturmtruppen. —

Bern, 16. Dezember. Der Ständerath genehmigte heute ohne weitere Besprechung den Vertrag mit Italien über den Simplon-Durchstich. Der Ausschuss hatte betont, daß die Lasten der Schweiz im Vergleich zu den Leistungen Italiens unverhältnismäßig große seien, dafür dürfe aber das kleine Land stolz sein auf das große Werk, das es fast allein aus eigenen Kräften vollbringe. —

Frankreich.

Paris, 15. Dezember. (Fig. Ver.) Seit dem Beginn der Budgetberathung hat keine Sitzung ein so hohes Interesse dargeboten, wie die gestrige, in welcher der sozialistisch-radikale Abgeordnete Camille Pelletan, ein gründlicher Kenner der französischen Marine, die in diesem Verwaltungszweig herrschende Mißwirtschaft im einzelnen darlegte und brandmarkte. Aus der fast sechsständigen Rede, welche die ganze Sitzung ausfüllte, seien hier nur die Hauptpunkte wiedergegeben. Das System der Buchführung macht jede wirkliche Kontrolle illusorisch. Während in den privaten Rhederei-Geschäften über das konkrete Material Buch geführt wird, rechnet man in der Marineverwaltung nach dem „offiziellen Werth“ des Materials. Der offizielle Werth entspricht aber so wenig der Wirklichkeit, daß Admiral Besnard, der gegenwärtige Marineminister, in einer Anmerkung zum 1895 veröffentlichten Marine-Baubuche ausdrücklich die Ungenauigkeit der darin enthaltenen Angaben betonte. Der wiederholteste Schandrian hemmt jede Initiative, vergudet alljährlich enorme Summen. Der höhere Admiralitätsrath, der thatsächlich unverantwortliche Leiter der Marine, bekämpft hartnäckig jede Aenderung, wie er in früheren Zeiten der Reize nach gegen die Dampfkrast, die Schraubendampfer, die Eisen- und Stahlschiffe kämpfte. Noch heutzutage besitzt Frankreich neun Panzerschiffe aus Holz. Die schlechteste Ausführung der Schiffsbauten ist fast die Regel. Dabei die so zahlreichen Unglücksfälle. Im Mai und Juni d. J. allein kamen auf neu gebauten Schiffen zwölf Unglücksfälle mit zwanzig Toden vor. Zwei neue Panzerschiffe zu 30 Millionen pro Stück konnten nicht vom Stapel gelassen werden, weil das eine, „Carnot“, sich zu schwer, das andere, „Descartes“, sich zu leicht erweisen hat. Dasselbe Vorkommnis in kleinen, wie im Großen. Ein Vicentiat der Rechte, betraut mit der Bestellung von Schutzwert, läßt nach den Prinzipien der Gleichheit dieselbe Anzahl Schiffe für jede Größe des Menschensuhes anfertigen. Das Ergebnis ist natürlich, daß die Marine zwei Armeen von Riesen und Zwergen beschuden kann, während 10 000 Paar Schuhe für die mittelgroßen Matrosenschuhe fehlen. Eine ganze Armee von hohen und niederen Beamten wird für nutzlose Schreibereien verwendet und bezahlt. Als Pelletan 1895, da er Berichterstatter des Marinebudgets war,

nach der Buchführung eines einzigen Schiffes während eines einzigen Jahres verlangte, brachte man ihm sechs große Kisten voller Papiere. . . Das verrottete System, welches aus allen Revolutionen unverfehrt hervorgeht, findet seine logische Vollendung in einer beispiellosen Vettern- und Günstlingswirtschaft. Ein geschlossener Künzgel von sieben bis acht Admiralfamilien schaltet unbeschränkt über die Laufbahn der Marine-Offiziere. Auf 15 Beförderungen kommen durchschnittlich 12 Beförderungen von Söhnen, Brüdern, Neffen oder sonstigen Verwandten der Admirale. Jeder Offizier, der Neuerungsgelüste kundgibt, wird systematisch, ohne Rücksicht auf seine Fähigkeiten, Verdienste, Heldenthaten und die Zahl der Dienstjahre vom Avancement ausgeschlossen. Daher die zahlreichen Fälle des Rücktritts gerade der tüchtigsten Offiziere. Dabei ist der selbstherrliche Admiralkünzgel durch und durch liberal und monarchisch gesinnt. Die Jüglinge der Kongregations-schulen haben stets schwere Aussichten, bei der Beförderung vorgezogen zu werden. Den Matrosen der freidenkerischen Republik werden Andachtsübungen auferlegt. . . Pelletan schloß seine inhaltschwere, mit unwiderleglichen Thatsachen vollgepackte Rede mit einem heftigen Angriff auf den — von ihm übrigens nicht genannten — Admiral Duperré, den bonapartistischen Parteigänger, der 1870 der Kaiserin Eugenie nach England gefolgt war, dort ruhig den Niederlagen Frankreichs zusehend, während alle anderen Marine-Offiziere heldenmüthig zu Lande kämpften, der es aber trotzdem unter der Republik lieber als andere zum Admiralsrang und zum Großkreuz der Legion gebracht hat. . .

Pelletan's Anklage hat auf die Kammer einen gewaltigen Eindruck gemacht. Aber auch hunderte solcher Reden vermögen nichts an der seit langem bekannnten Mißwirtschaft zu ändern, so lange die Republik von der Bourgeoisie beherrscht wird. Die Macht des Admiralskünzgels ist ja nur ein krasse Miniaturbild der allumfassenden Macht des Geldkünzgels in der dritten Republik. —

Paris, 15. Dezember. In der Kammer wurde der Antrag auf Bewilligung von 50 Millionen Franks zur Erneuerung des Flottenmaterials und zu Neubauten, als erste Rate eines Kredits, welcher in drei aufeinanderfolgenden Budgetjahren 200 Millionen erreichen soll, mit 385 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Das Ministerium hatte erklärt, am Anfang des nächsten Jahres werde es selbst eine Vorlage einbringen. Dann werden wahrscheinlich noch mehr Millionen verlangt werden. —

Paris, 16. Dezember. Der Appellhof bestätigte das Urtheil, welches Artion zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt. —

Paris, 16. Dezember. Am nächsten Donnerstag wird der Gerichtshof entscheiden, ob die Verhaftung des Ministers Bouthou zur Deckung der von ihm geschuldeten Summe von 1 891 000 Franks gesetzlich ist. Bessépe und Blondin, deren Verhaftung nicht stattfinden konnte, da sie außerhalb Frankreichs leben, sind ebenfalls zu den Verhandlungen geladen worden, weil auch diese einige Konten in der Panama-Angelegenheit zu regeln haben. —

Paris, 16. Dezember. Adams, der Deputirte von Pas-de-Calais, wird heute den Kriegsmiister bezüglich des Todes eines jungen Rekruten des vierten Kürassierregiments, welcher den Mißhandlungen seiner Kameraden erlegen ist, interpelliren. —

Belgien.

Brüssel, 15. Dezember. Der Senat beriet über die Vorlage betreffend die börsenmäßigen Wetten und Spielgeschäfte. Artikel 1, welcher besagt, daß die Terminkäufe gesetzlich anerkannt und wie jede erlaubte Vereinbarung ausführbar sind, wurde angenommen. Sodann wurde Artikel 2 angenommen, wonach börsenmäßige Wetten oder Spielgeschäfte als den guten Sitten entgegen von Rechts wegen ungültig sind, ebenso Artikel 3, welcher bestimmt: Börsenmäßiges Wett- oder Spielgeschäft ist jede Vereinbarung, bei welcher es die Absicht beider Theile ist, die Lieferung und den Empfang der Produkte, Waaren oder beweglichen Werthe auszuschließen, über welche sie nur zum Schein abschließen, und den Vertragsgegenstand auf die Differenz nach dem Steigen oder Fallen der Kurse zu beschränken. —

Italien.

Rom, 14. Dezember. (Fig. Ver.) Die Ergebnisse der Untersuchung, die das Ministerium Ruidini über die Vorgänge bei dem Bau neuer Eisenbahnlunien anstellen ließ, sind der Kammer jetzt zugegangen. Aus dem Bericht geht hervor, daß eine Anzahl in den letzten Jahren gebauter neuer Bahnlunien, welche nach den Verträgen des Staats mit den Unternehmern 200 Mill. Fr. kosten sollten, infolge der Nachforderung der Unternehmer vom Staate mit 350 Mill. Fr. bezahlt werden müssen. Der Arbeitsminister erklärte in der Kammer offen, daß die Staatsverwaltung sich bisher gegenüber den mit allen Mitteln geltend gemachten Nachforderungen der Unternehmer meist als widerstandsunfähig erwiesen habe. Das heißt mit anderen Worten, daß der Staat sich auf seine Beamten nicht verlassen kann, weil diese entweder unfähig sind oder gegen die Staatsinteressen sich gleichgültig verhalten oder mit den Unternehmern, welche ihre Privatinteressen mit allem Eifer vertreten, sogar verbündet sind. Sehr schwer ist es, nach dem Minister, überhaupt auch nur zu erkennen, welche Anzahl des staatlichen Verwaltungsapparates in jedem einzelnen Falle die Schuld an der Benachtheiligung des Staates trifft. Der Minister führte einige Fälle von ganz abenteuerlichen Forderungen der Unternehmer an, mit denen diese gleichwohl infolge von Unklarheiten in den Bauverträgen vor den Gerichten Recht behalten haben. Auch bei Straßen- und Brückenbauten und ähnlichen Unternehmen tritt nach dem Minister die gleiche Uebervertheilung des Staates zu tage. Wie leichtfertig von den Behörden Verträge mit Bauunternehmern abgeschlossen werden, geht aus der von einem Abgeordneten angeführten Thatsache hervor, daß ein Bauunternehmer, dem der Staat die Herstellung eines Tunnels zu 50 Fr. per Kubikmeter übertragen hatte, diese Arbeit sogleich in Unterpacht zu 17 Fr. per Kubikmeter an einen anderen vergab, sich also einen Gewinn von 300 vSt. sicherte. Der Minister griff in seinen Angaben bis zum Jahre 1878 zurück und berechnete, daß der Staat seit jenem Jahre bis heute 1106 Mill. Franks für Eisenbahnbauten ausgegeben hat, die in den Pachtverträgen nur mit 693 Millionen veranschlagt waren, und daß über viele Nachforderungen der Bauunternehmer noch jetzt die Entscheidung aussteht. —

— Ruidini als Sozialistenführer. Der italienische Ministerpräsident, der eine Zeit lang von den Bahnen Ehren-Crispi's sich fernzuhalten schien, hat doch wieder sein Bourgeois-Derg entdeckt. In letzter Zeit mehren sich die Ausfällungen sozialistischer Vereine ungedeuer. —

Spanien.

— Die Kosten des kubanischen Feldzuges beliefen sich nach dem offiziellen Regierungsorgan vom März 1895 bis Ende Juni 1895 auf 256 Millionen Mark. Die ganzen bisherigen Ausgaben werden auf 450 Millionen Mark geschätzt. Jeder Tag frist rund 2 Millionen Pesetas. Gebedt wurden diese Ausgaben durch Pump, Verkleinerung kubanischer Hypothekendarlehen u. s. w. Für Truppentransporte wurden 37 Millionen Pesetas ausgegeben, 20 Millionen Rechte davon die transatlantische Kompagnie ein, sieben Millionen die Eisenbahnen. Die Unkosten bei den Wecheln, Kursverluste u. a. allein betragen 14 1/2 Millionen Pesetas. — Was kostet außerdem noch der Feldzug auf den Philippinen, wo jetzt auf allen Inseln der Aufstand herrscht? Und da wollen die Hidalgo-Herren auch noch mit den Vereinigten Staaten einen Krieg ansangen! —

— Der Kubaner Lopez, der wegen Beteiligung an dem Aufstande in einem spanischen Gefängnis eingesperrt war, ist mit Hilfe gefälschter Papiere nach Frankreich entkommen. Lopez war Vorsitzender des Ausschusses der Aufständischen in Havana. —

Portugal.

Lissabon, 15. Dezember. Die Blätter veröffentlichen eine halbamtliche Note, welche besagt, die Wiederholung bedauerlicher Vorkommnisse in Lissabon Marquês, von welchen der deutsche Konsul betroffen wurde, erfordere, daß Deutschland für die beiden bereits bekannten Fälle gewaltthätiger Ausschreitungen Genugthuung gegeben werde. Die Angelegenheit sei jetzt Gegenstand der Unterhandlung. Alle Berichte von einem gewaltthätigen Vorgehen seitens Deutschlands seien vollkommen unbegründet; es sei unwahr, daß Deutschland die Ufer des Lissabener Flusses oder irgend einen anderen Punkt portugiesischen Gebiets besetzt habe.

Rußland.

Petersburg, 16. Dezember. Nach der (russischen) „St. Petersburg Zeitung“ gelangte die Frage, ob die Geschworenengerichte abzulassen seien, in der hierfür eingesetzten besonderen Kommission zur Verhandlung. Die Kommission sprach sich mit großer Majorität für die Beibehaltung der Geschworenengerichte aus.

Türkei.

Konstantinopel, 16. Dezember. Der Ministerrat unterbreitete dem Sultan den Vorschlag, den Armeniern Amnestie zu gewähren. Trotdem die zu erlassende Amnestie als eine allgemeine bezeichnet wird, besteht dennoch die Absicht, Ausnahmen festzusetzen und die zu mehr als dreißigjährigen Kerker verurtheilten Individuen, ferner nicht verhaftete oder nicht abgeurtheilte Führer des armenischen Komitees sowie gemeine Verbrecher auszuschließen.

Amerika.

In New-York hat sich eine Liga zur Förderung der Sache Ruba's gebildet. Den Vorsitz führt Ethan Allen, anherdem beteiligten sich an der Bewegung u. a. der frühere Gouverneur von New-York, Flower, der frühere Mayor Gilroy und der Polizeipräsident Roosevelt.

Washington, 15. Dezember. Senat. Morgan befürwortete einen gestern eingebrachten Beschlußantrag, nach welchem Vorlegung des Schriftwechsels gewünscht wird, der sich auf Ruba und das Verfahren bezieht, das auf Ruba gegen die Mannschaft des Dampfers „Comptitor“ eingeleitet wurde. Morgan drang in seinen Ausführungen auf eine sofortige Intervention der Vereinigten Staaten auf Ruba, um der grausamen, kalblütigen Niedermehlung der Einwohner ein Ende zu bereiten. Die Vereinigten Staaten sollten nicht zögern, Spanien, wenn nötig, den Krieg zu erklären. Die Zeit sei nahe, wo Amerika, wie in der Vorkriegszeit Cleveland's angedeutet sei, in entscheidender Weise vorgehen müsse. Das Haus nahm den Beschlußantrag an.

Das Repräsentantenhaus verwies einen Beschlußantrag Woodman's, nach welchem der Präsident zur Intervention auf Ruba und zur Anerkennung der Unabhängigkeit Ruba's aufgefordert werden soll, und in welchem die Art der spanischen Kriegsführung auf das strengste verurtheilt wird, an den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.

Ruba. Die Spanier hatten auf den Kopf Maceo's einen Preis von 250000 Fr. gesetzt.

Parlamentarisches.

Das Handelsgesetzbuch soll dem Reichstage in der zweiten Hälfte des Januar zugehen.

Die Kommission zur Vorberathung des Miquel'schen Automatengesetzes hat zum § 1 der Regierungsvorlage einen Antrag Limburg-Stirum angenommen, welcher die obligatorische Schuldentilgung für 1897/98 auf 1/2 pCt. der Gesamtstaatschuld, vom Jahre 1898/99 an auf 3/4 pCt. jährlich festsetzt. Der Ausgleichsfonds wurde hingegen von der Kommission abgelehnt. Die Kommission nahm ferner eine Resolution an, worin die Regierung aufgefordert wird, das Eisenbahngarantiegesetz in der Richtung abzuändern, daß der für allgemeine Staatszwecke verwendbare Höchstbetrag des Eisenbahnüberschusses festgesetzt werden soll.

Der Fall Tausch-Lüchow soll im Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht werden, und zwar beim Kapitel Polizeiverwaltung im Etat des Ministeriums des Innern.

Im Herrenhaus hat Graf zu Stolberg folgende Interpellation eingebracht: „Beabsichtigt die Regierung, an den größeren Börsenplätzen eine Trennung der Produktbörsen von der Fondsbörse in der Weise herbeizuführen, daß der die Produktbörsen leitende Vorstand zu gleichen Theilen aus Vertretern des Handels, der Landwirtschaft und der Mülerei zusammengesetzt wird?“

Parli-Nachrichten.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Oggersheim in der Rheinpfalz wurden in der Klasse der Arbeitervertreter die Kandidaten der organisierten Arbeiter mit 170-196 Stimmen gewählt. Abgegeben wurden überhaupt nur 196 Stimmen. Ein Theil der Brauerei- und Mälzerei-Arbeiter erlaubte sich den Zuzug einer Gegenliste, brachte aber nur auf 24 Stimmen.

Für das Grabaln unseres verstorbenen Genossen E. W. Zölcke in Dortmund sind, wie die betreffende Kommission mittheilt, im ganzen 529,45 M. eingegangen. Die Kosten betragen insgesamt 512,65 M., so daß noch ein kleiner Ueberschuß blieb.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Das Potsdamer Landgericht verurtheilte als Berufungsinstanz den Redakteur der „Brandenburger Zeitung“, Genossen Guth, wegen Verleumdung des Superintendenten Zander zu acht Tagen Gefängnis.

Gegen das rechtskräftige Urtheil der Düsseldorf'schen Strafkammer, wonach Genosse Westfahl, der Redakteur der „Niederrheinischen Volkszeitung“, wegen Verleumdung des Polizeikommissars Kollpach in den nächsten Tagen eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten antreten soll, ist von der Vertheidigung das Wiederaufnahme-Verfahren beantragt worden.

Die Beilagen der Sonntagnummer der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ sind zufolge der Beschwerde wieder freigegeben, während die Beschwerde betreffs des Hauptblattes, worin die angebliche Majestätsbeleidigung enthalten sein soll, abgewiesen wurde. Der verantwortliche Redakteur, Genosse Schulze, ist gegen Einzahlung von 3000 M. Kaution auf freien Fuß gesetzt. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ schreibt darüber: „Die Verhaftung ist also nur erfolgt wegen Fluchtverdachts. Ein solcher Verdacht ist aber gänzlich unbegründet. Genosse Schulze ist verheirathet; seit 24 Jahren hat sich kein Redakteur des hiesigen Partei-Organes seiner Bestrafung durch die Flucht entzogen, womit will man also den Fluchtverdacht begründen? Die Angelegenheit wird im Reichstage zur Sprache gebracht werden.“

Genosse Biertel, früherer verantwortlicher Redakteur der „Thüringer Tribüne“ in Erfurt, war in drei Fällen vom Schöffengericht zu Geldstrafen verurtheilt worden, weil er groben Unfug begangen habe. Im vierten Falle hatte dasselbe Gericht auf Freisprechung erkannt. Er legte gegen die Verurtheilungen und der Staatsanwalt gegen die Freisprechung Berufung ein. Das Landgericht befähigte die verurtheilenden Erkenntnisse, hob das freisprechende Urtheil auf und erkannte für den vierten Fall des groben Unfugs auf 50 M. Geldstrafe. Den groben Unfug soll Genosse Biertel durch folgende Notizen begangen haben: 1. „Ausschnitt über erhaltene Gelder ist Aufforderung zum Sammeln — wenigstens nach Ansicht des Chemnitzer Schöffengerichts.“ Hier soll der grobe Unfug in dem Worte „wenigstens“ stecken. 2. „Die Genossen mußten ihr Verbrechen mit Geldstrafen von 60 M. büßen.“ Durch das Wort

„Verbrechen“ soll die betreffende auswärtige Gerichtsbehörde verhöhnt worden sein. 3. „Arbeiter Nordhausens, unterstützt unsere Kollegen in Lauterberg dadurch, daß wir den Zuzug fernhalten.“ Hierin ist ein verketterter Boykott gefunden worden. 4. hat die „Thüringer Tribüne“ den Beschluß einer Schuhmacher-Versammlung, wonach die Sperre über eine Firma verhängt wurde, in fetter Schrift wiedergegeben und der Notiz die Worte vorgelegt: „Achtung, Schuhmacher!“ Durch diese beiden Worte, sowie durch den fetten Druck der Notiz soll der Zuzug des verketterten Boykotts gegeben sein. Es ist anzunehmen, daß die Revisionsinstanz der Auffassung des Landgerichts nicht beitreten würde.

Wegen eines Flugblattes gegen einen Saalverweigerer wurde Genosse Fröhlich in Burgstädt i. S. der Redakteur der „Volksstimme“, vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt; durch das Flugblatt soll grober Unfug begangen sein. — Wie schon mitgeteilt wurde, hat das Chemnitzer Landgericht die Berufung verworfen, die Genosse Fröhlich gegen seine, wegen Verleumdung des Amtsrichters Krauer in Töbelen erfolgte Verurtheilung zu drei Monaten Gefängnis eingelegt hatte; nachzutragen ist noch, daß in der Berufungsverhandlung selbst der Staatsanwalt diese Strafe als zu hoch bezeichnete, während der Gerichtshof der Ansicht war, daß nur eine hohe Strafe „bessernd“ auf den Angeklagten wirken könne. Dieser Standpunkt mag zutreffen bei Duellanten und Spitzbüben, er ist aber bei Redakteuren von Arbeiterblättern schon deshalb nicht einleuchtend, weil diese die Feder aus Liebe zu einer großen Idee führen, also, auch wenn sie einmal über den Strang schlagen, aus ethischem Beweggründe zu handeln pflegen.

Acht Strafmandate, auf je 20 M. lautend, sind den Sehern der Genossenschaftsdruckerei in Halle a. S. zugestellt worden, die vergangene Woche vor den Untersuchungsrichter geladen waren, um über die Urheberschaft gewisser gegen die Bülberger Mühle gerichteter Artikel Auskunft zu geben, die Auskunft aber verweigerten, weil sie als Teilnehmer an der vom Gericht als strafbar erachteten Handlung in betracht kämen.

Die gegen den verantwortlichen Redakteur des „Sächsischen Volksblatts“, Genossen Karl Keil in Zwickau, ausgesprochenen Gefängnisstrafen von 4, 3 und 1 Monat sind vom dortigen Landgericht in eine Gesamtstrafe von 7 Monaten zusammengezogen worden. Gegen Genossen Keil kommt am 18. Dezember der letzte Prozeß, und zwar vom Schöffengericht in Greiz, zur Verhandlung, wobei es sich um angebliche Verleumdung einer Behörde handelt. Die betreffende Notiz hat in der „Neu-Volkszeitg.“ gestanden, die von Keil verantwortlich gezeichnet worden ist.

Im Sommer dieses Jahres verurtheilte das Mainzer Schöffengericht den verantwortlichen Redakteur der „Mainzer Volkszeitung“, Peter Tiefel, und den Verleger Ludwig Jost wegen Verbreitung unzüchtiger Abbildungen zu je 30 M. Geldbuße, weil ihrer Zeitung ein Prospekt des Werkes „Das Werden des Menschen“ beigegeben hat, der anatomische Abbildungen enthielt. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht wurden beide Angeklagte freigesprochen. Gegen dieses Urtheil legte die Staatsanwaltschaft beim Ober-Landgericht zu Darmstadt Rekurs ein. Das Ober-Landgericht erklärte, daß nach den Thatsachen eine Verbreitung unzüchtiger Abbildungen nicht stattgefunden habe, wohl aber sei grober Unfug verübt worden. Das freisprechende Urtheil wurde aufgehoben und die Sache an das Mainzer Landgericht zurückverwiesen. Der Prozeß ist auf Betreiben des Bischofs von Mainz durch die Oberstaatsanwaltschaft in Darmstadt anhängig gemacht.

Gewerkschaftliches.

Zuzug von Arbeitern nach den deutschen Seestädten ist während der Dauer der dortigen Lohnbewegungen aufs strengste fernzuhalten!

Gelder sind zu senden an das Berliner Gewerkschaftsbureau (M. Willarg, Berlin S., Annenstr. 16.)

Der Kottbuser Textilarbeiter-Streik hat, laut der in Nr. 50 des „Textilarbeiters“ veröffentlichten Abrechnung, 113 283,97 M. gekostet. Eingekommen sind 112 901,02 M. Die Ausgabe überstieg also die Einnahme um 382,95 M. Ferner sind ca. 10 Jahre Gefängnis und Zuchthaus zu verzeichnen.

In Hamburg hat Genosse Bömelburg, der Vorsitzende des deutschen Maurerverbandes, die vierwöchige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm vom Breslauer Landgericht wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung auferlegt ist.

In Grimma i. S. sollte in einer Volksversammlung als dritter Punkt verhandelt werden das Thema Gewerkschaftliches. Die Polizei verbot diesen Punkt, weil sie nicht wisse, was alles über Gewerkschaftliches gesprochen werden würde. Die Polizei hat wahrheitsfalsch behauptet, daß die Versammlung einen Beschluß zu gunsten der Hamburger Arbeiter fasse, denn als in der Versammlung ein Redner auf den Hamburger Streik eingingen wollte, erklärte der überwachende Beamte, hierüber dürfe nicht gesprochen werden. Diese neueste Schmälerung des Versammlungsrechtes des arbeitenden Volkes wird der begeisterten Zustimmung der Hamburger Kapitalproyen nicht entgegen.

Eine Weihnachtsbescherung für durchreisende organisierte Arbeiter veranstaltet wie im vorigen so auch dies Jahr das Gewerkschaftskartell in Oera.

In Niedersach in Oberbayern hat der Schuhmachermeister Burger zehn Gefängnisse gekündigt, weil sie dem Verein deutscher Schuhmacher angehören.

Aus Rußland. In Wilkowskii in Westrußland spielten sich vor kurzem unter den circa 300 dort beschäftigten Bürstenmachern einige recht interessante Lohnkämpfe ab. Die äußerst niedrigen Löhne und die überaus lange Arbeitszeit, die bis zu 16-18 Stunden ausgedehnt wurde, hatten längst in den Kreisen der Arbeiter Mißstimmung hervorgerufen. Diese steigerte sich, als bei dem Tode eines ihrer Mitarbeiter festgestellt wurde, daß die Lunge des an der Schwindsucht Erkrankten gänzlich vom Staub der Borsten durchsetzt war und somit die Ursache der Krankheit, an der in diesem Verus so viele zu leiden hatten, deutlich erkennbar wurde. Bald darauf inspizierte der Fabrikinspektor die Fabrik, wobei 2 Arbeiter ihm gegenüber auf mehrere Uebelstände aufmerksam machten. Die Folge war, daß beide Arbeiter entlassen wurden, wonach das ganze Personal für sie Partei ergriff und nicht eher zur Arbeit zurückkehrte, bis die Entlassenen wieder eingestellt waren. Seit dieser Zeit trat unter den Arbeitern das Verlangen in den Vordergrund, die 12stündige Arbeitszeit einzuführen. Es kam darüber zum Streik, wobei 9 Verhaftungen vorgenommen wurden. Jedoch blieb die beabsichtigte Wirkung dieser Maßregel vollkommen aus und die Streikenden erzielten schließlich die Bewilligung ihrer Forderung, was allerdings mit einer Anklage der Verhafteten — in Rußland ist die Betheiligung am Streik strafbar — theuer erkauft war. Natürlich verurtheilte der Fabrikant sehr bald die Arbeitszeit wiederum zu verlängern und hatte auch schließlich den Erfolg, daß die Arbeiter, des fortwährenden Kampfes müde, sich auf eine 13 stündige Arbeitszeit einigten.

Soziales.

Der Fabrikinspektor für Lübeck, Herr Johannsen, scheint die Vera Stamm, Kühnemann und Bueck vollkommen begriffen zu haben. Er schließt seinen 1893'er Jahresbericht mit folgenden Worten: „Nach der Uebersetzung des Berichterstatters, die er mit vielen Arbeitern aus den ver-

schiedensten Gegenden des Deutschen Reiches theilt, ist die Lage des Arbeiters in Lübeck eine der denkbar günstigsten. Die Lebensbedingungen sind relativ günstig und der Verdienst so bemessen, daß man als Arbeiter hier verhältnismäßig besser und zufriedener lebt als in ähnlichen Gegenden des Deutschen Reiches; daß aber gerade diese Thatsache viel dazu beiträgt, gewissenlose Agitatoren herbeizuführen, um Unzufriedenheit zu säen, ist ebenso wenig zu verkennen, wie das Betreiben der Arbeiter, sich von diesen Phrasenmachern, die selbst keine Arbeiter sind, möglichst fern zu halten.“

Wir gönnen Herrn Johannsen den Beifall, den ihm für diese Leistung der im Dienste des Unternehmertums arbeitende Theil der Presse zollt, um so aufrichtiger, als die wirkliche Sozialpolitik auf nichts lieber verzichtet, als auf die Zustimmung solcher Kreise. Um aber auch unsererseits dazu beizutragen, daß über die Qualifikation des Herrn Johannsen zum Amt des Fabrikinspektors nicht der mindeste Zweifel bleibt, geben wir eine kleine Erzählung wieder, die unser lässliches Bruderorgan, der „Lübecker Volksbote“, mittheilt: „Donnerstag Abend fuhr der Lübecker Fabrikinspektor mit noch einigen Herren auf der Straßenbahn. Es dauerte gar nicht lange, so entwickelte sich folgendes Gespräch. Einer der Herren zum Herrn Fabrikinspektor Johannsen: „Was meinen Sie, wie wird der Hamburger Hafenarbeiter-Streik enden?“ Herr Johannsen: „Zu Ungunsten der Arbeiter natürlich. Es wird aber auch hohe Zeit, daß den Arbeitern gezeigt wird, wer eigentlich Herr im Hause ist!“ Darauf allgemeines Schweigen; alsdann fuhr der Herr Fabrikinspektor fort: „Ja, ja, es wird die höchste Zeit, daß den Arbeitern der Daumen aus Auge gedrückt wird. Der Lübecker Streik verläuft ebenfalls im Sande. Guten Abend, meine Herren.“ Sprach's und verschwand.

Wer zweifelt nun noch, daß das Deutsche Reich an der Spitze der „Sozialreform“ marschirt?

Gerichts-Beilage.

Der „allerhöchste Erlaß“ vom 30. Dezember 1895, die Baupolizei-Gebühren betreffend, der einen kommunalen Protekturum veranlaßt hat, kam ganz erheblich in einem Rechtsstreit in Frage, den die Stadtgemeinde Stettin wegen Festsetzung der Polizeikosten für 1896/97 gegen den Oberpräsidenten von Vommern führte und der gestern (Mittwoch) vor dem zweiten Senat des Obergerichtes verhandelt wurde. Der Oberpräsident hatte bei der Festsetzung der Polizeikosten für das genannte Jahr ausdrücklich unterlassen, die Minderungen der königlichen Polizeidirektion, die ihr aus der Uebernahme der Baupolizei durch die Stadt erwachsen, in Abrechnung zu bringen. Und zwar stützte er sich auf den erwähnten Erlaß, worin genehmigt wird, daß königliche Polizeiverwaltungen, insofern sie die Baupolizei ausüben, die Kosten für diesen Zweig der Verwaltung durch Gebühren nach den Grundfähn der §§ 6 und 7 des Kommunalabgaben-Gesetzes decken dürfen. Der Oberpräsident vertrat nun den Standpunkt (zu dem ein Ministerialerlaß vom 1. April 1896 alle Oberpräsidenten auffordert), daß die Ausgaben für die Baupolizei durch die Gebühren gedeckt worden wären, wenn die königliche (staatliche) Polizeiverwaltung sie in ihren Händen behalten hätte, und daß somit von einer Ersparnis, einer Minderausgabe infolge der Uebernahme durch die Stadt nicht mehr geredet werden könnte. Die städtische Verwaltung ließ durch ihren Vertreter dies bestreiten. Der Herr wollte erklären, daß seine Mandantin im Sinne der in Berlin beschlossenen Petition annehme, der „allerhöchste Erlaß“ sei rechtsungültig, verstoße gegen die Verfassung. Der Vorsitzende Lohaus unterbrach ihn sofort mit der Bemerkung, daß über die Gültigkeit eines ordnungsmäßig verkündeten r. Erlasses, wie des angezogenen, nur die gesetzgebenden Kammern, nicht aber die Gerichte zu befinden hätten. — Die Minister des Innern und der Finanzen vertretet Geheimrath Sider. Nach langer Berathung verkündete Präsident Lohaus folgendes, für alle kommunalen und sonstige betheiligten Kreise höchst wichtiges Urtheil:

Der Gerichtshof habe den im Auftrage der Minister gemachten Ausführungen nicht beizupflichten können. Wenn auch die fraglichen Gebühren von den königlichen Polizeiverwaltungen nur erhoben werden könnten aus Anlaß der Ausübung der Verwaltung, so seien sie doch kein Ausfluß der Polizeiherrschaft des Staates, sondern ein Ausfluß seiner Finanzherrschaft. Sie würden für den Staat nur gefordert werden können auf Grund seiner allgemeinen finanzherrschaftlichen (soll wohl heißen: steuerrechtlichen) Befugnisse, die Einwohner für die Deckung von Ausgaben zu belassen. Die betreffenden Gebühren seien aber keine Einnahmen im Sinne des § 1 des Polizeikosten-Gesetzes, sondern allgemeine Staats-einnahmen. Sonach seien nach wie vor bei Berechnung der Polizeikostenbeiträge der Stadt Stettin die Minderungen im Sinne des Polizeikosten-Gesetzes zu gunsten der Stadt anzurechnen. — Die Minister haben also eine tüchtige Schlappe erlitten.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 16. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Oberhafenpolizei verbietet den von der Streikleitung gehobenen Dampfern die Befahrung des Hafens durch Streikende. Da der Hafen öffentliches Fahrwasser ist, wurde Beschwerde an den Senat eingereicht. 50 Magdeburgische Streikbrecher wollten die Arbeit niederlegen, wurden aber gewaltsam auf dem Dampfer „Lothar Bohlen“ zurückgehalten. Klage wegen Freiheitsberaubung ist eingeleitet. Offiziell telegraphirte Nachrichten über einen Revolverkampf zwischen Streikende und Streikbrecher sind gänzlich erlogen.

Frankfurt a. M., 16. Dezember. (B. V.) Die Frankf. Zeitung“ erfährt aus Konstantinopel, der Sultan habe ein Trade sanktionirt, welches eine Generalamnestie für die Armenier enthält.

Triest, 16. Dezember. (B. V.) Die Typhusepidemie in Pola hat noch keine Abschwächung erfahren; sie nimmt vielmehr infolge des ungünstigen Wetters zu. In den Straßen der Stadt herrscht nicht der geringste Verkehr; Ansammlungen auf den Straßen sind verboten. In den Spitalern herrscht Uebersättigung; im Marinehospital sind allein 700 Kranke und nur 14 Mann zu deren Bedienung.

Paris, 16. Dezember. Aus Cayenne wird gemeldet, daß daselbst vier Sträflinge, die ein mit Lebensmitteln angekommenes Boot ausladen sollten, entflohen sind. Sie benutzten zu ihrer Flucht dasselbe Boot, welches sie ausgeladen hatten. Trotdem ihnen Schiffe nachgesandt wurden, ist die Flucht gelungen.

London, 16. Dezember. (B. V.) Aus Aden eingetroffenen Meldungen zufolge hat der russische Kreuzer „Zaporojetsch“, der am 15. November in Perim an der Küste des Rothen Meeres angekommen ist, vorher in Raieita in Abwesenheit des Sultans durch seine Besatzung den Gebietsposten mit dem Abzeichen des italienischen Protektorats besetzt und die russische Flagge hissen lassen.

London, 16. Dezember. (B. L. B.) Nach einer bei Lloyd's eingegangenen Meldung aus Curacao ist der Hamburger Dampfer „Thuringia“ bei Cast Point festgerathen.

Madrid, 16. Dezember. (B. L. B.) Nach einer Meldung des „Imparcial“ aus Manila haben die Aufständischen sich zahlreicher Personen bemächtigt. Ein Gutsbesitzer wurde in Bulacan entsehtlich verkrüppelt und gepeinigt.

Reichstag.

148. Sitzung vom 16. Dezember 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Niederding.
Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Erklärung zwischen dem Reiche und Frankreich betreffend die Regelung der Vertragsbeziehungen zwischen Deutschland und Tunis.

Abg. Gasse (natl.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß der Vertrag mit Tunis nur bis 1903, bis zum Ablauf der Handelsverträge abgeschlossen sei. Der Vertrag selbst bringt eine Benachteiligung Deutschlands mit sich. Es sind mehrfache Wandlungen eingetreten durch das französische Protektorat. Frankreich nimmt für sich das Recht in Anspruch, französische Waare zollfrei einzuführen, während andere Waaren verzollt werden müssen. Deutschland erhält mit den übrigen Staaten das Recht der Meistbegünstigung. Etwas mehr war wohl jetzt nicht zu erreichen. Bedauerlich sei, daß Deutschland nicht auf anderen Gebieten eine Kompensation dafür erhalten hat. Auf dem kolonialen Gebiete sind manche Dinge wünschenswert, deren Erfüllung von Frankreich allein abhängt. Wenn Ländergebiete in die Abhängigkeit von anderen Staaten gelangen, so muß das völkerrechtlich anerkannt werden, und Deutschland muß dafür Kompensationen erhalten. Das muß das Ziel der Weltpolitik sein.

Die Erklärung wird darauf in zweiter Lesung ohne weitere Debatte genehmigt.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Spies im sechsten elsass-lothringischen Wahlkreise wird nach dem Antrage der Kommission für gültig erklärt.

Bezüglich der Prüfung der Wahl des Abg. Holz (Rp.) beantragt Abg. Gamp (Rp.) wegen der wichtigen Fragen, die dabei zur Entscheidung kommen, die Absetzung von der Tagesordnung, damit die Wahl von einem beschlußfähigen Hause erledigt wird, und begünstigt zugleich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Abg. Spahn (Z.) beantragt, den weiter auf der Tagesordnung stehenden Gesetzentwurf, betr. die Zwangsversteigerung vorweg zu behandeln, vielleicht fülle sich im Laufe der Zeit das Haus etwas mehr.

Abg. Gamp (Rp.) erklärt, daß er auch bei dieser Veränderung der Tagesordnung den Zweifel an der Beschlußfähigkeit aufrecht erhalten würde. (Große Unruhe.)

Nachdem v. Bennigsen, Gamp zum zweiten Male und Ricker zur Geschäftsordnung gesprochen hatten, wird der Namensaufruf vorgenommen; derselbe ergibt die Anwesenheit von nur 194 Mitgliedern; das Haus ist also nicht beschlußfähig. Die Sitzung wird abgebrochen.

Schluß nach 2 Uhr. Nächste Sitzung nachmittags 2 1/2 Uhr. (Dritte Beratung der Erklärung bezüglich Tunis; erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Zwangsversteigerung und Prüfung der Wahlen der Abgg. Reichmuth und Holz.)

149. Sitzung vom 16. Dezember. 2 1/2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Niederding.
Die vorher in erster und zweiter Lesung genehmigte Erklärung zwischen Frankreich und Deutschland bezüglich Tunis wird in dritter Beratung genehmigt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung.

Staatssekretär Niederding: Mit der Einbringung dieser Vorlage entledigen sich die verbündeten Regierungen des ersten Theiles der Verpflichtungen, die ihnen auferlegt sind durch Artikel 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Die Vorlage beruht auf wohlbedachten, durch die Erfahrung bestätigten Grundrissen, wie sie in der preussischen Gesetzgebung festgelegt und von Bayern und Sachsen übernommen sind. Die preussische Gesetzgebung darf den Ruhm in Anspruch nehmen, daß sie zuerst den Versuch gemacht hat, das Substitutionsverfahren zu vereinfachen, zu verbessern und zu beschleunigen. Die Vorlage führt nun den Grundriss durch, daß die Zwangsversteigerung eines Grundstückes nur unter Wahrung derjenigen Rechte erfolgen darf, welche dem Ansprüche des betreffenden Gläubigers vorgehen. (Deckungsprinzip.) Diese Bestimmung ist von nicht hoch genug anzuschlagender Bedeutung. Dem Eigentümer des zur Substitution gestellten Grundstückes wird dadurch die Sicherheit gegeben, daß, soweit es möglich ist, sein Grundstück nicht zu einem unterwerthigen Preise veräußert werden kann. Der Kredit des Eigentümers wird dadurch in wohlthätiger Weise erhöht, der Werth der Hypotheken gesteigert, darum haben auch diese Bestimmungen den ungetheilten Beifall der landwirthschaftlichen Kreise gefunden, und ich hoffe, daß das auch hier geschehen wird. Auf die Details gehe ich in der ersten Lesung nicht ein; ich bitte Sie, den Entwurf einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen.

Kunst und Wissenschaft.

Herr Meißner, der frühere Direktor des „Deutschen Theaters“ in München scheint jetzt wieder obenauf zu sein. Der „Frankf. Ztg.“ wird gemeldet: Zwischen dem Direktor Emil Meißner und Kommerzienrath Hänle wurde heute zur Beilegung der schwebenden Streitigkeiten ein Uebereinkommen dahin getroffen, daß das ganze Etablissement „Schwanthaler-Passage“ einschließlich das „Deutsche Theater“ Herrn Emil Meißner vom 1. Januar 1897 an in Generalpacht gegen eine entsprechende jährliche Pachtsumme überlassen wird und dagegen Herr Meißner von der Weiterführung des anhängigen Prozesses Abstand nimmt.

Die Kunst im Militärstaat. Man schreibt dem „N. W. Z.“ aus Breslau: Arthur Schnitzler's neues Schauspiel „Freiwild“ hat hier am Lobe-Theater ein interessantes Schicksal gehabt. Nachdem das Stück, welches in Oesterreich spielt, vom Polizeipräsidium zur Aufführung zugelassen worden war, ist es am Sonnabend mit Eröffnung des ersten Aktes über die Bühne gegangen. In dem Stücke kommt ein Oberleutnant vor, der — im ersten Akte — mit einem Zivilisten in Streit geräth. Die im Theater anwesenden Offiziere hatten mitten in der Vorstellung das Theater verlassen und am Sonntag in der zweiten Vorstellung erschien der Oberleutnant im ersten Akte in Zivil, im dritten dagegen in voller Uniform. Man nimmt an, daß höhere „Einsprüche“ bei der Veränderung mitgewirkt haben. Die „Breslauer Morgen-Zeitung“ bemerkt zu dem Vorfalle: „In dem Aufzuge, zu dessen Schlusse Karinski gebrüllt wird, ging er in Zivil, erst als er im letzten Akte „bräuselte“, durfte er wieder in Uniform erscheinen. Nach dieser neuesten Kleidervorschrift ist also das Zivilgewand für einen Lumpen, während zum Niederschießen eines Wehlofen hinwiederum die Uniform gehört.“ — Es kennzeichnet die Jämmerlichkeit der in dieser Theateraffäre maßgebenden bürgerlichen Kreise, daß dieser neue Meißner vor dem

Abg. Kauffmann (fr. Sp.) führt aus, daß mit dem Deckungsprinzip gute Erfahrungen gemacht sind.

Abg. Baffermann (natl.): Die Materie ist in der Vorlage im allgemeinen wohl zweckmäßig und befriedigend geordnet. Redner weist darauf hin, daß die Vorrechte der Bauhandwerker auch in diesem Gesetze geändert werden können. Wenigstens könnte man sie einreichen in der Nr. 1 des 10 unter diejenigen, welche Ansprüche haben für Ausgaben zur Erhaltung oder nöthigen Verbesserung eines Grundstücks. Bezüglich der Versteigerung der Schiffe erklärt Redner, daß nicht die Amtsgerichte im allgemeinen zuständig sein dürften, sondern nur die Amtsgerichte, bei denen Schiffsregister geführt werden, weil an diesen Orten auch die Leute vorhanden sind, welche auf die Schiffe bieten.

Abg. Spahn (Z.) empfiehlt eine kommissarische Beratung; das Zentrum stehe im ganzen auf dem Boden des Entwurfs und wünsche nur einige Abänderungen. Ob es möglich sein wird, den Bauhandwerkern zu helfen, ohne daß das ganze Grundbuchsystem geändert wird, ist doch sehr zweifelhaft.

Abg. v. Buchta (L.): Erfreulich ist, daß der Entwurf das Deckungsprinzip nicht bloß aufrecht erhält, sondern auch weiter bildet, daß die dem Betreiber der Zwangsversteigerung voranstehenden Gläubiger gesichert sind. Dagegen kann ich den Vorschriften über die Zwangshypotheken und die Pfandhypotheken nicht zustimmen. Ich beantrage, die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. v. Dziembowski (Pol.) hält dafür, daß das Deckungsprinzip sich doch nicht überall bewährt habe, und empfiehlt, nicht bloß den dauernd beschäftigten Arbeitern, sondern auch den Saisonarbeitern, den Rübenarbeitern ein Vorrecht für ihre Forderungen zu gewähren. Redner fragt, ob die Vorrechte der Landschaften aufrecht erhalten bleiben. Er glaubt das aus den Bestimmungen des Einführungsgesetzes schließen zu können.

Staatssekretär Niederding: Ich bedauere auch, daß der Entwurf der Grundbuchordnung dem Reichstage noch nicht vorgelegt werden kann; wir können nicht alles auf einmal machen. Ich hoffe aber, daß er im Laufe des nächsten Monats, also noch vor Abbruch dieses Gesetzes dem Reichstage zugehen wird. Die Vorrechte der Landschaften werden durch den vorliegenden Entwurf in keiner Weise berührt.

Abg. Stolte (Soz.): In das Lob des Staatssekretärs über die bestehende Substitutionsordnung und Zwangsversteigerung, kann ich nicht allenthalben einstimmen. Wäre es so, würde man nicht in ländlichen Kreisen über chikanöse Substitutionen Klagen so wären nicht viele Tausende von Geldern den Bauarbeitern verloren gegangen. Der vorliegende Entwurf wahrt mehr die Rechte der Gläubiger als der Schuldner; es wird der Güterauschachtung weiter Vorrecht geleistet; er wahrt auch lange nicht genug die Rechte der Bauarbeiter. In erster Linie soll die Verwaltung, in zweiter erst der Lohn zu seinem Rechte kommen. Warum hat man in erster Linie die Ausgaben, die durch die Zwangsversteigerung bedingt werden, berücksichtigt? Wie steht es mit den Arbeitern, wenn ein Grundstück subhastriert wird? Warum sollen den Dienstleuten hinsichtlich ihres Lohnes nicht die gleichen Rechte zugestanden werden, wie den in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten? Man verweist auf die Partikulargesetzgebung; zu den Partikularvertretungen haben wir aber nicht dasselbe Vertrauen, wie zu dem Reichstage, der aus direkten Wahlen hervorgegangen ist. Die Rechte der Arbeiter, der Bauhandwerker, der Dienstboten können durch die Landesgesetzgebung nicht geordnet werden. Das Gesetz gefährdet auch die verschuldeten kleinen Grundbesitzer. Es könnten sämtliche Sachen durch Antrag auf Zwangsvollstreckung dem Besitzer sofort genommen werden. Dester wird geklagt, daß, wenn ein Kleingrundbesitzer die letzte Hypothek aufgenommen hat und er nicht einen Pfennig Zinsen zahlen kann, sofort Zwangsvollstreckung beantragt wird, wobei auch die Verwendung der auf seinem Boden stehenden Ernte dem Schuldner genommen wird. Könnte er die Ernte noch verkaufen, so käme es womöglich nicht zum Zwangsverkauf. Dieses Gesetz nimmt ihm aber die Verfügung über die Ernte. Auch die Verfügung über sein Vieh steht ihm nicht zu. Ebenso wird der Schuldner auch bezüglich der Zwangsversteigerung mehrerer Grundstücke schwer geschädigt. Die Kommission wird hier überall die Freie anzusehen haben, um dergleichen Bestimmungen aus dem Gesetz anzumerzen. So wie das Gesetz jetzt lautet, ist es kein Fortschritt. — Ich spreche nur aus meiner persönlichen Anschauung; es ist weit davon entfernt, die Rechte des Arbeiterstandes, der Bauhandwerker, der Dienstboten auf dem Lande und in der Stadt zu wahren und nur geeignet, dem Wucherer und Geldverleiher zu seinem Gelde zu verhelfen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Abg. v. Kardorff (Rp.) bittet, die nun folgende Prüfung der Wahl des Abg. Reichmuth von der Tagesordnung abzusetzen, man nicht erwarten konnte, daß diese Wahl noch vor Weihnachten zur Beratung kommen würde.

Abg. v. Kardorff (Rp.) bittet, die nun folgende Prüfung der Wahl des Abg. Reichmuth von der Tagesordnung abzusetzen, man nicht erwarten konnte, daß diese Wahl noch vor Weihnachten zur Beratung kommen würde.

Abg. v. Kardorff (Rp.) bittet, die nun folgende Prüfung der Wahl des Abg. Reichmuth von der Tagesordnung abzusetzen, man nicht erwarten konnte, daß diese Wahl noch vor Weihnachten zur Beratung kommen würde.

Abg. v. Kardorff (Rp.) bittet, die nun folgende Prüfung der Wahl des Abg. Reichmuth von der Tagesordnung abzusetzen, man nicht erwarten konnte, daß diese Wahl noch vor Weihnachten zur Beratung kommen würde.

Militarismus möglich war. Hat das Bürgerthum überhaupt ein Recht, sich über militärische Auswüchse zu beklagen?

Herr v. Bayer, welcher am Dienstag in der Urania über den Nordpol und Südpol sprach, ist selbst dreimal im hohen Norden gewesen. Zuerst betheiligte er sich an der deutschen Expedition, welche der jetzige Admiralitätsrath Nordenskiöld in den Jahren 1869—1870 nach der Ostküste Grönlands führte. Das eine Schiff der Expedition, das Segelschiff „Ganax“ unter dem Kapitän Wegmann, wurde vom Eis zerdrückt, und die Mannschaft, welche sich mit ihren Booten, Instrumenten und Vorräthen auf eine Eisinsel gerettet hatte, trieb auf dieser fliehenden Monate lang nach Süden und gelangte schließlich in den Booten nach Grönland; das andere Schiff, der Dampfer „Gerania“ unter Nordenskiöld, auf welchem sich auch v. Bayer befand, erkundete die grönländische Küste vom 75. bis 77. Grad und kehrte dann glücklich zurück.

Im Jahre 1871 unternahm v. Bayer mit Wegmann zusammen eine Erkundungsfahrt in das ostspitzbergische Meer, wo sie bis zum 79. Breitengrad gelangten. Im nächsten Jahre führten sie dann die österreichische Expedition auf dem Dampfer „Tegetthoff“ nach Nowaja Semlja, von wo sie nach Norden vordringen wollten. Doch wurde das Schiff bereits unter 78 1/2 Grad vom Eis eingeschlossen, und mit diesem weiter nördlich an die Küste der Franz-Josephs-Land tauchten. Diese Inseln durchsuchte v. Bayer auf Schlitten bis zum 83. Breitengrad, eine Breite, die nur 1883 von Peckwood und jetzt von der Fram und der Naesen überschritten worden ist. — Da der Tegetthoff vom Eis nicht frei zu machen war, so wurde das Schiff im Mai 1874 von der Mannschaft verlassen, die auf Schlitten und Booten glücklich nach Nowaja Semlja zurückkehrte.

In seinem Vortrage schilderte Herr v. Bayer nicht speziell seine eigenen Reisen und Erlebnisse, sondern die Polarländer und die Art des Reisens in ihnen. Er widersprach lebhaft dem Vorurtheile, als ob man im hohen Norden nur eine Eis- und

Lieber (Z.): Das Verhalten der Herren, welches zum Abbruch der vorigen Sitzung geführt hat, könnte das Haus nicht zum Entgegenkommen stimmen. (Beifall.) Aber wir sind gewohnt, nicht nach Stimmungen zu verfahren und werden dem Antrag stattgeben.

Die Abg. v. Marquardsen (natl.) und Ricker (fr. Sp.) schließen sich dieser Erklärung an.

Die Wahl Reichmuth wird abgesetzt.

Die Wahl des Abg. v. Dziembowski (Pol.) wird für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Holz (Rp.) soll nach dem Antrage der Kommission für ungültig erklärt werden.

Abg. Gamp (Rp.) beantragt, die Entscheidung aufzuschieben. Berichterstatter Wellstein weist darauf hin, daß der Streit sich darum drehe, ob die Neuaufstellung der Wählerlisten nach Jahresfrist nothwendig sei bei allen Wahlen oder nur bei wirklichen Ersparwahlen. In dem ersteren Sinne hat der Reichstag die Vorarbeiten ausgelegt. Das preussische Ministerium des Innern legt aber die Bestimmung dahin aus, daß bei einer Neuwahl in Folge der Ungültigkeitserklärung die Aufstellung neuer Listen nicht erforderlich sei. In den achtziger Jahren haben aber preussische Minister eine andere Auffassung gehabt; 1881 kam das zum Ausdruck durch die Erklärung des Unterstaatssekretärs Herrfurth, 1883 durch den Minister v. Puttkamer. Danach ist die Wahl des Abg. Holz ungültig; auf die Protestpunkte brauche man deshalb nicht erst weiter einzugehen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Uns ist eine Reihe von Fällen bezeichnet worden und zwar von Herren, die dem Hause noch angehören, die auf grund solcher Listen hier gewählt wurden, wie sie hier für unrichtig erklärt werden, gewählt sind und hier sitzen. Wir hatten die Absicht, uns über diese Wählerlisten im einzelnen zu informieren.

Abg. Gamp (Rp.): Wenn bei allen Wahlen nach Jahresfrist die Aufstellung neuer Listen erforderlich ist, dann müßte das auch der Fall sein bei etwaigen engeren Wahlen, die nach Ablauf des Jahres stattfinden, während die eigentliche Wahl noch innerhalb des Jahres erfolgte. Die engeren Wahlen müssen aber spätestens in 14 Tagen stattfinden, während die Wählerlisten mindestens 4 Wochen offen liegen müssen.

Abg. v. Hedenberg (Weise) beantragt Schluß der Debatte; der Antrag wird aber nicht genügend unterstützt.

Abg. Lieber (Z.): Woher Herr v. Kardorff seine Wissenschaft hat, daß auf grund solcher Listen hier Abgeordnete sitzen, weiß ich nicht. Jedenfalls ist die Zeit verstrichen, innerhalb welcher die Mandate angefordert werden können. Die Mitglieder der Mehrheit der Wahlprüfungs-Kommission haben kein Wort verloren über die überraschende neue Auffassung der preussischen Regierung, der Berichterstatter mußte aber das Haus, welches sich nicht ständig mit diesen Fragen beschäftigt, über die Gründe unterrichten; dafür werden ihm viele Herren Dank wissen. (Sehr richtig! links.) Auf die Gründe des Herrn Gamp einzugehen ist überflüssig.

Staatssekretär v. Wöttcher: Wie ich diese Frage beurtheile, wissen die Herren alle aus meiner Beantwortung der Interpellation. Ich möchte nur einen Zweifel beseitigen, den man dahin erhoben hat, ob die preussische Regierung, indem sie die alten Wählerlisten zu grunde legte, einen Rechtsirrtum begangen hat, den sie bei einiger Vorsicht hätte vermeiden können. Die Sache liegt so, daß das Reglement mit dem Geiste des Wahlgesetzes nicht harmonirt. Die wörtliche Anwendung des Reglements führt zu dem Verfahren, welches die preussische Regierung eingeschlagen hat. Denn das Reglement unterscheidet zwischen den Ersparwahlen wegen Ablehnung und Ungültigkeit und den Ersparwahlen wegen Ausschreibens und Ablebens. Die preussische Regierung hat nicht allein diesen Irrthum begangen, die großherzoglich sächsische Regierung hat auch die falsche Rechtsauffassung getheilt. Es wird wohl nur eines Verwaltungsaktes bedürfen, um künftig die vom Reichstage gebilligte Rechtsauffassung zur Geltung zu bringen. (Sehr richtig! links.) Aber es ist damit keineswegs gesagt, daß eine mala fides oder eine mangelnde Kenntniß vorliegt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Spahn (Z.) stellt fest, daß die Aufstellung neuer Wählerlisten unter allen Umständen erfolgen muß, wenn seit der Hauptwahl mehr als ein Jahr verlaufen ist. (Zuruf des Abg. v. Kardorff: Auch bei Stichwahlen?) Lassen Sie doch diese Dummeheiten. (Große Heiterkeit.)

Präsident v. Suol rügt diesen Ausdruck. (Große Heiterkeit.) Der Antrag des Abg. Gamp wird abgelehnt gegen die Stimmen der Deutschkonservativen und der Reichspartei, sowie die der Nationalliberalen Abg. Gasse, Walter, Rohbart, Weber, Gentin und Wamhoff. — Die Wahl des Abg. Holz wird darauf für ungültig erklärt.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, 12. Januar 1897 1 Uhr: Etat des Reichsamts des Innern. — Dem Wunsch des Abg. Liebermann von Sonnenberg, den Antrag v. Kardorff wegen der Wählerverordnung ebenfalls auf die Tagesordnung zu setzen, wird nicht entsprochen, da Herr v. Kardorff erklärt, daß er annehme, es würden im Bundesrathe bereits Vorbereitungen in dieser Sache getroffen.

Schneewüste vor sich habe, und entwarf ein anziehendes Bild von der eigenartigen und reizvollen Schönheit der Polarregionen. Dann besprach er die Vortheile und Nachtheile der verschiedenen Schiffbauarten für die Fahrten im Eise, und die Methoden, im Eise auf Schlitten vorzudringen. Auch Nausen's wurde hierbei gedacht; bei aller Bewunderung für den tüchtigen Norweger ist v. Bayer doch der Meinung, daß seine Methode, sich freiwillig im Eise einschließen zu lassen und somit dem Zufall geradezu zu übergeben, keine Nachahmung finden werde.

Am Nordpol, wo ausgebeutete Kräfte längs der Meridiane hingezogen, ist bei Verlust des Schiffes immer die Möglichkeit vorhanden, sich auf Schlitten und Booten zu retten. Anders ist es am Südpol; dort fehlen die meridional sich erstreckenden Kräfte; daher ist das Vordringen dort viel schwieriger, und die Vernichtung des Schiffes würde dort wahrscheinlich in jedem Falle auch den Untergang der Mannschaft herbeiführen.

Der Vortrag bot eine Fülle interessanter Einzelheiten, denen das zahlreich erschienene Publikum gespannt lauschte; es beugte dem Vortragenden, der zum Schluß die Hoffnung ausdrückte, die im hohen Norden gewonnenen Erfahrungen möchten ihm bei seiner geplanten Südpol-Expedition von Nutzen sein, seinen Dank in lebhaftester Weise.

Eingegangene Druckschriften.

Der sozialistische Akademiker (Redaktion und Expedition: Berlin C.) Schellstr. 1. Kommissions-Bericht von Hans Baake, Berlin S., Str. 10, Hofgasse, hat seinen 1. Dezember - Heft erschienen lassen. Folgende sind folgende Inhalt: Simon Roggenhain, Die Akademiker in der Sozialdemokratie. — Heinrich Wilhelm, Die National-Sozialen und ihr Kongress. — Bruno Wille, Südenland. — Arthur Jacob, Ueber den psychologischen Ursprung des Glaubens. — Gustav Landauer, Anarchismus-Sozialismus. — Ernst Garbet, Epigramme. — Gustav Krieger, Die politische und die gewerkschaftliche Bewegung in der deutschen Sozialdemokratie. — Theresia Schilling-Gottlieb, Die Strömung der Frauen. — Ernst Garbet, Ludwig Börne. — Prof. G. v. Greef, Historische Einführung in das Studium der Psychologie. — Giovanni Verga, Die Wälder. — Rundschau: (Hochschül. Nachrichten, Literatur, Bühne und Kunst, Revue der Frauen u.); sowie ein sehr gutes Portrait von Ludwig Börne. Als werthvolle Beilage bietet das Heft eine Bibliographie des Sozialismus für das Jahr 1896. Preis: 60 Pf., pro Quartal 1,50 M.

Die Hafenarbeiter-Bewegung.

Aus Hamburg schreibt uns unser Spezial-Berichterstatter unter dem 16. Dezember:

Nach einer amtlichen Statistik sollen am 11. Dezember 213 Schiffe im Hafen gewesen und auf 174 von ihnen mit 366 Gängen gearbeitet worden sein. In einem früheren Bericht habe ich schon darauf hingewiesen, daß man die Zahl der Schiffe mit 5 oder 6 multiplizieren muß, um die normale Zahl der Gänge zu ermitteln. Das würde im vorliegenden Fall etwa 1170 Gänge ergeben; die Zahl der gegenwärtig im Betriebe befindlichen Gänge beträgt also noch nicht ein Drittel der normal notwendigen.

Daß die Hafenarbeit aber in der That nicht mehr vollständig ruht, davon konnten wir uns bei einer gestern Nachmittag vorgenommenen Fahrt durch die verschiedenen Häfen überzeugen. Wir holten auf dem von der Streikleitung gehärteten Dampfer englische Streikbrecher von Bord. Eine Anzahl der Schiffe, namentlich Segler und die kleineren Dampfer, lagen vollständig brach. Auf der Mehrzahl der großen Dampfer ruhte die Arbeit jedoch nicht gänzlich, wenn sie auch in bedeutend verringertem Maße und in unzulänglicher Weise von statten ging. Die mitfahrenden Fachleute versicherten ganz bestimmt, daß diese von zusammengekauften, schwächlichen und ungenügenden Leuten verrichtete Arbeit eigentlich keine Arbeit sei, daß sie den Unternehmern mehr koste, als sie einbringe und daß sie überhaupt nur beibehalten werde, um die öffentliche Meinung und insbesondere die Arbeiter über die Situation zu täuschen. Daß sich das auf den Schiffen abspielende Getriebe sehr ungesund ausnehme, daß die Leute, wenn es sich um eine besonders große Riste oder dergleichen handelte, erst in Konferenzen berathschlagten, wie das Ding wohl anzufassen sei, davon konnte sich auch der Late überzeugen. Und bei dem die Arbeit verrichtenden Menschenmaterial, das sich aus Komplottristen, Schreibern, Handwerksburschen u. zusammensetzt, ist das alles ja auch ganz selbstverständlich.

Wahre Jammergehalten waren die von den Schiffen geholten Engländer, sodas wohl die Ansicht austauschte, die Rheder mußten uns eigentlich dankbar dafür sein, wenn wir ihnen diese Arbeiter abnehmen. Alle einschließlich abgemagert, ausgehungert, mit erkrankten Gliedern. Mit einem Wort: eine Schaar von Hospitaliten, aber keine Hafenarbeiter, die der schweren Arbeit die harten Frost gewachsen sind. Nie und nimmer sind dies den Trades Unions angehörige englische Docker, wie die Rhederpresse prahlt, sondern ganz sicher auf der Landstraße zusammengelassene Tramps.

Und diesen Leuten zahlt man pro Tag 5,80 M. und pro Ueberstunde 1 M., wozu noch freies Logis und volle Beköstigung mit reichlich Bier und Schnaps kommt, — während unsere Hamburger Schauerleute nichts weiter verlangen als 5 Mark pro Tag und für die Ueberstunde 60 Pf. Den Ausländern giebt man mit vollen Händen das doppelte und dreifache!

Die Gesamtsituation des Streiks hat sich im übrigen um nichts verändert. Die Streikenden stehen fest zusammen. Streikbrüche aus ihren Reihen kommen wenig vor. Heute Vormittag waren wieder elf überfällige Versammlungen der Streikenden, nachdem gestern die Unterstufungen zum Sahe von 10 M. für Lebige, 11 M. für Verheiratete und 1 M. pro Kind überall voll ausgezahlt worden sind.

In den bürgerlichen Zeitungen wird renommirt, man habe so zahlreiche Arbeiter, daß an vielen Quais überhaupt keine mehr eingestieft würden. Wie es aber in Wahrheit steht, ersieht man dann, wenn man 10 oder 20 Zeilen weiter liest, daß auf's neue Agenten in die Zuckerrüben-Distrikte und sonst in aller Herren Länder geschickt sind, um Arbeiter anzuwerben, und wenn man an den Anschlagtafeln und in den Zeitungsinserten liest, daß 1000 Schauerleute, 400 Ueberstunde u. sofort bei hohem Lohn gesucht werden.

Daß die Kundgebung der Berliner Gesellschaft für ethische Kultur auf die hiesigen Rhederproben keinen Eindruck machen werde, nachdem sogar der Senator Bachmann und der Vorsitzende der Bürgerchaft mit ähnlichen Ideen abgefallen sind, war voranzusehen. Die „Börsenhalle“, ein struppelloses Kapitalistenblatt, höhnt heute über die „Berliner Ethiker und Theoretiker“, die sich nicht in Hamburgische Angelegenheiten mischen sollten.

Die „Bürgerchaft“, die neben dem Senat bestehende gesetzgebende Körperschaft, hat heute, wie jeden Mittwoch, Sitzung. Doch soll es peinlich vermieden werden, auf den Streik einzugehen; und man hat deswegen einen Punkt der Tagesordnung: Die staatliche Subventionierung eines hier bestehenden „Arbeitsnachweises“, in letzter Stunde abgelehnt, um damit jede Gelegenheit abzuschneiden, auf das gefährliche Streikthema hinüberzuschweifen.

Die am Freitag gewählte Deputation der Gewerbetreibenden ist inzwischen beim Senator Dr. Bachmann gewesen. Ueber das Resultat soll morgen, Donnerstag, Abend in fünf neuen Versammlungen der Geschäftleute berichtet werden.

Das Wort des Pfarrers Kaumann, die „Zeit“, veröffentlicht folgenden Aufruf: Wir bitten unsere Freunde wiederholt, durch Geldunterstützungen, Besuch und Reden in öffentlichen Versammlungen, durch Aufsätze oder mindestens „Eingefandte“ in ihrer Lokalpresse jede Gelegenheit zu benutzen, um für die streikenden Hamburger Hafenarbeiter und gegen den unversöhnlichen Trotz der Arbeitgeber Stellung zu nehmen. Es kann sich für uns nicht darum handeln, welcher Seite der Sieg sich zuneigen wird, sondern nur darum, welche Seite verdient, daß man für sie Partei ergreift.

Mit welchen Gefühlen muß diese schlichten Worte praktischer Gerechtigkeit der Minister v. Bütticher lesen, der sich vor Jahren zu der Mahnung an das Unternehmertum aufschwang: „Liebet die Brüder!“ und jetzt es fertig brachte, im Reichstage gegen die streikenden Hamburger Arbeiter Partei zu ergreifen, denen das Unternehmertum trotz Verweigerung, was es z. B. den englischen Streikbrechern doppelt und dreifach bewilligt!

Das Gewerkschaftskartell in Rasthenow sandte als erste Rate 100 M. nach Hamburg.

Das Gewerkschaftskartell in Lüneburg hat bis jetzt 500 M. nach Hamburg und 100 M. nach Harburg zur Unterstützung der in beiden Orten streikenden Hafenarbeiter gesandt.

Das Leipziger Gewerkschaftskartell hat als dritte Rate 8000 Mark nach Hamburg gesandt, nicht 300, wie gestern gedruckt war.

Aus dem 16. sächsischen Reichstags-Wahlkreise (Chemnitz) sind bis jetzt 1000 M. nach Hamburg gesandt.

In Saalfeld in Th. hat sich, wie das dortige „Volksblatt“ mittelt, die Opferfreudigkeit der Arbeiter noch nie in solchem Maße gezeigt, als jetzt beim Hamburger Streik. Es werden in diesen Tagen 300 Mark als erste Rate abgesandt werden können, was für die Verhältnisse der kleinen Stadt eine ansehnliche Summe ist.

Das bayerische Ministerium hat das Gesuch der „Frankfurter Tagespost“ um Bestätigung einer Geldsammlung für die Hamburger Ausständigen selbstverständlich abgelehnt.

Aus London wird telegraphirt: Eine Versammlung, in welcher die Londoner Abteilungen der Vereinigungen der Dockleute und Wasserarbeitern des Hafens von London zu empfehlen, eine Lohnerhöhung von 10 Schilling für die Woche zu verlangen,

und, wenn diese nicht bewilligt werden sollte, den allgemeinen Ausstand zu erklären.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen für die streikenden Hamburger Hafenarbeiter folgende Beiträge ein:

- Sofortverband der Schiffbauarbeiter Berlin, 1. Rate 100.— Ein Protestantenmädchen aus Kirchhof 2.50. Deutscher Arbeiterverein in Berlin 20.85. Dr. R. H. Pöhl 2.—, U. C. N. 6.—, Geburtstag Carl Wender, Schöneberg 2.25. Unabhängiger Arbeiter 4.—, Wundt, Friedrichshagen 2.—, Der hochwürdige Herr Pastor, Meidenfeld 2.—, Schiedsgericht 20.—, Ute 2009 Scherffordt, Alte Jakobstr. 11.00. Frau Konditorin und ein Buchbinder aus Oberke, Danneberg 1.00. Organist Arbeiterklub Neuköpenick a. Harde, Wafz 20.20. Maschinenfabrik Hans u. No. d. H. 10.20. Juppel in Neuköpenick 20.—, Charlottenburger Gewerkschaftskommission, 1. Rate 20.—, U. C. N. (2.) Semmerling, 1. Rate 20.25. Gefangenen der Glasarbeiter Stralau, Gorkowstr. 7. 8.—, Ein Arbeiter von der Saar 10.—, Ein pensionierter Reichsbeamter in Guben 6.—, Die Handbühnenmacher aus Arnstadt 16.—, Sprenger, Wernsdorf 60.—, Gefamelt d. Kreisel 5.—, Weid, Weidenfeld, Gorkowstr. auf Ethen, 2. Rate 100.—, Gefangenen „Eure“, Charlottenburg (darunter 4,45 von Schrepp 11,87. Ute 5.—, Ute 5.—, Gefamelt d. Kreisel 2. Rate 60.—, Weid, Frankfurt a. O., 2.—, Glasbühnenmacher, Ostseeufer Berlin, 2. Rate 20.—, Gewerkschaft d. Zinmerleute 20.—, R. M. Berlin W. 14.25, 4 Schmaragdler Tischler 2.—, Waburger Studenten d. Seifenfabrikant G. 23. 7.45. Von der größtentheils arbeitslosen Zeitungsarbeiter d. O. 100.—, Gewerkschaft d. Bodum, 1. Rate 20.—, Zellerfassung der Volksversammlung vom 2. Dezember bei S. Keller d. 23. 131.24. Für eine gerechte Sache 4.—, Ethen 1419, 1420, 1421, 481, 482, 483, 484, 485, 1428, 1429, 1430, 1434, 1435, 1470 und 1485 2. Rate 120.20. Ute 237 Knackhändlerinnen v. A. Dornemann, Knackhändler 16.—, Weid'sche Buchdruckerei 10.20. Ute 1092 Töpfer, Knackhändler, Gorkowstr. 11.—, Ute 489 T. u. Sch., Hartheimstr. 21—23. 7.50. Ute 247 Arbeiter von Weidmann u. Thurnwald 14.25. Ute 1164 Zinmermann, Gorkowstr. 10.—, Ute 1098 Frau Waburger, 60. 7.20. Ute 1095 Hartwig 2.90. Ute 260 Schöter 2.45. Ute 161 Gommann 4.50. Ute 681 Metallarbeiter der Semmerling u. Weidberg 17.20. Ute 488 Buchbinder v. Schäfer u. Schiele 2.45. Ute 484 Frau Eisenhauer 11.25. Ute 492 u. 493 Wenz 17.20. Ute 495 und 496 Frau 2.35. Ute 497 und 498 Frau 16.75. Ute 431 Fischer 2.25. Ute 499 Waburger, Weidhofsstr. 1.50. Kowalski, Bildhauer 2.90. Tischler v. Deyer, Friedenstr. 6.—, Waburger Hohen-Schönhausen d. H. 26.10. Firma D. u. L., 2. Rate d. H. 5.10. Waburger, Hohen-Schönhausen, 2. Rate 20.—, Arbeiter von Sch. G., 2. Rate 25.20. Verband der Bergarbeiter, Hildesheim 100.—, Sander 1.50. 6 Arbeiter 1.—, Tischler, Brandenburgstr. 75. 6.20. Graveur von Stampf 2.95. Hölting, Hildesheim, Frankfurtstr. 2. Rate 7.45. Grün-Schulz u. No. 10.25. Personal Buchdruckerei R. Woffe, 2. Rate 21.75. Ute 984 Metallarbeiter 20.15.—, Einige Kollegen der Zinmermann 6.20. Tischler H. Schulz, Krauthstr. 25. 2.50. Arbeiter der Friedrich'schen Jalousiefabrik, außer einigen (darunter 5.— von G. H.) 20.25. 7 Korbmacher 2.50. Spezialgeschäft für Treppenhölzer H. Handt 7.75. Tischler Hölzel 7.10. Oskar Waburger, Straßburgerstr. 5.20. Ethen 648, 1079, 567, 1078, 570, 1074, gesammelt in den Arbeiterzügen 3, 11, 12, 16, 19 u. 50 bei S. u. H. Charlottenburg d. H. 70.05. Tischler von Gorkow, Krauthstr. 28. 2. Rate 9.50. Ute 158 Greter u. Minger 7.20. Ute 322 Minger 2.40. Bierliebende der Weidmann-Abteilung (5 Mann) v. W. Strauß 6.21. Tischler von Gorkow, Neuenburgerstr. 20. 2. Rate 18.20. Wette aus Hohlmannsdorf 4.—, Silberwarenfabrik Herm. Kottwitz, 2.—, Schneiderwerkstatt G. Weidner 2.—, Verband deutscher Korbmacher, Jagst Berlin, 2. Rate 2.50. Arbeitslosen-Gewerkschaft 2.50. Metallarbeiter der Kronenfabrik D. Dietrich 2. Rate 2.50. Rote Selbsthülfe bei Schiele 2. Rate 7.—, Arbeiter der Leinwandfabrik Steigand, Waldemarstr. 14. 16.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma G. Schmidt, Waburgerstr. 2, außer einer 7.—, U. C. N. Weid 3. 4.90. Schneiderwerkstatt G. Hoffmann, Schöneberg 27. 2. Rate 7.50. Verband der Maschinenbauarbeiter in Berlin 20.—, Ute 1092 Schöter 2.90. Ute 1095 Hartwig 2.90. Ute 260 Schöter 2.45. Ute 161 Gommann 4.50. Ute 681 Metallarbeiter der Semmerling u. Weidberg 17.20. Ute 488 Buchbinder v. Schäfer u. Schiele 2.45. Ute 484 Frau Eisenhauer 11.25. Ute 492 u. 493 Wenz 17.20. Ute 495 und 496 Frau 2.35. Ute 497 und 498 Frau 16.75. Ute 431 Fischer 2.25. Ute 499 Waburger, Weidhofsstr. 1.50. Kowalski, Bildhauer 2.90. Tischler v. Deyer, Friedenstr. 6.—, Waburger Hohen-Schönhausen d. H. 26.10. Firma D. u. L., 2. Rate d. H. 5.10. Waburger, Hohen-Schönhausen, 2. Rate 25.20. Verband der Bergarbeiter, Hildesheim 100.—, Sander 1.50. 6 Arbeiter 1.—, Tischler, Brandenburgstr. 75. 6.20. Graveur von Stampf 2.95. Hölting, Hildesheim, Frankfurtstr. 2. Rate 7.45. Grün-Schulz u. No. 10.25. Personal Buchdruckerei R. Woffe, 2. Rate 21.75. Ute 984 Metallarbeiter 20.15.—, Einige Kollegen der Zinmermann 6.20. Tischler H. Schulz, Krauthstr. 25. 2.50. Arbeiter der Friedrich'schen Jalousiefabrik, außer einigen (darunter 5.— von G. H.) 20.25. 7 Korbmacher 2.50. Spezialgeschäft für Treppenhölzer H. Handt 7.75. Tischler Hölzel 7.10. Oskar Waburger, Straßburgerstr. 5.20. Ethen 648, 1079, 567, 1078, 570, 1074, gesammelt in den Arbeiterzügen 3, 11, 12, 16, 19 u. 50 bei S. u. H. Charlottenburg d. H. 70.05. Tischler von Gorkow, Krauthstr. 28. 2. Rate 9.50. Ute 158 Greter u. Minger 7.20. Ute 322 Minger 2.40. Bierliebende der Weidmann-Abteilung (5 Mann) v. W. Strauß 6.21. Tischler von Gorkow, Neuenburgerstr. 20. 2. Rate 18.20. Wette aus Hohlmannsdorf 4.—, Silberwarenfabrik Herm. Kottwitz, 2.—, Schneiderwerkstatt G. Weidner 2.—, Verband deutscher Korbmacher, Jagst Berlin, 2. Rate 2.50. Arbeitslosen-Gewerkschaft 2.50. Metallarbeiter der Kronenfabrik D. Dietrich 2. Rate 2.50. Rote Selbsthülfe bei Schiele 2. Rate 7.—, Arbeiter der Leinwandfabrik Steigand, Waldemarstr. 14. 16.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma G. Schmidt, Waburgerstr. 2, außer einer 7.—, U. C. N. Weid 3. 4.90. Schneiderwerkstatt G. Hoffmann, Schöneberg 27. 2. Rate 7.50. Verband der Maschinenbauarbeiter in Berlin 20.—, Ute 1092 Schöter 2.90. Ute 1095 Hartwig 2.90. Ute 260 Schöter 2.45. Ute 161 Gommann 4.50. Ute 681 Metallarbeiter der Semmerling u. Weidberg 17.20. Ute 488 Buchbinder v. Schäfer u. Schiele 2.45. Ute 484 Frau Eisenhauer 11.25. Ute 492 u. 493 Wenz 17.20. Ute 495 und 496 Frau 2.35. Ute 497 und 498 Frau 16.75. Ute 431 Fischer 2.25. Ute 499 Waburger, Weidhofsstr. 1.50. Kowalski, Bildhauer 2.90. Tischler v. Deyer, Friedenstr. 6.—, Waburger Hohen-Schönhausen d. H. 26.10. Firma D. u. L., 2. Rate d. H. 5.10. Waburger, Hohen-Schönhausen, 2. Rate 25.20. Verband der Bergarbeiter, Hildesheim 100.—, Sander 1.50. 6 Arbeiter 1.—, Tischler, Brandenburgstr. 75. 6.20. Graveur von Stampf 2.95. Hölting, Hildesheim, Frankfurtstr. 2. Rate 7.45. Grün-Schulz u. No. 10.25. Personal Buchdruckerei R. Woffe, 2. Rate 21.75. Ute 984 Metallarbeiter 20.15.—, Einige Kollegen der Zinmermann 6.20. Tischler H. Schulz, Krauthstr. 25. 2.50. Arbeiter der Friedrich'schen Jalousiefabrik, außer einigen (darunter 5.— von G. H.) 20.25. 7 Korbmacher 2.50. Spezialgeschäft für Treppenhölzer H. Handt 7.75. Tischler Hölzel 7.10. Oskar Waburger, Straßburgerstr. 5.20. Ethen 648, 1079, 567, 1078, 570, 1074, gesammelt in den Arbeiterzügen 3, 11, 12, 16, 19 u. 50 bei S. u. H. Charlottenburg d. H. 70.05. Tischler von Gorkow, Krauthstr. 28. 2. Rate 9.50. Ute 158 Greter u. Minger 7.20. Ute 322 Minger 2.40. Bierliebende der Weidmann-Abteilung (5 Mann) v. W. Strauß 6.21. Tischler von Gorkow, Neuenburgerstr. 20. 2. Rate 18.20. Wette aus Hohlmannsdorf 4.—, Silberwarenfabrik Herm. Kottwitz, 2.—, Schneiderwerkstatt G. Weidner 2.—, Verband deutscher Korbmacher, Jagst Berlin, 2. Rate 2.50. Arbeitslosen-Gewerkschaft 2.50. Metallarbeiter der Kronenfabrik D. Dietrich 2. Rate 2.50. Rote Selbsthülfe bei Schiele 2. Rate 7.—, Arbeiter der Leinwandfabrik Steigand, Waldemarstr. 14. 16.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma G. Schmidt, Waburgerstr. 2, außer einer 7.—, U. C. N. Weid 3. 4.90. Schneiderwerkstatt G. Hoffmann, Schöneberg 27. 2. Rate 7.50. Verband der Maschinenbauarbeiter in Berlin 20.—, Ute 1092 Schöter 2.90. Ute 1095 Hartwig 2.90. Ute 260 Schöter 2.45. Ute 161 Gommann 4.50. Ute 681 Metallarbeiter der Semmerling u. Weidberg 17.20. Ute 488 Buchbinder v. Schäfer u. Schiele 2.45. Ute 484 Frau Eisenhauer 11.25. Ute 492 u. 493 Wenz 17.20. Ute 495 und 496 Frau 2.35. Ute 497 und 498 Frau 16.75. Ute 431 Fischer 2.25. Ute 499 Waburger, Weidhofsstr. 1.50. Kowalski, Bildhauer 2.90. Tischler v. Deyer, Friedenstr. 6.—, Waburger Hohen-Schönhausen d. H. 26.10. Firma D. u. L., 2. Rate d. H. 5.10. Waburger, Hohen-Schönhausen, 2. Rate 25.20. Verband der Bergarbeiter, Hildesheim 100.—, Sander 1.50. 6 Arbeiter 1.—, Tischler, Brandenburgstr. 75. 6.20. Graveur von Stampf 2.95. Hölting, Hildesheim, Frankfurtstr. 2. Rate 7.45. Grün-Schulz u. No. 10.25. Personal Buchdruckerei R. Woffe, 2. Rate 21.75. Ute 984 Metallarbeiter 20.15.—, Einige Kollegen der Zinmermann 6.20. Tischler H. Schulz, Krauthstr. 25. 2.50. Arbeiter der Friedrich'schen Jalousiefabrik, außer einigen (darunter 5.— von G. H.) 20.25. 7 Korbmacher 2.50. Spezialgeschäft für Treppenhölzer H. Handt 7.75. Tischler Hölzel 7.10. Oskar Waburger, Straßburgerstr. 5.20. Ethen 648, 1079, 567, 1078, 570, 1074, gesammelt in den Arbeiterzügen 3, 11, 12, 16, 19 u. 50 bei S. u. H. Charlottenburg d. H. 70.05. Tischler von Gorkow, Krauthstr. 28. 2. Rate 9.50. Ute 158 Greter u. Minger 7.20. Ute 322 Minger 2.40. Bierliebende der Weidmann-Abteilung (5 Mann) v. W. Strauß 6.21. Tischler von Gorkow, Neuenburgerstr. 20. 2. Rate 18.20. Wette aus Hohlmannsdorf 4.—, Silberwarenfabrik Herm. Kottwitz, 2.—, Schneiderwerkstatt G. Weidner 2.—, Verband deutscher Korbmacher, Jagst Berlin, 2. Rate 2.50. Arbeitslosen-Gewerkschaft 2.50. Metallarbeiter der Kronenfabrik D. Dietrich 2. Rate 2.50. Rote Selbsthülfe bei Schiele 2. Rate 7.—, Arbeiter der Leinwandfabrik Steigand, Waldemarstr. 14. 16.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma G. Schmidt, Waburgerstr. 2, außer einer 7.—, U. C. N. Weid 3. 4.90. Schneiderwerkstatt G. Hoffmann, Schöneberg 27. 2. Rate 7.50. Verband der Maschinenbauarbeiter in Berlin 20.—, Ute 1092 Schöter 2.90. Ute 1095 Hartwig 2.90. Ute 260 Schöter 2.45. Ute 161 Gommann 4.50. Ute 681 Metallarbeiter der Semmerling u. Weidberg 17.20. Ute 488 Buchbinder v. Schäfer u. Schiele 2.45. Ute 484 Frau Eisenhauer 11.25. Ute 492 u. 493 Wenz 17.20. Ute 495 und 496 Frau 2.35. Ute 497 und 498 Frau 16.75. Ute 431 Fischer 2.25. Ute 499 Waburger, Weidhofsstr. 1.50. Kowalski, Bildhauer 2.90. Tischler v. Deyer, Friedenstr. 6.—, Waburger Hohen-Schönhausen d. H. 26.10. Firma D. u. L., 2. Rate d. H. 5.10. Waburger, Hohen-Schönhausen, 2. Rate 25.20. Verband der Bergarbeiter, Hildesheim 100.—, Sander 1.50. 6 Arbeiter 1.—, Tischler, Brandenburgstr. 75. 6.20. Graveur von Stampf 2.95. Hölting, Hildesheim, Frankfurtstr. 2. Rate 7.45. Grün-Schulz u. No. 10.25. Personal Buchdruckerei R. Woffe, 2. Rate 21.75. Ute 984 Metallarbeiter 20.15.—, Einige Kollegen der Zinmermann 6.20. Tischler H. Schulz, Krauthstr. 25. 2.50. Arbeiter der Friedrich'schen Jalousiefabrik, außer einigen (darunter 5.— von G. H.) 20.25. 7 Korbmacher 2.50. Spezialgeschäft für Treppenhölzer H. Handt 7.75. Tischler Hölzel 7.10. Oskar Waburger, Straßburgerstr. 5.20. Ethen 648, 1079, 567, 1078, 570, 1074, gesammelt in den Arbeiterzügen 3, 11, 12, 16, 19 u. 50 bei S. u. H. Charlottenburg d. H. 70.05. Tischler von Gorkow, Krauthstr. 28. 2. Rate 9.50. Ute 158 Greter u. Minger 7.20. Ute 322 Minger 2.40. Bierliebende der Weidmann-Abteilung (5 Mann) v. W. Strauß 6.21. Tischler von Gorkow, Neuenburgerstr. 20. 2. Rate 18.20. Wette aus Hohlmannsdorf 4.—, Silberwarenfabrik Herm. Kottwitz, 2.—, Schneiderwerkstatt G. Weidner 2.—, Verband deutscher Korbmacher, Jagst Berlin, 2. Rate 2.50. Arbeitslosen-Gewerkschaft 2.50. Metallarbeiter der Kronenfabrik D. Dietrich 2. Rate 2.50. Rote Selbsthülfe bei Schiele 2. Rate 7.—, Arbeiter der Leinwandfabrik Steigand, Waldemarstr. 14. 16.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma G. Schmidt, Waburgerstr. 2, außer einer 7.—, U. C. N. Weid 3. 4.90. Schneiderwerkstatt G. Hoffmann, Schöneberg 27. 2. Rate 7.50. Verband der Maschinenbauarbeiter in Berlin 20.—, Ute 1092 Schöter 2.90. Ute 1095 Hartwig 2.90. Ute 260 Schöter 2.45. Ute 161 Gommann 4.50. Ute 681 Metallarbeiter der Semmerling u. Weidberg 17.20. Ute 488 Buchbinder v. Schäfer u. Schiele 2.45. Ute 484 Frau Eisenhauer 11.25. Ute 492 u. 493 Wenz 17.20. Ute 495 und 496 Frau 2.35. Ute 497 und 498 Frau 16.75. Ute 431 Fischer 2.25. Ute 499 Waburger, Weidhofsstr. 1.50. Kowalski, Bildhauer 2.90. Tischler v. Deyer, Friedenstr. 6.—, Waburger Hohen-Schönhausen d. H. 26.10. Firma D. u. L., 2. Rate d. H. 5.10. Waburger, Hohen-Schönhausen, 2. Rate 25.20. Verband der Bergarbeiter, Hildesheim 100.—, Sander 1.50. 6 Arbeiter 1.—, Tischler, Brandenburgstr. 75. 6.20. Graveur von Stampf 2.95. Hölting, Hildesheim, Frankfurtstr. 2. Rate 7.45. Grün-Schulz u. No. 10.25. Personal Buchdruckerei R. Woffe, 2. Rate 21.75. Ute 984 Metallarbeiter 20.15.—, Einige Kollegen der Zinmermann 6.20. Tischler H. Schulz, Krauthstr. 25. 2.50. Arbeiter der Friedrich'schen Jalousiefabrik, außer einigen (darunter 5.— von G. H.) 20.25. 7 Korbmacher 2.50. Spezialgeschäft für Treppenhölzer H. Handt 7.75. Tischler Hölzel 7.10. Oskar Waburger, Straßburgerstr. 5.20. Ethen 648, 1079, 567, 1078, 570, 1074, gesammelt in den Arbeiterzügen 3, 11, 12, 16, 19 u. 50 bei S. u. H. Charlottenburg d. H. 70.05. Tischler von Gorkow, Krauthstr. 28. 2. Rate 9.50. Ute 158 Greter u. Minger 7.20. Ute 322 Minger 2.40. Bierliebende der Weidmann-Abteilung (5 Mann) v. W. Strauß 6.21. Tischler von Gorkow, Neuenburgerstr. 20. 2. Rate 18.20. Wette aus Hohlmannsdorf 4.—, Silberwarenfabrik Herm. Kottwitz, 2.—, Schneiderwerkstatt G. Weidner 2.—, Verband deutscher Korbmacher, Jagst Berlin, 2. Rate 2.50. Arbeitslosen-Gewerkschaft 2.50. Metallarbeiter der Kronenfabrik D. Dietrich 2. Rate 2.50. Rote Selbsthülfe bei Schiele 2. Rate 7.—, Arbeiter der Leinwandfabrik Steigand, Waldemarstr. 14. 16.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma G. Schmidt, Waburgerstr. 2, außer einer 7.—, U. C. N. Weid 3. 4.90. Schneiderwerkstatt G. Hoffmann, Schöneberg 27. 2. Rate 7.50. Verband der Maschinenbauarbeiter in Berlin 20.—, Ute 1092 Schöter 2.90. Ute 1095 Hartwig 2.90. Ute 260 Schöter 2.45. Ute 161 Gommann 4.50. Ute 681 Metallarbeiter der Semmerling u. Weidberg 17.20. Ute 488 Buchbinder v. Schäfer u. Schiele 2.45. Ute 484 Frau Eisenhauer 11.25. Ute 492 u. 493 Wenz 17.20. Ute 495 und 496 Frau 2.35. Ute 497 und 498 Frau 16.75. Ute 431 Fischer 2.25. Ute 499 Waburger, Weidhofsstr. 1.50. Kowalski, Bildhauer 2.90. Tischler v. Deyer, Friedenstr. 6.—, Waburger Hohen-Schönhausen d. H. 26.10. Firma D. u. L., 2. Rate d. H. 5.10. Waburger, Hohen-Schönhausen, 2. Rate 25.20. Verband der Bergarbeiter, Hildesheim 100.—, Sander 1.50. 6 Arbeiter 1.—, Tischler, Brandenburgstr. 75. 6.20. Graveur von Stampf 2.95. Hölting, Hildesheim, Frankfurtstr. 2. Rate 7.45. Grün-Schulz u. No. 10.25. Personal Buchdruckerei R. Woffe, 2. Rate 21.75. Ute 984 Metallarbeiter 20.15.—, Einige Kollegen der Zinmermann 6.20. Tischler H. Schulz, Krauthstr. 25. 2.50. Arbeiter der Friedrich'schen Jalousiefabrik, außer einigen (darunter 5.— von G. H.) 20.25. 7 Korbmacher 2.50. Spezialgeschäft für Treppenhölzer H. Handt 7.75. Tischler Hölzel 7.10. Oskar Waburger, Straßburgerstr. 5.20. Ethen 648, 1079, 567, 1078, 570, 1074, gesammelt in den Arbeiterzügen 3, 11, 12, 16, 19 u. 50 bei S. u. H. Charlottenburg d. H. 70.05. Tischler von Gorkow, Krauthstr. 28. 2. Rate 9.50. Ute 158 Greter u. Minger 7.20. Ute 322 Minger 2.40. Bierliebende der Weidmann-Abteilung (5 Mann) v. W. Strauß 6.21. Tischler von Gorkow, Neuenburgerstr. 20. 2. Rate 18.20. Wette aus Hohlmannsdorf 4.—, Silberwarenfabrik Herm. Kottwitz, 2.—, Schneiderwerkstatt G. Weidner 2.—, Verband deutscher Korbmacher, Jagst Berlin, 2. Rate 2.50. Arbeitslosen-Gewerkschaft 2.50. Metallarbeiter der Kronenfabrik D. Dietrich 2. Rate 2.50. Rote Selbsthülfe bei Schiele 2. Rate 7.—, Arbeiter der Leinwandfabrik Steigand, Waldemarstr. 14. 16.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma G. Schmidt, Waburgerstr. 2, außer einer 7.—, U. C. N. Weid 3. 4.90. Schneiderwerkstatt G. Hoffmann, Schöneberg 27. 2. Rate 7.50. Verband der Maschinenbauarbeiter in Berlin 20.—, Ute 1092 Schöter 2.90. Ute 1095 Hartwig 2.90. Ute 260 Schöter 2.45. Ute 161 Gommann 4.50. Ute 681 Metallarbeiter der Semmerling u. Weidberg 17.20. Ute 488 Buchbinder v. Schäfer u. Schiele 2.45. Ute 484 Frau Eisenhauer 11.25. Ute 492 u. 493 Wenz 17.20. Ute 495 und 496 Frau 2.35. Ute 497 und 498 Frau 16.75. Ute 431 Fischer 2.25. Ute 499 Waburger, Weidhofsstr. 1.50. Kowalski, Bildhauer 2.90. Tischler v. Deyer, Friedenstr. 6.—, Waburger Hohen-Schönhausen d. H. 26.10. Firma D. u. L., 2. Rate d. H. 5.10. Waburger, Hohen-Schönhausen, 2. Rate 25.20. Verband der Bergarbeiter, Hildesheim 100.—, Sander 1.50. 6 Arbeiter 1.—, Tischler, Brandenburgstr. 75. 6.20. Graveur von Stampf 2.95. Hölting, Hildesheim, Frankfurtstr. 2. Rate 7.45. Grün-Schulz u. No. 10.25. Personal Buchdruckerei R. Woffe, 2. Rate 21.75. Ute 984 Metallarbeiter 20.15.—, Einige Kollegen der Zinmermann 6.20. Tischler H. Schulz, Krauthstr. 25. 2.50. Arbeiter der Friedrich'schen Jalousiefabrik, außer einigen (darunter 5.— von G. H.) 20.25. 7 Korbmacher 2.50. Spezialgeschäft für Treppenhölzer H. Handt 7.75. Tischler Hölzel 7.10. Oskar Waburger, Straßburgerstr. 5.20. Ethen 648, 1079, 567, 1078, 570, 1074, gesammelt in den Arbeiterzügen 3, 11, 12, 16, 19 u. 50 bei S. u. H. Charlottenburg d. H. 70.05. Tischler von Gorkow, Krauthstr. 28. 2. Rate 9.50. Ute 158 Greter u. Minger 7.20. Ute 322 Minger 2.40. Bierliebende der Weidmann-Abteilung (5 Mann) v. W. Strauß 6.21. Tischler von Gorkow, Neuenburgerstr. 20. 2. Rate 18.20. Wette aus Hohlmannsdorf 4.—, Silberwarenfabrik Herm. Kottwitz, 2.—, Schneiderwerkstatt G. Weidner 2.—, Verband deutscher Korbmacher, Jagst Berlin, 2. Rate 2.50. Arbeitslosen-Gewerkschaft 2.50. Metallarbeiter der Kronenfabrik D. Dietrich 2. Rate 2.50. Rote Selbsthülfe bei Schiele 2. Rate 7.—, Arbeiter der Leinwandfabrik Steigand, Waldemarstr. 14. 16.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma G. Schmidt, Waburgerstr. 2, außer einer 7.—, U. C. N. Weid 3. 4.90. Schneiderwerkstatt G. Hoffmann, Schöneberg 27. 2. Rate 7.50. Verband der Maschinenbauarbeiter in Berlin 20.—, Ute 1092 Schöter 2.90. Ute 1095 Hartwig 2.90. Ute 260 Schöter 2.45. Ute 161 Gommann 4.50. Ute 681 Metallarbeiter der Semmerling u. Weidberg 17.20. Ute 488 Buchbinder v. Schäfer u. Schiele 2.45. Ute 484 Frau Eisenhauer 11.25. Ute 492 u. 493 Wenz 17.20. Ute 495 und 496 Frau 2.35. Ute 497 und 498 Frau 16.75. Ute 431 Fischer 2.25. Ute 499 Waburger, Weidhofsstr. 1.50. Kowalski, Bildhauer 2.90. Tischler v. Deyer, Friedenstr. 6.—, Waburger Hohen-Schönhausen d. H. 26.10. Firma D. u. L., 2. Rate d. H. 5.10. Waburger, Hohen-Schönhausen, 2. Rate 25.20. Verband der Bergarbeiter, Hildesheim 100.—, Sander 1.50. 6 Arbeiter 1.—, Tischler, Brandenburgstr. 75. 6.20. Graveur von Stampf 2.95. Hölting, Hildesheim, Frankfurtstr. 2. Rate 7.45. Grün-Schulz u. No. 10.25. Personal Buchdruckerei R. Woffe, 2. Rate 21.75. Ute 984 Metallarbeiter 20.15.—, Einige Kollegen der Zinmermann 6.20. Tischler H. Schulz, Krauthstr. 25. 2.50. Arbeiter der Friedrich'schen Jalousiefabrik, außer einigen (darunter 5.— von G. H.) 20.25. 7 Korbmacher 2.50. Spezialgeschäft für Treppenhölzer H. Handt 7.75. Tischler Hölzel 7.10. Oskar Waburger, Straßburgerstr. 5.20. Ethen 648, 1079, 567, 1078, 570, 1074, gesammelt in den Arbeiterzügen 3, 11, 12, 16, 19 u. 50 bei S. u. H. Charlottenburg d. H. 70.05. Tischler von Gorkow, Krauthstr. 28. 2. Rate 9.50. Ute 158 Greter u. Minger 7.20. Ute 322 Minger 2.40. Bierliebende der Weidmann-Abteilung (5 Mann) v. W. Strauß 6.21. Tischler von Gorkow, Neuenburgerstr. 20. 2. Rate 18.20. Wette aus Hohlmannsdorf 4.—, Silberwarenfabrik Herm. Kottwitz, 2.—, Schneiderwerkstatt G. Weidner 2.—, Verband deutscher Korbmacher, Jagst Berlin, 2. Rate 2.50. Arbeitslosen-Gewerkschaft 2.50. Metallarbeiter der Kronenfabrik D. Dietrich 2. Rate 2.50. Rote Selbsthülfe bei Schiele 2. Rate 7.—, Arbeiter der Leinwandfabrik Steigand, Waldemarstr. 14. 16.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma G. Schmidt, Waburgerstr. 2, außer einer 7.—, U. C. N. Weid 3. 4.90. Schneiderwerkstatt G. Hoffmann, Schöneberg 27. 2. Rate 7.50. Verband der Maschinenbauarbeiter in Berlin 20.—, Ute 1092 Schöter 2.90. Ute 1095 Hartwig 2.90. Ute 260 Schöter 2.45. Ute 161 Gommann 4.50. Ute 681 Metallarbeiter der Semmerling u. Weidberg 17.20. Ute 488 Buchbinder v. Schäfer u. Schiele 2.45. Ute 484 Frau Eisenhauer 11.25. Ute 492 u. 493 Wenz 17.20. Ute 495 und 496 Frau 2.35. Ute 497 und 498 Frau 16.75. Ute 431 Fischer 2.25. Ute 499 Waburger, Weidhofsstr. 1.50. Kowalski, Bildhauer 2.90. Tischler v. Deyer, Friedenstr. 6.—, Waburger Hohen-Schönhausen d. H. 26.10. Firma D. u. L., 2. Rate d. H. 5.10. Waburger,

kann nur geschehen, wenn er allen Hindernissen zum Trotz es den Unternehmern gleich thut und in kräftigen Organisationen mit eiserner Energie seine Interessen vertritt.

Die Pietät des heutigen Staates für seine eigene Vergangenheit kann nicht besser gekennzeichnet werden als durch einen Besuch des ehemaligen Reichstags-Gebäudes. Vorüber an dem sog. Reformrestaurant kommt man zu einer Weihnachts-Ausstellung: Eintritt frei, Nachmittags bei Konzert 10 Pf. Drinnen giebt es allerhand praktisches und allerhand Humbug, wie man es eben in Jahrmärkten zu sehen bekommt. Die dringenden Kaufempfehlungen, die einem von allen Seiten entgegenkommen, erinnern zwar etwas stark an die Zollgeschäfte zwischen Agrar- und Industriezonen, wie sie der Schutz der nationalen Arbeit bei jedem Zolltarif zur Voraussetzung gehabt hat, vielleicht auch etwas an die üblichen Kompromißverhandlungen (die verächtliche Handerei, wie Caprivi sich ausdrückte), aber nimmermehr glaubt man in einem Gebäude von immerhin nationaler und geschichtlicher Bedeutung zu sein. Wir haben gewiss keine Ursache, dem Hause, in dem das Ausnahmegericht beschloß und so oft erneuert worden ist, in dem die Junker sich Kornjölle und Prämien aller Art, dem deutschen Volke verlängerte Legislaturperioden, Schweigebote u. a. bewilligt haben, Sympathie zu bekunden, und dieses traurige Ende einmaligen Glanzes kann und sogar mit einer gewissen Schadenfreude erfüllen — namentlich wenn man an die Zukunft und andere Gebäude denkt. Immer aber bleibt es faszinierend für den Geist einer Verwaltung, die den Fall der geringwertigsten Prinzen nach ihrem Tode stets sorgsam kontervirte hat, daß sie das erste Parlamentsgebäude des Deutschen Reichs in eine Jahrmarktsbude verwandelte. Hätte man es noch zu einem Asyl für Obdachlose gemacht oder ganz niedergerissen! Es ist freilich nur das Gebäude der Volksvertretung gewesen, die sich durch ihr Verhalten nach unten und oben wenig Besseres verdient hat. Wirtschaft, Oratio, Wirtschaft.

Frauen in den Armenkommissionen zu sehen, mit diesem Gedanken können sich die Armenkommissions-Mitglieder, besonders die Vorsteher, absolut nicht befreunden. In den verschiedenen Versammlungen, die in den letzten Wochen in dieser Angelegenheit abgehalten worden sind, haben sich zahlreiche Kommissionsmitglieder an den Debatten beteiligt und vor der Zulassung von Frauen gewarnt. Sie befürchten namentlich, daß das „gute Herz“ mit den Frauen durchgehen könnte, so daß die bewilligten Gelder bei weitem nicht ausreichen würden. Am Dienstag haben nun die Vorsteher in einer zu diesem Zweck einberufenen Versammlung einstimmig eine Resolution angenommen, die sich gegen die Aufnahme von Frauen in die Kommissionen verwehrt. Am demselben Abend erschienen sie in ziemlich großer Anzahl in einer Versammlung des Vereins „Frauenwohl“ und griffen nach einem Vortrage des Dr. Münsterberg über „Die Arbeit der Frauen in der öffentlichen Armenpflege“ mehrfach in die Debatte ein. Sie führten neben der weiblichen Sittsamkeit, die vor der in der öffentlichen Armenpflege nicht unangehörigen Verührung mit den Stätten des Lasters bewahrt werden müsse, wieder besonders das „gute Herz“ der Frauen ins Treffen. Ein Vorsteher meinte, die sogenannte Herzlosigkeit, die man den Armenkommissions-Vorstehern immer vorwirft, sei leider nötig und berechtigt angesichts der Thatsache, daß 90 pCt. aller Bittgesuche auf Schwindel beruhten. Ein anderer sagte wörtlich: „Wer nicht hart wird, ist nicht tauglich für das Amt eines Armenkommissions-Vorstehers.“ — Die Agitation in dieser ganzen Frage ist besonders von dem linken Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung geführt worden. Sollte nicht der Hauptgrund für den Widerstand der Kommissionen darin zu suchen sein, daß die „freisinnigen“ Speisebürger, die in den Kommissionen sitzen, sich vor dem vermeintlichen „Radikalismus“ dieser Damen fürchten?

Umtausch von Invaliditätskarten. Für die Inhaber von Invaliditätskarten der Invaliditäts- und Altersversicherung von großer Wichtigkeit ist gegenwärtig eine Bekanntmachung der Versicherungsbehörden, wonach die Invaliditätskarten vom Jahre 1893 ungültig werden, falls sie nicht bis zum 31. Dezember d. J. bei den ausstellenden Behörden, Polizeibureauen u. zum Umtausch vorgelegt werden, weil alle diejenigen Karten, welche nicht bis zum Schlusse des dritten Jahres nach dem Ausstellungstermin umgetauscht werden, auch wenn sie mit Marken noch nicht vollständig geklebt sind, nach dem Versicherungsgezet ihre Gültigkeit verlieren. Ferner ist hierbei noch zu erwähnen, daß nach dem Gesetz auch jeder berechtigt ist, zu jeder Zeit auf seine Kosten die Ausstellung einer neuen Invaliditätskarte gegen Rückgabe der älteren Karte zu verlangen, und er ist auch sogar von diesen Kosten befreit, falls die Karte mit mindestens 30 Markten gefüllt ist.

Glend und Gefängnis. Ein Bericht über den Zustand der Gefängnisse in der letzten Zeit hat die Frequenz des weiblichen Unterjünglingsgefängnisses ganz enorm gesteigert. Es ist kaum noch möglich, die Kosgänger des Staates alle unterzubringen. Der „Zugang“ besteht aber weniger aus eigentlichen Verbrechern, sondern aus Bettlern, Vagabonden und solchen Leuten, die keine Uebertretungen begehen, um sich im Gefängnis wieder einmal ordentlich aufzuwärmen und sattessen zu können — Der Staat, in dem solcher Jammer möglich ist, heißt Staat der Sozialreform.

Am schwarzen Brett der Fabrik von Siemens u. Halske in Charlottenburg prangt seit gestern folgender Ulaß: „Wie uns zu Ohren gekommen, sind verschiedene unserer Arbeiter des Wertes als Versicherungsagenten thätig. Wir bringen hiermit die alte Bestimmung in Erinnerung, wonach das Zurücktreten von Aktien, Vornahme von Kollektensammeln u. s. w. ohne Genehmigung der Direktion verboten ist. Charlottenburg, den 15. Dezember 1896. Döhlmann.“

Nach Ansicht der Arbeiter gewinnt es den Anschein, als beabsichtige die Firma, den Hamburger Arbeitern in etwas verblämter Weise Handlangerdienste zu erweisen. Hoffentlich geben die Arbeiter der Firma durch kräftiges Sammeln für die Streitenden die treffende Antwort auf diesen Ulaß. Die Firma thäte, wie uns noch mitgeteilt wird, nach Ansicht der Arbeiter besser daran, einzelnen ihrer Beamten zu verbieten, den Arbeitern Vorfestreden, Weihnachtslichter u. dergl. gegen bare Münze anzubringen.

Der Sängerbund des Berliner Lehrervereins demontirt in der „Voss. Ztg.“ die von der „Freis. Ztg.“ gebrachte Mitteilung über das „Hofkonzert“. Die betreffenden Mitglieder sind nicht am Donnerstag, Freitag und Sonnabend von 10 Uhr ab vom Unterricht dispensirt worden, sondern nur am Freitag und Sonnabend von 11 Uhr ab. Da der Herr Stadtschulrath die Herren Direktoren ersucht hatte, die nötigen Vertretungen anzuordnen, so ist der Unterricht in den betreffenden Klassen nicht ausgefallen. Komisch. Was geht den Stadtschulrath das Hofkonzert an?

Von der Kirchenbauerei. Die Johannes-Evangelist-Gemeinde hatte gegen die Stadt Berlin einen Prozeß angestrengt, in welchem die Magerin beantragte, die Stadtgemeinde zur Leistung eines Patronats-Vertrages (von 150 000 M.) zu den Kosten ihres Pfarrhaus-Neubaus, sowie zur Vergabe einer Baustelle für das Pfarrhaus zu verpflichten. Die Ansprüche der Gemeinde sind jetzt auch vom Reichsgericht vorab zurückgewiesen worden, weil der Zustanzweg nicht eingehalten worden ist.

„Weihnachtsbitten“ findet man jetzt täglich in den Spalten bürgerlicher Blätter, manchmal in derselben Nummer gleich ein halbes Dutzend und mehr. Die meisten schildern in beweglichen Worten die Noth der Armen, denen aus den zu sammelnden

Beiträgen eine „Weihnachtsfreude“ bereitet werden soll. Wer aus diesen zahlreichen Aufrufen von Vereinen und Komitees aller Art einen Schluß auf das Verhältniß der Besitzenden zu den Besitzlosen ziehen wollte, der müßte den Eindruck gewinnen, als ob da alles ein Herz und eine Seele sei. Aber so liegt die Sache leider nicht! Die Weihnachtsbitten, die in so starken Ausdrücken von dem Glend der Besitzlosen reden, sind vielfach von Leuten mitangezeichnet, die zu anderen Zeiten gewohnheits- und gewerdmäßig über die „Begehrtheit“ des „wiederem“ Volkes lächeln und womöglich jeden Nothstand ablehnen möchten. Warum gerade zu Weihnachten von dieser Gewohnheit abgewichen wird —? Augencheinlich will mancher dieser „edlen Wohlthäter“, die sich um Weihnachten herum mit einem Male auf die „christliche Nächstenliebe“ besinnen, weniger den Armen eine Weihnachtsfreude bereiten, als sich selber die Weihnachtsfreude nicht führen lassen. Der Gedanke an das Geet der Armen, die gerade in der Zeit, wo „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ sein soll, sich auf einen harten Kampf mit der Noth rüsten müssen, — dieser Gedanke ist in der That geeignet, auch manchem Bourgeois, wenn er nicht zu den Allerdiebstahligen gehört, das Weihnachtsvergügen zu verderben. Warum öffnet der Bourgeois, von einigen wirklich selbstlosen Männern abgesehen, um die liebe Weihnachtszeit sein Herz und sein Portemonnaie etwas weiter als sonst, auf das er, nach Opferung einiger Mark für die Armen, guten Gewissens seine Kinder mit einem Berg von Geschenken überschütten kann, von deren Erldß ein paar Proletarier amilen den Winter hindurch ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten.

Von einem „stillen Boykott“ erzählt ein Berichterstatter eine merkwürdige Geschichte. Der Mann berichtet: „Die Schaffner der Omnibusgesellschaften fahren auf eine und derselben Linie, wodurch sich zwischen den täglichen Fahrgästen und den Omnibusbeamten eine intime Bekanntschaft herausgebildet hat. Die Direktion der Neuen Berliner Omnibusgesellschaft hatte nun angeordnet, daß die Schaffner auf dem Bahnhofe in der Uebomstraße allwöchentlich die Linien wechseln, so daß jeder Schaffner im Laufe von vier Wochen die sämtlichen Linien befährt. Die Passagiere erhoben gegen diese Anordnung vergeblich Einspruch und die täglichen Fahrgäste brachten nun einen Boykott über die Omnibusgesellschaft aus und benutzten ausschließlich die Pferdebahn, wodurch die Einnahmen der Omnibusse sich bedeutend verringerten. Nachdem die Direktion durch Briefe von Seiten der Fahrgäste von der eigenartigen Sperre verständigt, hat dieselbe nunmehr die neue Verfügung aufgehoben. Seitdem sind die Wagen wieder gefüllt.“ — Wenn die Sache sich so verhält, so erleben wir es vielleicht noch, daß die Fahrgäste durch einen Boykott auch die elenden Löhne der Omnibusangestellten aufbessern helfen.

Ein Versuch zur Beseitigung des Schnees aus den Straßen Berlins soll, einem hiesigen Blatte zufolge, in diesem Winter in der Weise gemacht werden, daß der Schnee in die Spree geworfen wird. Es handelt sich jedoch hierbei, wie nochmals betont sei, um einen Versuch und zwar zunächst im kleinen Maßstabe. In anderen Städten, z. B. in Hamburg, wird mit dem Schnee bereits vielfach in dieser Weise verfahren. In Hamburg ist durch die Einwirkung der Ebbe und Fluth auch der Abfluß viel stärker, so daß ein Vergleich mit Berlin wohl kaum zulässig ist.

Wie groß die Arbeitslosigkeit in Berlin ist, geht daraus hervor, daß in einem bekannten Stellenvermittlungsbureau in der Jägerstraße zur Zeit nicht weniger als über 1500 Hausdiener vorgemerkt sind. Sämtliche dieser Leute kennen ihr Fach und sind mit Berliner Verhältnissen wohl vertraut.

Vom Luxus. Der Weihnachtskatalog der Firma Söhne (Parfumerien, Seifen u. s. w.) preist unter anderem an: Seifen bis zu 250 M. pro Stück, Parfums bis zu 20 M. pro Flaschen, Schminken bis zu 30 M. pro Topf! 30 M., das ist ein Betrag, für den manche Arbeiterin einen vollen Monat arbeitet und — darbt! Das hindert freilich die mit so kostspieligen Toilettenmitteln gewaschenen, geschminkten und parfümierten Damen der Bourgeoisie nicht, in ihren Vereinen über die Puh- und Vergnügungssucht und die — ihrer Ansicht nach — nur darauf zurückzuführende Unfruchtbarkeit der Arbeiterinnen zu jammern.

Eine Petroleumflüchtigkeit-Lampe, die in der Stunde nur für einen Pfennig Brennmaterial gebrauchen soll, ist hiesigen Blättern zufolge von der Meteorogellschaft hergestellt worden. Ob die der Erfindung nachgerühmten Vorzüge sich bewähren, entzieht sich vorerst unserer Kenntnis.

Das Polizeipräsidium hat, wie das „Volk“ berichtet, bezüglich der zur Erzeugung von Dampf für Backwecke benutzten Einrichtungen der Bäder-Junung ein Schreiben zugehen lassen, in welchem auf die große Explosionsgefahr bei der gegenwärtigen Konstruktion der genannten Apparate hingewiesen wird. Da letztere den reichspolizeilichen Bestimmungen über Dampfessel vom 5. August 1890 nicht entsprechen, wird den Bädermeistern aufgegeben, binnen zwei Monaten die erforderlichen Veränderungen vornehmen zu lassen, widrigenfalls ein Einschreiten der Behörde zu gewärtigen ist.

Konsumvereine. Durch das am 1. Januar 1897 in kraft tretende Reichsgesetz wegen Abänderung des Gesetzes über die Gewerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889, sowie den Geschäftsbetrieb von Konsumanstalten vom 12. August dieses Jahres ist den Vorständen der als eingetragene Genossenschaften konstituirten Konsumvereine mit offenem Laden die Verpflichtung auferlegt, Anweisung darüber zu erlassen, auf welche Weise sich die Vereinsmitglieder oder deren Vertreter den Waarenverkäufern gegenüber zu legitimiren haben, und Abschrift dieser Anweisung der höheren Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk die Genossenschaft ihren Sitz hat, einzureichen. Im Hinblick auf diese Bestimmung fordert der Polizeipräsident die Vorstände der Konsumvereine und Konsumanstalten mit offenem Laden, die ihren Sitz in Berlin haben, auf, die an die Waarenverkäufer gemäß § 30a des Genossenschaftsgesetzes zu erlassenden Anweisungen spätestens bis zum 1. Januar l. J. ihm in Abschrift vorzulegen.

Militärboykott gegen ein — Kriegervereinsblatt. Mehrere Blätter melden: „Durch Gouvernementsbeschl ist den Unteroffizieren und Mannschaften der Berliner Garnison verboten worden, die Zeitung „Reveille“ in oder außerhalb der Kaserne zu lesen oder zu verbreiten, da dieses Blatt mehr und mehr sozialdemokratische Tendenzen zum Ausdruck bringt. Für Charlottenburg, Spandau und Potsdam ist ein gleicher Befehl erlassen worden. Die „Reveille“ erscheint in Berlin.“ — Wenn selbst fromme Kriegervereinsblätter nicht mehr vor sozialdemokratischer Durchscheidung sicher sind, dann hört ja alles auf! Und von diesem Sulturs, der dem Umsturz gewährt wird, wissen wir gar nicht einmal etwas!

Die Sammelkarte Nr. 00441 für die Hamburger Hafenarbeiter ist am 14. d. M. auf dem Wege von der Thierstraße bis zum Schlesischen Bahnhof verloren gegangen; es wird gebeten, dieselbe an E. Voigt, Raungr. 3, abzuliefern.

Der französische Nechenschüler Jacques Inaudi wird sich morgen in der Urania, Lindenstr. 48, dem Publikum vorstellen.

Aus Furcht vor Strafe ist am Montag die beinahe 15 Jahre alte Johanna Schlicher aus dem Marienheim in der Borligstr. 5 entwichen. Das Mädchen diente in der Alexanderstraße, wurde aber aus besonderen Gründen plötzlich entlassen. Am Sonnabend suchte es das Marienheim auf. Als es nun erfuhr, daß von der Entlassung kein Unkel, ein im Süden der Stadt wohnender Beamter, benachrichtigt werden sollte, lief es aus Furcht, von diesem bestraft zu werden, am Montag früh

unter Mitnahme seiner geringen Habe aus dem Heim undemick weg und irrte jetzt wohl in der Stadt umher.

Der Steuererheber J. Schusterreit, Winterfeldstraße 24, hat sich, wie wir gestern meldeten, am Dienstag Morgen erschossen. Wie das „V. L.“ mitteilt, wurde vor etwa 8 Tagen bei einer unvermuthet vorgenommenen Revision entdeckt, daß Schusterreit 8000 M. unterschlagen habe.

Eine traurige Kunde erhielten gestern die in der Elbstraße 23 wohnenden Kaufmann Jonaschen Eheleute. Der neunundzwanzigjährige Sohn derselben, welcher für eigene Rechnung als Agent die Provinz besuchte und sich seit ca. 4 Wochen in den Städten der Mark befand, ist auf einem See in der Nähe von Petersdorf (Mark) verunglückt. Der junge J., ein leidenschaftlicher Schlittschuhläufer, hatte sich dortselbst auf die noch schwache Eisecke gewagt, war eingebrochen und ertrunken, ehe noch Hilfe zur Stelle war.

Die Mörder des Justizraths Leug, Bruno Berner und Willy Große, werden im Strafgefängnis Bismarck ihre Strafe verbüßen, wohin sie gestern gebracht sein sollen.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist die Leiche der 67 Jahre alten Wittve Rosalie von Rosenzweig aus der Poststraße Nr. 14. Die dem Trunke ergebene Frau, die im Krankenhaus gestorben ist, hatte zwei Männer beschuldigt, sie ungerannt und dadurch zu schwerer Verletzung gebracht zu haben.

Mit einem Rebover lief am Dienstag Morgen der Fabrikant und Hausbesitzer Telschow aus der Grünauerstr. 27 hinter einem jungen Mann her, der von dem aus dem Hause ausziehenden Gastwirth Langer beauftragt war, Möbel und Hausgeräth auf einen Wagen zu verladen. Langer hatte dem Hauswirth zu erkennen gegeben, daß es ihm fortan nicht mehr möglich sei, die enorm hohe Miete von 175 M. monatlich aufzubringen und hat den Eigentümer, ihn von seinem Kontrakt zu entbinden. Darauf ließ der Herr sich jedoch nicht ein, und so durfte Langer nur die Sachen fortzuschaffen, die von dem Gerichtsvollzieher freigegeben waren. Unter diesen befand sich nach Langer's Darstellung auch ein Bündel mit Bettlädern, die plötzlich von dem Hauswirth reklamirt wurden. Als der Arbeiter sich ganz energisch weigerte, dem Verlangen des Hausbesizers nachzukommen, zog dieser einen Revolver und verfolgte den Fliehenden damit die Grünauerstraße hinunter. Der Vorfall rief große Aufregung hervor.

Von den Einbrechern, die vor nunmehr 4 Wochen dem Vergnügungspark der Gewerbe-Ausstellung einen Besuch abstatteten, fehlt bis jetzt jede Spur, was um so mehr zu verwundern ist, da einer der Diebe von dem Wächter derartig angehauen wurde, daß er von seinen drei „Kollegen“ zum Wagen, mit dem sie gekommen waren und auch entflohen, getragen werden mußte und er sicherlich einen Arzt oder Heilgehilfen hat zu Rathe ziehen müssen. —

Ein ungläubliches Abenteuer will in der dritten Morgenstunde der Schloffer Robert Parpat bestanden haben. Er schildert dasselbe wie folgt: Beim Zeughaus war er von einigen Burschen angesprochen und schließlich erlucht worden, zwanzig Pfennige für eine Weise herzugeben. An die Bitte knüpfte sich bald die Drohung, daß ihm etwas passiren werde, falls er sich weigerte. Gleichzeitig griff man nach seiner Tasche, um sich seines Portemonnaies zu bemächtigen. Darüber war man zur Schloßbrücke gelangt, und wie nun hier Parpat laut um Hilfe schrie, packte ihn einer der Stroche an der Kehle, die anderen sohten ihn an Armen und Beinen und warfen ihn über das Geländer in die Spree. Parpat, des Schwimmens kundig, tauchte wieder empor und erreichte die nächste Treppe, die der vor Schreden und Kälte fast erstarre Mann jedoch nur mit Unterstützung eines herbeigeeilten Schleusenbeamten ersteigen konnte. Die Hülfserre hatten inzwischen einen Schutzmann an den Ort des Ueberfalles geführt. Die Burschen waren jedoch längst auf und davon. Der Schutzmann brachte den P. mittels Drohke nach seiner Wohnung. Zum Glück ist für P. das Abenteuer ohne weitere Folgen geblieben, leider scheint dies aber auch für die Stroche der Fall zu sein, da jede Spur von ihnen fehlt.

Die „Polzantion im Grunewald“ findet in diesem Jahre am 21. Dezember in Zehlendorf statt. Zur Vertretung gelangen Einschläge der Wirtschaftsjahre 1896 und 1897 aus den Beläufen Hundelehle, Bannsee, Eichlamp und Pichelsberg, aus dem vorigen Jahre jedoch nur noch die verbliebenen Restbestände.

Vergiftet. Dienstag Nachmittag versuchte der 89jährige obdachlose Bildhauer Noffo Cesare aus Italien auf dem Hofe des Grundstücks Alte Schützenstr. 1 sich mit Salzsäure zu vergiften. Er wurde nach der in demselben Hause gelegenen Unfallstation und von dort in einem Krankenwagen nach der Charitee gebracht.

Gerichts-Beitung.

In der Krister u. Kohnmann'schen Fabrik kam es im Februar in einem der Tischlerstale zu Kohnmann'schen. Die dort arbeitenden Tischler verlangten höheren Lohn, sie wurden ausgelohnt und durch Streikbrecher ersetzt. Wie es in solchen Fällen sich gebiert, wurde die Fabrik von einzelnen der Streikenden beobachtet, auch sollen Versuche gemacht sein, die zur Arbeit Antretenden „einzuschütern“. So wurde der Tischlergeselle Feinze von dem Tischlergesellen Emil Köthig angehalten und aufgefordert, nicht zur Arbeit in der Fabrik anzutreten. Als er dies ablehnte, sollen ihm Prügel in Aussicht gestellt sein. Als Feinze am Abend die Fabrik verließ, wurde er von Köthig unansft mit den Fäusten berührt. Letzterer hatte sich aus diesem Anlaß wegen Körperverletzung und Vergehens gegen § 133 der Gewerbe-Ordnung vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten; er wurde zu zwei Wochen Gefängnis verurtheilt.

Der Regisseur des Berliner Theaters, Schauspieler Emil Arthur Berlin, hatte am Dienstag vor dem Potsdamer Schöffengericht eine Castralle als Angeklagter wegen öffentlicher Beleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu geben. Es handelte sich um eine Affäre, die derselbe am Sonntag, den 18. September als Radfahrer in Potsdam erlebte. Der Gerichtshof sprach Berlin von der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt frei, da das subjektive Empfinden des an der Sache beteiligten Schumanns nicht maßgebend sei für die objektive Feststellung, ob Berlin einen thätlichen Angriff beabsichtigt habe. Wegen der öffentlichen Beleidigung wurde Berlin zu 25 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Schauspieler Merzbach, welcher in der Begleitung B.'s gewesen war, hatte bereits eine Strafe von 3 M. für das Einkahren bezahlt. Möchte in ähnlichen Fällen ähnlich milde geurtheilt werden.

Wegen fortgesetzter Kindermisshandlung hatte sich gestern das Schloffer Krawitzsch'sche Ehepaar vor der 183. Abtheilung des Amtsgerichts I zu verantworten. Die angeklagte Frau hatte ein uneheliches Kind in die Ehe mitgebracht und dieses arme Wesen, die jetzt 7 bis 8 Jahre alte Toni Schmidt, scheint dem Ehepaar sehr im Wege gewesen zu sein. Es wurde auf das abscheulichste gemißhandelt. Der Gerichtshof erkannte gegen die Eltern auf je einen Monat Gefängnis.

In der Beleidigungssache des Margarinefabrikanten und preussischen Landtags-Abgeordneten Mohr-Bahrenfeld gegen die „Wormser Zeitung“ wurde Redakteur Ludwig Schaper zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt. Ferner wurde dem Privatkläger Publikationsbefugniß in der „Wormser Zeitung“, der „Frankfurter Zeitung“ und den „Alltoner Nachrichten“ zurkannt.

Gegen dieses Urtheil wird vom Verurtheilten Berufung eingelegt werden.

Mohr-Boykott durch Rechtsanwälte. Mohr hatte auch gegen den Redakteur des „Köthener Tageblatt“ die Verleumdungsklage angehängt. Der auf den 12. Dezember angesetzte Verhandlungstermin mußte jedoch Tags vorher aufgehoben werden, weil keiner der am Amtsgericht Köthen zugelassenen Rechtsanwälte die Vertretung des Privatklägers zu übernehmen sich bereit erklärt hatte.

Rohe Mißhandlung eines Arbeiters führte den Kaufmann Lippmann und seinen Buchhalter Karaschewski vor das Schöffengericht. Der Arbeiter Röhl war am 17. September d. J. in Gemeinschaft mit Karaschewski damit beschäftigt, auf dem Hofe seines Arbeitgebers Lippmann einen beladenen Wagen weiter zu schieben. Er soll hierbei, wie die Angeklagten angeben, absichtlich bemüht gewesen sein, dem Buchhalter den Wagen auf den Leib zu schieben, was Lippmann dadurch verhindert habe, daß er den Röhl zurücktrieb und ihn dann ins Komptoir rief, um ihn zu entlassen, bei welcher Gelegenheit Röhl angeblich ohne Veranlassung auf seinen Chef einschlug und dieser sich zur Wehr setzte. Nach Aussage Röhl's und anderer Zeugen trug sich der Hergang aber folgendermaßen zu: Beim Schieben des Wagens gerieth Röhl mit Karaschewski in Wortwechsel. Darauf stürzte der Prinzipal Lippmann auf den Arbeiter los, rief ihm ins Gesicht und dann mit dem Gesicht an den Wagen und auch Karaschewski trug sein Theil zu den rohen Mißhandlungen bei, indem er den Röhl an der Nase packte und diese herumdrehte. Nach diesem Vorfall auf dem Hofe rief Lippmann den Arbeiter ins Komptoir, um ihm seine Entlassung zu geben. Was nun zunächst geschah, darüber werden von den Theilnehmern ganz entgegengesetzte Angaben gemacht. Lippmann behauptet, er habe dem Röhl Vorhaltungen über sein Verhalten gegen ihn gemacht, worauf Röhl mit den Worten: „das kann gleich wieder losgehen, auf den Angeklagten Lippmann einschlag, dem dann Karaschewski zu Hilfe kam. Dann die beiden sich des Röhl erwehrt und ihn dabei auch geschlagen. Diese Angabe bekräftigt der Neffe der Frau Lippmann, der in Lippmann's Geschäft als Buchhalter angestellt ist. Dagegen giebt Röhl an, als er in das Komptoir trat, habe ihn Lippmann sogleich mit einem Ochsenziemer über den Kopf geschlagen. Diesen Schlag habe er mit dem Arm zu pariren gesucht, er erhielt aber noch zwei Schläge auf den Kopf, worauf er zu Boden stürzte, dann sei der zweite Angeklagte mit einer Reitpeitsche dazu gekommen und nun hätten beide Angeklagte gemeinsam ihn in der rohesten Weise geprügelt. Daß Röhl, als er am Boden lag, von den Angeklagten fürchterlich mit Ochsenziemer und Reitpeitsche zugerichtet worden ist, konnten auch andere Zeugen bestätigen, diese hatten jedoch nicht gesehen, wer im Komptoir angefangen hatte, zu schlagen. Durch sachverständiges Gutachten dreier Aerzte wurde festgestellt, daß Röhl infolge der am 17. September erlittenen Mißhandlungen noch heute arbeitsunfähig ist. Er hat eine Gehirnerschütterung erlitten, die wieder eine Nervenerkrankheit nach sich gezogen hat, deren völlige Heilung sich noch gar nicht absehen läßt; ja es ist nicht ausgeschlossen, daß er dauernd im Siechtum verfallt. Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme erklärte sich das Schöffengericht für unzuständig, und verwies die Sache, weil eine schwere Körperverletzung vorliege, an die Strafkammer.

Antisemitisches. Aus Hamburg wird uns berichtet: Vor dem hiesigen Landgericht, Strafkammer III begann heute die Verhandlung gegen den Juwelier Panz aus Altona und den früheren Verleger der antisemitischen „Abwehr“ Sübner wegen wiederholter öffentlicher Verleumdung des Kommerzienraths Niedemann und des Kaufmanns G. Siemers. Der dritte Angeklagte, der frühere Redakteur der „Abwehr“ Alexander Bald ist wegen Urkundenfälschung vor einiger Zeit von Hamburg geflüchtet und wird flehentlich verfolgt. Es handelt sich in der Sache um Artikel zweier Nummern der „Abwehr“ vom April vorigen Jahres. In denselben werden Niedemann und Siemers des Betruges, des Diebstahls und verschiedener anderer Verbrechen beschuldigt. Die Vorgänge, welche in den Artikeln besprochen wurden, liegen 9 Jahre zurück. Im Jahre 1887 spezialirte der Angeklagte Panz nämlich in Petroleum und hierbei will er von Siemers, der Inhaber einer großen Petroleumimportfirma ist, hauptsächlich aber vom Kommerzienrath Niedemann, der alleiniger Richter des Hamburger Petroleumhafens ist, um etwa 20000 M. übervertheilt sein. Dieser Straßsache gingen mehrere Zivilprozesse und Denunziationen des Panz gegen N. und S. voraus. Panz hat sich auch an den Hamburger Senat, das preussische Ministerium, den Reichskanzler, den Kaiser und den Reichstags-Abgeordneten Frohme gewandt. Als es ihm nicht gelang, diese Personen für seine Sache zu interessieren, übergab er der „Abwehr“ sein Material zum Abdruck, die gegen eine Vergütung von 100 M. dann im echten antisemitischen Radikalstil ins Zeug ging. Auf Antrag der Verleumdigen hat der Staatsanwalt „im öffentlichen Interesse“ Anklage erhoben, der sich Niedemann und Siemers als Nebenkläger angeschlossen. Für die Verhandlung, zu der etwa 30 Zeugen und 6 Sachverständige geladen sind, sind 4 Tage angesetzt. Heute wurden die Angeklagten und die Nebenkläger vernommen, deren Aussagen nichts Interessantes bieten. Da Panz jedoch den Wahrheitsbeweis erbringen will, dürfte die Verhandlung noch recht interessant werden.

Wenn wir nicht irren, hat der wackere Alexander Bald einmal ein Subelblatt zur speziellen Bekämpfung des „Vorwärts“ gegründet. Das Blättchen, von dem nur wenige Nummern erschienen sind, hieß „Anti-Vorwärts“.

Bürgermeister Scherer von Riddingshausen, der zur Zeit wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung im Amte eine 6 1/2 jährige Zuchthausstrafe verbüßt, wurde, wie die „Frankf.“ meldet, vom Schwurgericht Gießen zu einer Zuchthausstrafe von 4 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilt, ebenfalls wegen Urkundenfälschung und Betrugs. Er hatte in seiner Eigenschaft als Ortsgerichtsvorsteher Privaturkunden gefälscht, die ihn oder seine Angehörigen in den Besitz von Grundstücken verschollener Personen brachten. Ferner schwebt noch ein Verfahren gegen ihn wegen Verleitung zum Meineid.

Wegen Körperverletzung im Amte hatte sich der Bürgermeister Udelhäuser aus Wadesheim vor der Strafkammer in Mainz zu verantworten. Nach den Aussagen eines Zeugen hatte der gestrenge Herr Bürgermeister einem Arbeiter, der öffentlich behauptet hatte, die Hähner des Bürgermeisters würden mit polizeilich konfisziertem Brod gefüttert, vier Faustschläge ins Gesicht versetzt, ihn alsdann an der Gurgel gepackt und gewaltsam aus seinem Bureau hinausgestoßen. Der Staatsanwalt brachte dieserhalb eine Gefängnisstrafe von einer Woche in Antrag, der Gerichtshof fasste jedoch die Sache milder auf, indem er anmahnt, daß der Angeklagte nicht in Ausübung seines Amtes, sondern als Privatperson die Mißhandlungen begangen habe. Das Urtheil lautete demgemäß nur auf eine Geldstrafe von 25 M. R.

In Wien steht gegenwärtig vor dem Gericht eine internationale Einbrecherbande, die in den verschiedensten deutschen Großstädten nach raffiniertem System verläßt hat. Vor dem Richter stehen der berühmte Papalosta, der „König der Einbrecher“, wie er in seinen Genossenschaftskreisen genannt wird, und seine Helfershelfer Affendatis, Stalio und Pribojac, der auch den Namen Affie führt. Seit Mai 1893 wurden in den verschiedensten Städten, wie Wien, Graz, Prag, Pest, München, Leipzig, Dresden, Stuttgart u. s. w., Kasseneinbrüche verübt, welche durch die augenscheinlich ganz besondere Beschaffenheit der Einbruchswerkzeuge, sowie durch den Umstand, daß die

gestohlenen Effekten niemals in den betreffenden Städten verwertet wurden, Aufsehen erregten. Erst im Februar 1895 gelang es der Pesther Polizei, die Verhaftung der Diebe: Dimitri Papalosta, Perikles Affendatis, Mattes Stalio und ihrer Genossen Giffo Simic-Pribojac alias Affie alias Joffisso und Aristides Bassaretos anlässlich der Kasseneinbrüche bei den Firmen Samuel Markus und Berg u. Mayer zu erwirken. Eine Vergleichung dieser zwei Einbruchswerkzeuge mit den vielfachen in Wien und in anderen Städten seit 1893 verübten Diebstählen an bisher für einbruchsfähiger gehaltenen Kassen ergab zur Evidenz, daß die in Pest verhafteten Einbrecher auch die anderen Verbrechen verübt haben mußten.

Versammlungen.

Eine Bäckerversammlung tagte am Dienstag, den 15. d. M., nachmittags von 4 Uhr an, im Keller's Festsaal, Koppenstraße. Trotz des überaus ungünstigen Wetters fanden sich gegen 1200 Bäcker ein. Liebknecht, der über den Maximalarbeitsstag und die Umsturzbestrebungen der Innungsmeister sprach, zeigte, wie die gräulichen Zustände im Bäckergewerbe schon vor 40 Jahren in England zu einer Enquete geführt hatten, und wie die deutsche Regierung zu der Verordnung des 4. März d. J. sich erst entschlossen habe, nachdem geradezu haarsträubende Zustände auch im deutschen Bäckergewerbe aufgedeckt worden. Das Geschrei der Innungsmeister, daß die 12 stündige Arbeitszeit nicht möglich, sei Nebelwollen entsprungen — sie wollten die Arbeiter unbeschränkt ausbeuten. Wenn die Arbeiter in Eile, Brüssel, Gent und anderen Städten den Achtstundentag in Bäckereien durchzuführen könnten, dann sei der Zwölfstundentag doch sicherlich nicht undurchführbar. Leider sei die Regierung schwach, und die Innungsbrüder hofften auf mächtige Freunde in den oberen Regionen. Da müßten die Bäcker sich selbst helfen und eine kräftige Agitation für den Maximal-Arbeitsstag ins Werk setzen. Das schlimmste Hindernis ist die Trägheit der meisten Bäcker. Von über 5000 in Berlin sind keine 400 organisiert, und diese noch in zwei Organisationen. Mit energischen Worten sprach nun der Vortragende über die Nothwendigkeit der Organisation, in welcher die einzige Rettung liege. Er befürwortete die Einberufung von Protest-Versammlungen, wenn der Antrag auf Abschaffung der Verordnung des 4. März im Reichstag vorkommen sollte und rief, zu diesen Versammlungen Abgeordnete einzuladen — namentlich auch die Innungsfreunde, denen dann tüchtig gebietet werden würde.

Eine Resolution zu Gunsten des Maximal-Arbeitsstages mit einer Aufforderung an den Reichstag, reaktionäre Attentate zurückzuweisen, ward mit großem Enthusiasmus einstimmig angenommen und die praktische Wirkung des Vortrages war, daß in die Mitgliederliste der Bäckerorganisationen sich eine beträchtliche Zahl der Anwesenden einzeichnete.

Vermischtes.

Eine interessante Neuerung im Fahrradbau hat ein Charlottenburger Mechaniker erfunden und patentamtlich schützen lassen. Es handelt sich um eine von der bisherigen abweichende Sitzvorrichtung, die nach verschiedenen Richtungen hin wesentliche Vortheile gewährt. Im Gegensatz zu den bisher üblichen Sätteln ist der neue, stuhlartig eingerichtete Sitz beweglich, so daß er dem Druck der Schenkel nachgibt. Außerdem ist er mit einer Leuchte versehen, die dem Rücken einen festen Halt gewährt und solcherweise eine bedeutend erhöhte Kraftentwicklung zuläßt. Das Vorderrad ist um ein Drittel verkleinert, was eine wesentliche Verkürzung der Maschine und eine dieser entsprechende Gewichtsverminderung zur Folge hat. Der Unterschied zwischen Herren- und Damenrad fällt fort und die Gefahr bei etwaigen Stürzen ist bedeutend vermindert. Die Maschine ist bereits praktisch erprobt und hat namentlich auch beim Bergfahren vorzügliche Resultate ergeben. Von großer Wichtigkeit ist schließlich, daß der Fahrer unter allen Verhältnissen einen bequemen geraden Sitz hat.

Zum Untergang des deutschen Schiffes „Rajah“. Der gerettete Berliner, der Leichtmatrose Hermann Löper, hat nach Bremen einen Bericht gelangen lassen, der den Untergang des „Rajah“ und die Rettung der beiden Seeleute schildert: Danach haben der Steuermann Jaussen, der Matrose Holz außer den beiden geretteten gemeinschaftlich in einem Boot das Schiff verlassen, nachdem die Masten desselben gebrochen und das Schiff ein See hatte. Sie irrten zwei Tage auf hoher stürmischer See herum, und halb erstarrt wurden sie von dem Dampfer „Springwell“ aufgenommen, der durch glückliche Hilferufe auf die Unglücklichen aufmerksam gemacht worden. Holz und Jaussen waren bereits auf dem schwerbeschädigten Boot gefallen und bei Bitt und Coeper hätte es nur noch kurze Zeit bedurft und beide wären ebenfalls ertrunken. Der Kapitän vernahm Hilferufe und ließ stoppen, und nachdem unter großen Anstrengungen in die stürmisch bewegte See ein Rettungsboot heruntergelassen, bestiegen es der erste Offizier und vier Mann, denen nach längerem Suchen unter Einsetzung des eigenen Lebens die Auffindung der Schiffbrüchigen trotz finsterner Nacht gelang. Der „Springwell“ brachte beide nach Swansea.

Ein Achtundvierziger. Theophil von Benst, ein ehemaliger preussischer Offizier, der nebst seinem Bruder Fritz an den deutschen Revolutionskämpfen theil nahm und 1849 in die Schweiz flüchtete, von wo er 1850 nach Amerika auswanderte, ist vor 14 Tagen in New-York gestorben. Er war 40 Jahre lang Redakteur der „New-Yorker Staatszeitung“, die ein vollständiges Bourgeoisorgan geworden ist. Der Bruder Fritz, der sich demokratische Grundsätze bewahrt hat, sieht in Zürich an der Spitze einer Erziehungsanstalt.

Eine Seltsamkeit fürs Panoptikum. Aus Zeitz wird berichtet: Zu den größten Seltsamkeiten gehört es jedenfalls, daß ein Arbeiter oder Angestellter, der mit der Ankündigung einer Erhöhung seines Lohnes oder Gehaltes durch den Geschäftsinhaber überrascht wird, nicht darauf eingeht und das Aufkommen dankend zurückweist. Hier ist dies vorgekommen. Ein älterer verheirateter Meister in einer größeren Fabrik lebte kürzlich die ihm zuge dachte Aufbesserung mit den Worten ab, daß er sein Auskommen habe und nicht mehr brauche. Schon früher war ihm dasselbe Angebot gemacht worden. Er hat jetzt abermals mit zufriedener Miene unter Ausdrücken des Dankes auf die ihm zuge dachte Erhöhung seines Einkommens verzichtet. Der Mann sollte noch im Tode ausgestopft und der unglücklichen Proletarier-Nachwelt als Musterexemplar konserviert werden, vorausgesetzt, daß er nicht vorher wegen Altersschwäche und Unbrauchbarkeit auf die Straße geworfen und dadurch doch „ungenügsam“ gemacht worden ist.

Studentenboykott. Vor einigen Wochen kam es in Straßburg im Chemiekolleg Professor Fittig's zwischen dem allothringischen Studenten François und dem altdutschen Studirenden Martin zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf François dem Martin mit Ohrfeigen drohte. Martin zeigte den Zwischenfall dem Rektorate an. Daraufhin wurde von der akademischen Behörde gegen François wegen ungebührlichen Benehmens und Verleumdung eines Kommilitonen auf Verweisung von der Universität erkannt. Das Vorgehen Martin's sowie die Härte der Strafe erregten bei dem eingeborenen Theile der Studentenschaft Entrüstung. Seit der vor einigen Tagen am schwarzen Brett erfolgten Veröffentlichung der Relegation ward Martin beim Eintritt in das Fittig'sche Kolleg von eingeborenen Hörern mit Zischen, Pfeifen und demonstrativen Rufen begrüßt. In einer Versammlung eingeborener Studirender verschiedener Fakultäten wurde beschlossen, eine Petition an die akademischen Behörden abzuschicken, in der die Bestrafung als zu streng bezeichnet und um Zurücknahme der

Relegation ersucht wird. Das Rektorat hat hernach in einem Erlass darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Versuch der Wiederholung der Benehmens mit äußerster Strenge geahndet werde und für die Tumultuanten die Fortsetzung ihres akademischen Studiums auf dem Spiele stehe. Das Disziplinaramt könne und werde es nicht dulden, daß Studirende, die rohen Verleumdungen gegenüber den Schülern der akademischen Disziplin anrufen, zum Zeitpunkt beschimpfender Erzeße gemacht und dadurch auf den Weg des Zweikampfs oder der thätlichen Selbsthilfe gedrängt werden. Infolge des Rektorats-Erlasses beschlossen am Montag die eingeborenen Studenten, dem Fittig'schen Chemie-Kolleg bis auf weiteres fernzubleiben. Auch in anderen Hörsälen ist ein Streik der Eingeborenen beabsichtigt.

Ein Kulturbild vom Kultus des Duellmordes. Aus Passau schreibt man der Münchener „Freien Presse“: Es mag jetzt ungefähr 5 Wochen her sein, als ich in einem hiesigen Gasthaus als Gast anwesend war. An meinem Tisch saßen zwei Herren, welche sich gegenseitig als Kollegen betitelten. Hier von las einer aus einer Zeitung vor, daß Roge in Glay im ersten Hotel dintre, täglich eine Flasche Champagner trinke und alle vier Wochen den Versuch seiner Frau entgegenzunehmen darf. Der Leser fügte bei: „Der Mann kann es in Glay aushalten.“ Hieraus erwiderte sein Kollege: „Aber wir in Passau haben es doch schöner, wenn wir wollen, können wir uns auch täglich eine Flasche Champagner kaufen, und dann haben wir vor dem Roge immer noch den Vortheil voraus, daß er nur alle vier Wochen seine Frau sehen kann, wir aber jeden Tag ein anderes Mädchen haben.“ Des anderen Tages kam ich in das gleiche Gasthaus, da saßen 6 oder 8 Herren in der animirtesten Stimmung beisammen. An der Straße vorübergehenden Mädchen riefen sie: „Hierher, herein“ zu und dann schlug einer vor, das Lied vom Oberhaus zu singen, und sie begannen zu singen, wie folgt: „So lang der Paulusbogen in Passau noch besteht, so lang die blaue Donau an Passau vorbeizieht, so lang es Duellanten noch giebt im Oberhaus, so lang stirbt die Gemüthlichkeit in Passau niemals aus.“

Dann spielte ein Herr Klavier, während die andern sich mit Tangen unterhielten. Dieser Vorfall zeigt so recht deutlich, wie sich diese Besessenen (???) über die Abbüßung ihrer Strafe öffentlich beklagen und dadurch die Strafanstalt zu Oberhaus ein „Sanssouci“ der Duellanten wird. — So weit der Gewährsmann der „Fr. Pr.“ Sozialdemokratische Redakteure werden in Fesseln durch die Strafen geführt, in den Gefängnissen bei äußerst mangelhafter Nahrung zu harten ungewohnten Arbeiten angehalten und oft jeglicher Freiheiten beraubt. Merke Dir den Unterschied, deutscher Arbeiter, in der Behandlung von Todtschlägern und Männern, die im Kampfe für die Befreiung des Volkes ein scharfes Wort gebraucht haben!

Der aus Antwerpen als angeblich verloren gemeldete Hamburger Postdampfer „Eduard Bohlen“ ist, wie aus Hamburg berichtet wird, am 14. Dezember wohlbehalten in Las Palmas angekommen.

Zu der Explosion in Aschaffenburg, bei welcher zahlreiche Arbeiterinnen im Betriebe der Zündholzwaaren-Fabrik von Ludwig Cromer auf die entsetzlichste Weise getödtet oder verkrüppelt worden sind, wird noch berichtet: Nach einer Meldung der „Aschaffener Zeitung“ hat die Explosion, welche, wie bereits gemeldet, die elektrische Zündwaaren-Fabrik von Cromer in Trümmer legte, in dem Hauptraum derselben stattgefunden. Von den hier befindlichen 15 Arbeiterinnen wurden 8 getödtet, die übrigen sieben starben bald nach dem Transport in das Krankenhaus. Von den sieben im Nebenraum befindlichen Arbeiterinnen erlitt eine tödtliche Verletzung, die übrigen sind mehr oder minder schwer verwundet. Von drei zur Zeit in der Fabrik befindlichen Arbeitern wurde einer getödtet, zwei schwer verwundet. Die Ursache der Explosion ist bisher noch nicht festgestellt, da alle im Hauptraum befindlichen Personen getödtet sind.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Aschaffenburg meldet, befinden sich unter den Trümmern der durch eine Explosion zerstörten Zündwaaren-Fabrik von Cromer noch 10 bis 12 Personen. Die Feuerwehr und das Militär arbeiten angestrengt, um die unter den Trümmern Liegenden herauszuschaffen.

Aus Bern wird berichtet: Der Ständerath genehmigte ohne weitere Besprechung den Vertrag mit Italien über den Simplon-Durchschnitt. Der Ausschuß betont, daß die Lasten der Schweiz im Vergleich zu den Leistungen Italiens unverhältnismäßig große sein, dafür dürfe aber das kleine Land stolz sein auf das große Werk, das es fast allein aus eigenen Kräften vollbringe.

Im Hotel Milano zu Neapel verwundete sich der bekannte Mechaniker Moriz Frankl durch einen Revolver-schuss in den Kopf tödtlich. Als Motiv der That wird unglückliche Liebe angenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (welche auch Buchstaben oder eine Noth angegeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll).

Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends, abends von 7-8 Uhr, statt.

S. 29. S. Grätsche, Bremerstr. 50.

Carl Sch. Sind wirkliche Mißstände zu rügen, so ist es selbstverständlich, daß wir die Angelegenheit behandeln. Ueber die Annahme eines Artikels können wir nicht eher entscheiden, als bis wir ihn gelesen haben.

E. R. 35. Nein; Sie können dann aber die Reparatur vornehmen lassen und dann die Reparaturkosten gegen den Wirth einlagen. — J. 799. Sie können Klage wegen Verleumdung erheben. Die Inanspruchnahme der Polizei würde nichts nützen. — M. D. Der Rechtsanwalt, der Sie im Termin nicht vertreten hat noch hat vertreten lassen, hat keinen Anspruch auf Gebühren, sondern ist zur Rückzahlung des Vorschusses bis auf etwa 5 M. verpflichtet. Fordern Sie ihn hierzu auf und verklagen Sie ihn eventuell. Die Gerichtskosten müssen Sie zahlen.

Witterungsübersicht vom 16. Dezember 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (9°C = 49° F.).
Swinemünde	754	W	3	wolkig	-2
Hamburg	757	WSW	1	bedeckt	-2
Berlin	756	W	3	bedeckt	-2
Biesbaden	759	W	2	bedeckt	0
München	757	W	4	Schnee	-2
Wien	754	WSW	4	halb bedeckt	1
Saparanda	—	—	—	—	—
Petersburg	761	OSO	2	bedeckt	-5
Coel.	757	WS	4	heiter	4
Aberdeen	753	WSW	1	wolkig	1
Paris.	760	S	1	Dunst	-1

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 17. Dezember 1896. Theils heiter, theils neblig, mit gelindem Frost und schwachen südlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Zur Lage des Bureau-Personals der Rechtsanwälte und Notare.

Dem Leser des „Vorwärts“ dürfte bekannt sein, daß zur Zeit unter den Schreibern Berlins eine lebhaftere Bewegung im Gange ist, welche ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse, um es kurz zu sagen, zunächst auf die Stufe heraufheben soll, die im „ortsüblichen Tagelohn“ ihren wohl sicher bescheidenen Ausdruck findet. Das Schreiberelend ist ja sprichwörtlich geworden, aber doch dürfte es jetzt, wo die Organisation der Rechtsanwälte der Reichshauptstadt, der Berliner Anwaltsverein, vor die Entscheidung gestellt ist, ob er die in einem Regulativ aufgestellten Mindestforderungen anerkennen und durchführen will, gerade recht an der Zeit sein, daß wenn auch noch spärliche sozialstatistische Material über die in den Anwaltsbureaus herrschenden Zustände weiteren Kreisen bekannt zu geben, damit der Druck der viel geschmähten öffentlichen Meinung mithilft, ein Anbeutungssystem zu beseitigen, das man mit Zug und Recht als eine Schmach und Schande für den vornehmen, durch Berufslammern und liberalste Gebühren-Ordnung sittlich und wirtschaftlich „befähigten“ Stand der Advokaten bezeichnen darf.

Eins der Grundübel des Berufs ist das Belehrlingswesen oder richtiger Unwesen, mit bedingt durch den Umstand, daß die meisten jungen Leute, die in ein Anwaltsbureau eintreten, dies nur in der Absicht thun, nach ein paar Jahren eine andere Karriere zu ergreifen. Leider ist es aber heute bei dem riesig angewachsenen geistigen Proletariat und dem Andrang der mit der Schreibmaschine eingeführten weiblichen „Hände“ schon ein Glückfall, wenn der Schreiberlehrling etwa bei Berufsgeoffenenkassen, Versicherungsanstalten oder gar bei Behörden ein immerhin etwas weniger schmales Brot findet. So sind viele Menschen verurteilt, ihr ganzes Leben im Dienste der Anwälte zuzubringen und was das bedeutet, werden später folgende Zahlen beweisen.

Zu welchen Resultaten die seitens der Anwälte beliebte Ausnutzung vorwiegend jugendlicher Arbeitskräfte unter Umständen führt, das beweist der Fall Werner. Die jungen Leute in den Anwaltsbureaus wachsen ohne Aufsicht (der Arbeitgeber kümmert sich um seine „Lehrlinge“ meistens nur so weit, als er darauf achtet, daß sie auch die genügende Seltenzahl täglich fertigstellen) in einer moralisch und sittlich äußerst gefährlichen Atmosphäre heran. Der ständige Hektik geht gar vielen verloren; wozu natürlich die Hungerlöhne in hervorragendem Maße mit die Ursache sind. Wer Gelegenheit gehabt hat, öfter in einem Anwaltsbureau zu verkehren, dem wird schon unangenehm aufgefallen sein, daß meistens junge unerwachsene Leute das Bureaupersonal bilden.

Zur Kennzeichnung, in welchem Umfange jugendliche Arbeitskraft angewandt wird, stellen wir die aus Angaben der Arbeitgeber für die Orts-Krankenkassen gewonnenen Zahlen hierher:

Von 1555 im Jahre 1893 in der hiesigen Orts-Krankenkasse versicherten, bei Rechtsanwälten, Notaren und Gerichtsvollziehern beschäftigten Personen befanden sich 785 Personen in einem Alter von 14—18 Jahren, 412 Personen in einem Alter von 18—25 Jahren und endlich nur 358 Personen in einem Alter von über 25 Jahre. Mithin sind 77 pCt. 14—25 alte und nur 23 pCt. über 25 Jahre alte Personen im Dienste beschäftigt.

Im Jahre 1893 arbeiteten in ca. 250 Anwaltsbetrieben 51 Knaben unter 15 Jahren, 849 Personen von 15—20, 556 von 20—30, 106 von 30—40, 53 von 40—50, 31 von 50—60, 23 von 60—70, 2 von 70—80 Jahren, insgesamt 1471 Personen.

Darvon erhielten 185 100 M. oder mehr, 573 zwischen 50 und 100 M. 913 weniger als 50 Mark pro Monat!!!

Zur schärferen Beleuchtung zeigen wir noch, wie hoch der Anteil einzelner besonders glücklicher an diesen Durchschnittslöhnen war. Ein 34-jähriger Bureauvorsteher war mit 7 M. pro Woche, ein 46-jähriger mit 11 M., ein 63-jähriger mit 14 M. pro Woche aufgeführt. Ein 20 Jahre alter Schreiber erhielt 2,33 M. Wochenlohn, ein 18 Jahre alter 2,50 M.! Hieraus erhellt, daß eine größere Anzahl von Leuten, die 20 und mehr Jahre alt sind, sich mit einem Monatsgehalt von weniger als 50 Mark durch das Leben schlagen müssen in einer Stadt, wo eine elende Schlafstelle inkl. Zichorienwasser 9—10 M. pro Monat kostet. Da die Schreiber anständig gehen, d. h. im Rock und Kragen arbeiten müssen, kann man sich ein Bild machen, wie diese bedauernswürthen Menschen sich nähren. Viele ziehen denn auch das Betteln und Landstreichen dem Arbeiten und Hungern vor. 1894 wurden nach einer Veröffentlichung des statistischen Amtes der Stadt Berlin allein beim Landgericht 131 Schreiber wegen Bettelns und 90 Schreiber wegen Landstreichens verurteilt.

Gerade die Bureauwachen sollten in der Lage sein, gute, nahrhafte und leicht verdauliche Speisen zu sich zu nehmen, da die sitzende Lebensweise auf die Verdauungsorgane und deren Funktionsfähigkeit empfindlich störend einwirkt. Ueber die Rückwirkung dieses lokalen Übels auf die ganze körperliche und geistige Verfassung des Menschen wollen wir hier kein Wort verlieren, nur sei uns noch der Hinweis gestattet, daß ein hoher Prozentsatz der Anwaltschreiber schon ohne dies an körperlichen Gebrechen leidet, daß sehr viele Krüppel sind. Diese armen Menschen müssen für die oben mitgetheilten Löhne täglich 10 und mehr Stunden arbeiten, — Nebenstunden umsonst oder für, eine Zigarre, Bier und eine Stulle leisten in Zimmern zum Theil, die allen Anforderungen der Hygiene Hohn sprechen. Als Bureau ist das schlechteste Gefäß der Wohnung gut genug, nach hinten heraus, wo es selten oder nie vollständig hell wird und die künstliche Beleuchtung die Schädlichkeit der Bureauluft noch erhöht.

An schleichender Selbstvergiftung sterben die meisten Schreiber, die, vom ewigen Hungern müde gemacht, kein Geld und keine Zeit haben, um ihren Lungen ab und zu mal frische freie Waldluft zuzuführen, nachdem sie tagaus tagein den mit giftigen schädlichen Fettsäuren — Abwärmungsprodukten — geladenen Atmungsorganen in sich gefangen haben. Ein Merkmal dieser Vergiftung ist die „Zimmerfarbe“ des „Stubenhockers“.

Daß die Schreiber frühzeitig dahinsterven, kann man aus vorstehendem schon schließen. Allerdings liegen uns keine Zahlen vor, die in dieser Beziehung beweiskräftig wären. Wir sind aber in der Lage, wenigstens ziffermäßig zu zeigen, daß die Bureauarbeit überhaupt bei weitem ungesunder ist, als das gewöhnlich angenommen wird. Nach einer Statistik der sächsischen Staatsbahnverwaltung vom Jahre 1894 waren die Bureaubeamten immer am längsten erkrankt und von den Erkrankten starben mehr als dreimal soviel als von den Erkrankten des Zug- und Beförderungsdienstes! Daß diese hohe Differenz zufällig sein sollte, ist nicht anzunehmen, da die Statistik das Königreich Sachsen, also immerhin einen großen Raum, umfaßt.

Wie schlecht die Gesundheitsverhältnisse der in den Berliner Anwaltsbureaus Beschäftigten sind, ergibt auch die Statistik der hiesigen Orts-Krankenkasse über die vorerwähnten Sterbefälle.

Im ersten Betriebsjahre — 1893 — starben von den zitta 2000 Mitgliedern der genannten Kasse 18, und zwar 15 aus den Betrieben der Anwälte und Gerichtsvollzieher, davon 13 an Schwindel und Herzleiden. Im zweiten Betriebsjahre — 1894 — starben insgesamt 25 Personen, d. h. 1 pCt. des Mitgliederbestandes. Nach den vorliegenden Jahresberichten anderer Orts-Krankenkassen der höchste Prozentsatz und zwar wiederum 15 Mitglieder aus

dem Betriebe der Rechtsanwälte, davon 11 Mitglieder an Schwindel und Herzleiden. Im vergangenen Jahre sind insgesamt 24 Sterbefälle zu verzeichnen, wovon wiederum das größte Kontingent Schwindelkranke aus den Betrieben der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher. Von den 15 aus den Betrieben der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher Verstorbenen ist die Todesursache wiederum in 11 Fällen Lungen-, Nieren- oder Herzleiden.

Von den in diesem Jahre bisher vorgekommenen 16 Sterbefällen (bei ca. 1500 Versicherten) ist die Ursache wiederum in 11 Fällen Lungenschwindsucht und in 4 Fällen Selbstmord.

Wenn diese Statistik auch noch eine dürftige, über eine kurze Zeit sich erstreckende ist, so beweist sie doch zur Genüge, daß die Sterblichkeit im Berufsstand trotz des in demselben thätigen jugendlichen Menschenmaterials eine außerordentlich große ist und ferner, daß fast sämtliche, mindestens aber 80 pCt. Todesfälle Schwindelkranke zur Ursache haben.

Daß sich in einem Beruf, dessen wirtschaftliche Verhältnisse so trauriger Art sind, noch schaaarenweise Leute drängen, die im Erstlingskampf an anderer Stelle Schiffbruch gelitten haben, muß noch der Vollständigkeit wegen erwähnt werden und auch deshalb, weil dies Moment die Organisationsversuche so überaus schwierig gestaltet. — Münchener Blätter gaben im Jahre 1895 folgende Probe hierzu. Bei Bewerbung um eine Scribentenstelle bei einem Rechtsanwalt meldeten sich nicht weniger als 168 Bewerber im Laufe eines einzigen Vormittags, darunter befanden sich zwei Juristen, ein Mediziner, ein Philologe, abgesehen von einer Anzahl von Leuten, welche die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst und Gymnasialbildung hatten! Sollte man glauben, daß bei so überreichlichem Angebot von Arbeitskräften es noch Anwälte giebt, die sich nicht scheuen, Sträflinge ins Bureau zu setzen, wie es thatsächlich, zwar nicht in Berlin, aber in Wädrin und Oesterreich-Schlesien vorkommt? Darum giebt es zu viele hoffnungs- und nutzlose, ganz und gar geknickte und müde gemachte Personen in diesem Berufsstand, die für das armselige Stückchen Brot, das sich ihnen endlich wieder geboten hat, sich alles, auch eine niederträchtige Behandlung gefallen lassen. Denn auch in dieser Beziehung ist manches faul. Nicht selten titulirt der Anwalt seine Tintenkübel mit Vorbas, Gel, Schafkopf und ähnlichen aus der Umgangssprache der Gebildeten verbannten Anreden.

Leider hat nämlich dieser gegenwärtig noch alle Rechte auf seiner Seite. Der Bureauangestellte untersteht noch keinem Arbeiterschutz-Gesetz. Seine Stellung ist rechtlich nicht fixirt, ihm fehlt jedes Recht auf Kündigung, die Lohnzahlung steht im Belieben des Arbeitgebers, wie auch die Sonntagsarbeit. Und so müssen in Berlin noch die meisten Anwaltschreiber auch am siebenten Tage ins Bureau, obgleich nirgends leichter absolute Sonntagsruhe durchführbar wäre; wie sie denn auch schon in anderen Orten, in Mainz, Darmstadt, Eingang gefunden und hat demnach wohl auch in ganz Oesterreich dank der dort weiter gediehenen Organisation, gesetzlich festgelegt werden wird. Neben Einführung der Sonntagsruhe sind Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden und ein Minimallohn in Höhe des ortsüblichen Tagelohns sowie Regelung des Belehrlingswesens auf der Grundlage, daß jeder Arbeitgeber gehalten sein soll, bezüglich seiner Belehrlinge einen schriftlichen Lehrvertrag abzuschließen und die Belehrlingszucht durch entsprechende Bestimmungen einzuschränken, die Hauptforderungen, über deren Berechtigung nach vorstehenden Auseinandersetzungen wohl kein Wort zu verlieren ist.

Vom menschlichen Standpunkt erscheint es unsahbar, daß die Anwälte diesem Reformversuch gegenüber sich ablehnend verhalten sollten. Es wäre unerhört, nachdem ihre Kommission sich ihm rückhaltlos geneigt gezeigt hat.

Sei dem nun aber wie ihm wolle, der Zentralverein der Bureau-Angestellten hat sich durch sein energisches Vorgehen eine Position errungen, die zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt. Die anderen sogenannten Berufsvereine der Schreiber, namentlich der größte, der Leipziger Verband deutscher Bureaubeamten, der durch eine zünftliche Schreibmeister-Ordnung die Uebelstände beseitigen wollte, werden merken, daß sie abgedolzt werden, daß auch die Schreiber begreifen, wie nur eine vom Geiste der modernen Arbeiterbewegung erfüllte Organisation ihre Lage verbessern und sie vor der Verelendung retten kann. Was dem großen Verbands, über dessen — allerdings — zumeist abgeschmackte — Bittschriften die Anwaltsstage zur Tagesordnung übergangen, nie gelungen, das hat eine thätigkeitsreiche Bewegung in 2 Jahren erreicht, sie hat sich die Beachtung der Anwälte erzwungen, weil sie eben erst gemeint ist.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den ersten Berliner Wahlkreis hatte am 14. d. M. im Hansaviertel, Prensbürgerstr. 24, eine Versammlung einberufen, in der Genosse Stabernack in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: Politische Streifzüge sprach. Unter „Verschiedenes“ ergrünte die Mitglieder der Vergnügungsvereine mehr auf die Lokalität zu achten. Mit der Aufforderung, eifrig für den Wahlverein zu wirken, schloß die Versammlung.

Der Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Osten) hielt am Dienstag Abend im Lokal Königshaus seine Mitgliederversammlung ab. Auf Anlaß des abgewandten Beamten mußte eine anwesende Frau den Saal verlassen. In anbetradt des schwachen Besuches nahm die Versammlung von dem Vortrag des Genossen Meßger Abstand und beschäftigte sich mit dem Punkt Verschiedenes. Der Vorsitzende, Genosse Schneider, gab der Versammlung bekannt, daß die Protokolle des letzten Parteitages in sämtlichen Zahlstellen, wie beschlossen, zum Selbstkostenpreis zu haben sind. Des weiteren unterbreitet er einen Beschluß des Vorstandes, nach welchem jedem Zahlstellen-Inhaber am Sonnabend Abend eine Hilfskraft zur Seite gestellt wird, wozu die Versammlung ihr Einverständnis erklärt. Ein Antrag, die nächste Versammlung erst im Februar stattfinden zu lassen, wird nach kurzer Debatte abgelehnt. Mit dem Ersuchen, für die Folge für regere Theilnahme an den Versammlungen zu agitiere, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Südosten) hielt am 15. Dezember im Lokal von Henke, Naunynstraße, eine zahlreich besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende theilte zunächst mit, daß das Mitglied Karl Otto, ein braver Parteigenosse, aus dem Leben geschieden sei. Die Versammelten ehrten das Andenken des Todten durch Erheben von den Plätzen. Dann nahm Reichstags-Abgeordneter Bebel das Wort zu einem mehr als zweistündigen Vortrage, in dem er an der Hand der Ereignisse aus den letzten 3 1/2 Jahrzehnten nachwies, wie in Deutschland die sozialistische Bewegung mit der ganzen kapitalistischen und politischen Entwicklung fortgeschritten ist. In höchst feisler Darstellung bot der Referent so zugleich eine kritische Geschichte des neu-deutschen Reiches und eine Geschichte der Sozialdemokratie Deutschlands. Die Ver-

sammlungen folgten mit der größten Aufmerksamkeit den interessanten Ausführungen und spendeten am Schluß dem Redner reichen Beifall. Nach einer kurzen Diskussion, der sich ein Schlusswort anfügte, schloß die imposante Versammlung.

Der Verein Vorwärts hielt am Dienstag eine sehr gut besuchte Versammlung bei Bernau in der Schwedterstraße ab. Reichstags-Abgeordneter Peus hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Werden der sozialistischen Gesellschaft aus der kapitalistischen Gegenwart. Der Redner vertrat an der Hand unseres Parteiprogramms und unter Berufung auf zahlreiche Beispiele den Gedanken, daß sich die sozialistische Gesellschaft auf verschiedenen Wegen langsam aber sicher aus der kapitalistischen entwickeln und daß die Verwirklichung des praktischen Theils unseres Programms nach und nach zu diesem Ziele führe. Der Kapitalismus werde thatsächlich durch gesetzgeberische Maßnahmen in seinen absolutistischen Machtbefugnissen mehr und mehr beschränkt, so daß wir, wenn die Entwicklung in dieser Weise weiter gehe, eines Tages dahin kommen müßten, wo selbst die Kapitalisten einsehen, daß sie überflüssig sind. Dann hätten wir die sozialistische Gesellschaft. In der Diskussion nahm auch der national-soziale Pfarrer Raumann das Wort. Er wandte sich in längeren Ausführungen gegen die sozialdemokratischen Theorien und betonte, daß es nur darauf ankomme, diejenigen Forderungen zu vertreten, die dem Arbeiter in der Gegenwart nutzen, ohne Rücksicht darauf, ob sie mit den prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie übereinstimmen. Die von Peus vertretene Idee des allmählichen Hineinwachsens in die sozialistische Gesellschaft widerspreche der marxistischen Doktrin. Peus, der sich in dieser Hinsicht im Widerspruch mit anerkannten Parteiführern, namentlich auch mit Kautsky befand, sei ein loderndes Element innerhalb der Sozialdemokratie. Hierauf vertraten mehrere Redner den sozialdemokratischen Standpunkt, worauf Genosse Peus in längerer Rede den Ausführungen Raumann's entgegnet und unter anderem erklärte, daß er zwar anderer Meinung sei wie Kautsky und seine Ansicht, wo sich Gelegenheit biete, aus spreche. Er halte sich aber nicht für berufen, sich zu einem Führer in den inneren der Partei herrschenden Meinungsverschiedenheiten aufzuwerfen. Dazu habe er einen viel zu großen Respekt vor der Erfahrung der älteren Parteigenossen. Von einem prinzipiellen Gegensatz in der Sozialdemokratie sei keine Rede. Die Arbeiter würden jeden abweisen, der eine Idee vertritt, welche geeignet wäre, eine Spaltung der Partei hervorzurufen. Die anregende Debatte währte bis gegen 1 Uhr und fesselte bis zuletzt das Interesse der Anwesenden. Mit der Aufforderung, dem Verein neue Mitglieder zu werben, auf den „Vorwärts“ zu abonniren und auch beim bevorstehenden Weihnachtsfest der streikenden Hafenarbeiter durch Beiträge zu gedenken, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

In der Versammlung im „Wedding-Kasino“ referirte Genosse Zahn über das Thema: „Der moderne Rechtsstaat und die öffentliche Meinung.“ Redner behandelte hierbei unsere Strafrechtspflege in ihrer Anwendung auf unsere Partei. Daß unsere Strafrechtspflege einem wirklichen Rechtsstaat nicht entspricht, beweisen die vielen abfälligen Urtheile über dieselbe aus juristischen Kreisen. Auch auf ökonomischem Gebiete, wo die Arbeiter in Lohnfragen mit dem gegenwärtigen Koalitionsrecht unzufrieden sind, liegt es an uns selbst, die öffentliche Meinung für unser Recht zu gewinnen, wie es besonders die englischen Arbeiter gethan. Wie durch unermüdete Kämpfe der heutige Rechtsstaat entstanden, so wird aus den heutigen Zuständen heraus sich erst der richtige Rechtsstaat entwickeln mit dem lange gehegten Grundsatze: Gleiches Recht für Alle. An der Diskussion beteiligten sich Erzurth, Leimel und Schwarze, die zum Theil aus eigenen Erlebnissen die Ausführungen des Referenten ergänzten. Der Vorsitzende ermahnte die Genossen, reger als bisher nicht nur im allgemeinen, sondern namentlich im Wedding-Bezirk für den Verein „Vorwärts“ zu agitiren und Mitglieder zu werben, um die in der letzten Zeit durch verschiedene Umstände geschwächte Organisation wieder zu beleben.

Im Arbeitervertreter-Verein sprach am 8. d. M. Reichstags-Abgeordneter Stadthagen in einem 2 1/2 stündigen Vortrage über die Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz. Von einer Diskussion wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit Abstand genommen und beschlossen, am Dienstag den 22. d. M. eine Extra-Versammlung zu diesem Zweck abzuhalten, damit den Abgeordneten die Wünsche der Arbeiter recht vor der Verathung gestellt werden können.

Die in der chirurgischen Branche beschäftigten Arbeiter hielten am Dienstag eine öffentliche Versammlung im Englischen Garten ab, in der Genosse Faber über: „Die Abwehr der Arbeiter gegen das beabsichtigte Vorgehen der Metallindustriellen“ referirte. In der hierauf folgenden Diskussion, an der sich Ranz, Mertens, Keller, Schuster und andere beteiligten, sprachen sich alle Redner für den Vorschlag des Referenten, die Branche an die Kommission der gesamten Metallarbeiter anzuschließen, aus. Sodann fand folgende Resolution Annahme: die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt demgemäß einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter zu wählen, um den beabsichtigten Angriff der Rührmänner gegen die organisierten Arbeiter durch ein Zusammengehen aller Branchen zurückzuweisen. — Als Vertrauensmann wurde hierauf Hilbig, zum Stellvertreter Keller gewählt. Unter Verschiedenem berichtete Keller über die Verhandlungen bezüglich des Gewerkschafts-Kongresses der lokalorganisierten Gewerkschaften. Zum Schluß wurde zur regen Sammlung für die Hafenarbeiter aufgefordert.

Der Verband der Handels-Hilfsarbeiter tagte am 6. Dezember. Der Vorsitzende Freund gab zunächst das Ableben der Wittchen und Bernike bekannt. Sodann bewilligte die Mitglieder-Versammlung den freireisenden Hafenarbeitern 200 M. Am 19. d. Mts. arrangirt der Verein im Lokal von Keller ein Familienfest. Zur Verhandlung stand hierauf ein Antrag auf Ausschluß des Mitgliedes Grauer. Kahler und Schumann begründeten diesen Antrag, abgesehen von einer Reihe persönlicher Momente damit, daß Grauer angeblich im Jahre 1892 Vereinsgelder in Höhe von 50 M. veruntreut habe. Es handelt sich im wesentlichen darum, ob eine Quittung von 50 M. von Grauer als Belag oder als barees Geld dem nachfolgenden Kassirer übergeben wurde. Während die Revisoren das letztere behaupteten, wußte sich der Kassirer des Vorgangs nicht genau zu entsinnen, die Aufstellung selbst konnte nicht herbeigebraucht werden. Grauer deutete in seiner Entgegnung darauf hin, daß es wesentlich persönliche Animosität sei, die ihn zu dieser Anklage verheße, und wies dann eingehend den ihm gemachten Vorwurf zurück. Nachdem sich noch einige Redner zu der Sache geäußert hatten, wurde ein Antrag Kuntke, die Angelegenheit nochmals zu untersuchen, abgelehnt und hierauf der Antrag auf Ausschluß des Mitgliedes Grauer mit 76 gegen 56 Stimmen angenommen. Infolge dieses Beschlusses entstand eine große Erregung in der Versammlung, sodas dieselbe geschlossen wurde.

Aufmerksam lesen!

ca. 45 000 Paar Schuhe u. Stiefel

bester Fabrikate, die durch ihre Vielseitigkeit, Eleganz u. Neelität den Gipfel d. Vollkommenheit erreichen zum Theil

25-33 1/3 % billiger

als ich solche in der billigsten Lederkonjunktur verkaufte, wovon ich heute besonders empfehle:

Garantie für beste Haltbarkeit durch Garantieschneide, für auswärtige Käufer genügt die empfangene Rechnung.

Herren-Fussbekleidung!

Glatte Knochler-Zugstiefel mit reinen Lederzuthaten, streng solide genug. Sohlen 5,50, jetzt M. 4,75.

Dieselben in noch eleganterer Ausführung mit Besatz und Knopferziehung M. 5,25.

Filzstiefel mit durchgeh. Ledersohle, rings mit hohem Knochler-Besatz, warm gefüttert, früher 7,25, jetzt M. 6,50.

Filzstiefel mit Agraffen und hohem Knochler-Besatz, früher 7,25, jetzt M. 6,50.

Spiegel-Knochler-Zugstiefel, Oberleder aus einem Stück, gewaltig, gelb genäht, früher 9,50, jetzt M. 7,90.

Auf mein reichhaltiges Lager in **Gummischuhen** für Herren, Damen und Kinder mache den geehrten Leser aufmerksam.

Damen-Fussbekleidung!

Filzstiefel mit Knochlerbesatz, warm gefüttert, durchgenähter Ledersohle M. 3,75.

Dieselben mit Winterlackbesatz, höher im Schnitt M. 4,75.

Knochler-Zugstiefel, solide und dauerhaft genäht, mit reinen Lederzuthaten M. 3,90.

Dieselben 15 cm hoch im Zuge, genähte Sohlen mit markirtem Rand M. 4,75.

Knochler-Knopfstiefel in durchgenähter Sohle M. 5,75.

Satin-Kalbleder-Zugstiefel mit Pergblatt oder Vordernaht und Lackierkappe, M. 7,25, früher 8,25 jetzt

Ia Knochler-Schnürstiefel, auf Rand gelb genäht, früher 7,50, jetzt M. 6,50.

Ia Knochler-Knopfstiefel, auf Rand gelb genäht, früher 8,—, jetzt M. 6,50.

Für Mädchen und Knaben:

Cord-Dhrenschnür mit Filz- und Spaltleder-Sohle, bis 17 cm 60 Pf., bis 21 cm 75 Pf.

Kochl.-Knopf- u. Schnürstiefel, Handarbeit, genäht, 18 cm innere Länge, früher 3,50, jetzt M. 3,—, bis 22 cm früher M. 4,50, jetzt M. 4,—.

Zuckknopfstiefel, rings mit Winterlackbesatz, bis 18 cm M. 4,25, bis 22 cm innere Länge M. 5,25.

Kochl.-Knaben-Schnürstiefel, einbällig, genäht, früher 7,25, jetzt M. 6,60.

Für **Gummischuhe**, obgleich zu den besten Fabrikaten gehörend, übernehme keine Garantie.

Sonntag, den 20. d. Mts., bleiben meine Geschäfte bis 1/2 9 Uhr abends geöffnet.

Auf meine großen Inzerate, welche Sonntag, den 20. d. Mts., erscheinen, mache den freundlichen Leser aufmerksam.

Jacques Raphaëli, An der Spandauer Brücke 2

Berlin.

Ecke Steglitzer Strasse.

Wochentags sind meine Geschäfte bis 10 Uhr abends geöffnet.

Meine Offerte gilt bis zur nächsten Anzeige.

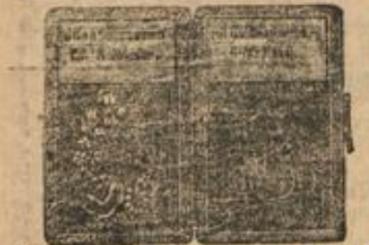
Wer will billige Weihnachts-Geschenke kaufen? Durch Einkauf von großen Posten bin ich in der Lage, jedes Stück billiger zu verkaufen als alle anderen Geschäfte. Ich verkaufe daher:

- Hochlegante Winter-Paletots von 8,75 M. an
- Hohenzollern- und Pellerinen-Mäntel von 12,50 M. an
- Kaiser-Mäntel u. Toppen 7,50 "
- Hochfeine Koch- u. Jacket-Anzüge 12,50 "
- Herren-Hosen 2,75 "
- Leder- u. Arbeits-Hosen zu 2 M. 85 Pf.
- Burschen- und Knaben-Paletots, Herren-Jackets, Westen u. Röcke in allen Größen, Knaben- und Burschen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Speerplättler, Kessel, Revolver, Leuchtinge, Harmonikas, Geigen, Trommeln, Uhren, Ketten, Ringe u. f. w. zu enorm billigen Preisen. 6098*

Gustav Lucke, Warenhaus, Berlin, 131 Oranienstr. 131.

Beachtenswert für Schneider! Sonnabend: Restverkauf.

Anzug- u. Paletotstoffe. Brenner & Cie. Alte Jakobstrasse 57/59.



Album- und Lederwaren-Fabrik Oskar Gundau Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu billigsten Preisen.

Nicht vorbeistehen bei **Binneböse's Zigarren-Geschäft**, jetzt Schillingstr. 36.

M. & W. Müller's NORDLICHT alter Nordhäuser



à Literflasche Mk. 1

M. & W. Müller's Nordlicht

ist ein vorzüglicher alter Nordhäuser.

Derselbe ist mit der goldenen Medaille und dem Ehrentugnisse 1896 prämiert.

M. & W. Müller's Nordlicht

ist bester Ersatz für theneren Cognac.

M. & W. Müller's Nordlicht

ist für 6488*

1 Mark pro Original 1/2 Literfl. inkl.

überall zu haben, wo unsere nebenstehenden Plakate aushängen.

Ähnliche Qualitäten alten Nordhäusers werden in Konkurrenzgeschäften nicht unter 1 M. 50 Pf. abgegeben.

M. & W. Müller, Nordhäuser Kornbranntwein-Brennerei, Berlin, Waldemarstr. 29.

F. Reinsch, Elsasserstrasse 22 (Ecke Gartenstrasse).

Bonbons- u. Konfituren-Fabrik. 6118*

Marzipan und Baumbehang.

Goldwaaren und Uhren,

reichhaltiges Lager, vortheilhafte Bezugsquelle für

Weihnachts-Geschenke. - Spezialität: Trauringe,

geschliffen gestempelt, niedrige Facouberrechnung.

Werkstatt für Reparatur und Reparaturen.

Hermann Gotthilf, Alexandrinenstrasse 64, Goldschmiedemeister, Ecke Dredeuerstrasse.

Praktische Weihnachtsgeschenke in Küchengeräthen jeder Art.

Streng reell! Emaill- u. Solinger Stahlwaaren, Wirtschaftsmaschinen, Petroleumlampen, Glas, Porzellan u. sonst man unter Garantie in aussergewöhnlich billigen, festen Preisen nur **F. Scholz, Kopenstrasse 35, Frankfurt a. M.**

Sür 36 M. 50 pft. mit Badepreis kauft man Uhren, Goldsachen, Brillanten u. im Pelzhaus **H. Graff, Beuthstr. 5 I.**

Knaben-Anzüge u. Mäntel in groß. Auswahl sehr bill. **Otto Hoffmann, Veteranenstr. 14, 1580b**

Uhren Goldwaaren etc. **Georg Wagner, Uhrmacher, Skalitzerstr. 126** nahe Köthener Thor **Reparaturen.**

Massen-Bezug.

Engros-Auktionen täglich nachmittags 5 Uhr. **Amerikan. Aepfel** Abgabe resp. Versand einzelner Fässer **Central-Markthalle Bogen 6 Eduard Weinhagen.**

Stückwein- Extrakt, ganz vorzüglich, à Liter Mark 1,20, 5 Liter Mark 5,50. **Wundt-Extrakt, Grögl-Extrakt à Liter Mark 1,50, 5 Liter Mark 7,—.** **Knaben- u. Burgunder-Fisch à Liter 2,50.** **Eugen Neumann & Co., Berlin, SW. 61.** **Hell-Käse à 60 Cts.** **Neue Friedrichstr. 81, Cranzstr. 100, Gestirnsstr. 29, Grüner Weg 56, Charlottenburg, Müller Friedrichstr. 48.**

Künstl. Zähne. P. Steffens, Hofendalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Ein grosser Posten

Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle)

Grösse 150 x 200, Stck. 7,50 M.

ca. 1000 Stück schwere bunfarbige

Normal-Schlafdecken

in reizenden Jacquard-Mustern,

Grösse 150 x 200 cm. 4,50 M.

per Stück

Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco.

Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.**

Rohtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise!

Sämmtliche Utensilien zur Cigarren-Fabrikation. Billiger wie jede Konkurrenz. (Neue Formen à Mark 1,40.) Man verlange Preis-Verzeichniss.

Heinrich Franck, Nr. 185, Brunnenstrasse Nr. 185.

Kaufe privat

nicht im Laden, sondern

1 Treppe Neue Grünstrasse 2, an der Kommandantenstrasse.

Damen-Mäntel gut u. sehr billig.

Jaquets und Kragen. 4-5, 6, 7-9, 10-14-16 M.

Abendmäntel u. Regenmäntel. 5-7-9-10, 12-14-16 22 M.

Vert auf von 9-7 Uhr.

Sie werden überrascht sein!

Brockhaus', Meyer's

Lexikon, Brehm's Thierleben, Bücher und Bibliotheken jeder Wissenschaft beliebt u. kauft Antiquariat Kochstr. 56.

Achtung! Englischer Garten, Alexanderstr. 27c.

Besonderer Umstände halber ist der Parterre-Saal am 1. und 2. Januar 1897 zu Versammlungen und Tanz frei.

Goldarbeiter H. Gottschalk, 37. Admiralstrasse 37. Uhrmacher

Reichhaltigste Auswahl in Gold-, Silber-, Alfenide-Waaren, Uhren, Regulatoren, Wecker.

Feste, billigste Preise.

Trauringe, 2 Dukaten schwer, reell 900 gestempelt, 20 Mark.